



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG

# Landrätinnen im Portrait



## **Schriften des Deutschen Landkreistages**

### **Band 148**

der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte  
der Deutschen Landkreise e.V.

Herausgeber: Deutscher Landkreistag, Berlin  
Redaktion: DLT-Pressestelle

Herstellung:  
Inhalt: satz und mehr, Besigheim  
Druck: W. Kohlhammer GmbH

**ISSN 0503-9185**

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Schrift versammeln wir etwas noch immer Besonderes, aber etwas, was es zusammengefasst ins Licht zu rücken gilt: Seit Anfang 2020 haben wir die in den 294 deutschen Landkreisen amtierenden Landrätinnen interviewt, um ihnen die Gelegenheit zu geben, ein Bild von sich und ihrer Arbeit in ihrem Landkreis zu zeichnen. Ein äußerst interessantes Kaleidoskop ist so entstanden.

Von den seinerzeit 28 Landrätinnen sind zwei inzwischen aus dem Amt ausgeschieden, *Angelika Klein* beabsichtigt, *Kerstin Weiss* trotz des Kreisumlageerfolges in Sachen Perlin vor dem Bundesverwaltungsgericht nach einer Wahlniederlage. Die anderen 26 haben seit 1.5.2020 in nur 1 ½ Jahren einen Zuwachs wie nie zuvor erfahren. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind am 1.5.2020, am 1.11.2020 bzw. am 1.11.2021 je zwei Kolleginnen hinzugetreten, hinzu kommen zwei Amtswechsel zu Landrätinnen in den Kreisen Pinneberg und Vulkaneifel im Verlaufe des Jahres 2021. Selbstverständlich haben wir auch die neuen Amtsträgerinnen interviewt.

Dass für Landrätinnen jedoch nicht zwingend der Satz gelten muss: „Einmal Landrätin, immer Landrätin“, zeigen wir an fünf Beispielen bis heute erfolgreicher Frauen in Folgeämtern auf: *Monika Bachmann*, Landrätin im Landkreis Saarlouis seit 2004, ist seit 2011 Innen- bzw. Sozialministerin des Saarlandes, ohne ihre kommunale Herkunft zu verleugnen. Die beiden *Birgits*, nämlich *Hesse* und *Keller*, sind inzwischen Landtagspräsidentinnen in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, nachdem sie zuvor ein bzw. sogar zwei Ministerämter in der dortigen Landesregierung ausgefüllt haben.

*Beate Läsch-Weber* und *Cornelia Hoffmann-Bethscheider* haben einen anderen Weg eingeschlagen und sind nach ihrer Landrätinentätigkeit in Rheinland-Pfalz bzw. im Saarland an die Spitze ihres jeweiligen Sparkassenverbandes getreten.

Von den hier Portraitierten amtieren *Martina Schweinsburg* und *Beate Läsch-Weber* mit Abstand am längsten: *Martina Schweinsburg* ist seit Mai 1990 und damit seit mehr als 31 ½ Jahren Landrätin des Thüringer Landkreises Greiz, und wäre nicht *Werner Henning* aus dem Thüringer Eichsfeld einen Tag länger im Amt, wäre sie nicht nur die dienstälteste Landrätin Deutschlands, sondern – in herkömmlicher Sprachform – auch der dienstälteste Landrat.

*Beate Läsch-Weber* ist nur wenig später, nämlich am 1.4.1993, Landrätin des Landkreises Bernkastel-Wittlich geworden und für 18 Jahre bei zwei höchst erfolgreichen Wiederwahlen geblieben, um dann für zwölf Jahre ebenso erfolgreich eine neue Herausforderung als deutschlandweit erste Präsidentin eines Sparkassen-Regionalverbandes anzugehen. Nicht nur der Sparkassen-Organisation hat dies gutgetan!

Nur eine der hier Portraitierten war Anfang 2020 nicht mehr im Amt und ist es heute auch nicht mehr – und dennoch haben wir mit ihr ausführlich gesprochen, hat sie doch zweifellos eine Sonderrolle unter allen Landrätinnen Deutschlands: *Bruni Mayer* war nämlich 1987 die Erste – und das war dem Bayerischen Rundfunk 2021 zu Recht ein umfangreiches Fernsehportrait in der Reihe „Lebenslinien“ wert. Da sie sowohl ihren Landkreis als auch die Arbeit im Bayerischen Landkreistag und im Deutschen Landkreistag lange geprägt bzw. mitgeprägt hat, war ihre Einbeziehung hier eine selbstverständliche Gebotenheit.

Zudem haben wir vier Damen aus der Landkreistags-Verbandsarbeit interviewt: *Irene Vorholz* ist mit mehr als 20-jähriger prägender Zugehörigkeit nach der kürzlich zu früh verstorbenen *Ursula Friedrich* erst die zweite Beigeordnete im Deutschen Landkreistag und zudem die erste Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers. *Daniela Franke* ist seit 2018 die erste Geschäftsführerin eines Landesverbandes, der im Oktober 2021 mit *Susanne Schwarz* im Saarland und *Andrea Degl* in Bayern gleich zwei Kolleginnen gefolgt sind.

Von ihnen allen können und sollten wir lernen, was ihre Arbeit und die dafür gewählte Herangehensweise ausmacht. Die Lektüre dieses Bandes gibt dazu erste Einblicke.

Berlin, zum Jahreswechsel 2021/22



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Landkreistages

<b>1987</b>	„Bruni, jetzt musst Du es machen“ Interview mit Landrätin a.D. (Landkreis Rottal-Inn) Bruni Mayer	6
<b>1990</b>	Im Landkreis wurden Berge versetzt Landrätin Martina Schweinsburg, Landkreis Greiz	8
<b>1993</b>	„Die Menschen müssen spüren, dass es dir wichtig ist“ Interview mit Sparkassenpräsidentin und Landrätin a.D. (Landkreis Bernkastel-Wittlich) Beate Läsch-Weber	9
<b>2000</b>	Landrätin ist ein zeitintensiver Traumberuf Landrätin Tamara Bischof, Landkreis Kitzingen	12
<b>2004</b>	Besonderes Gemeinschaftsgefühl zwischen DLT und Landräten Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland und Landrätin a.D. (Landkreis Saarlouis) Monika Bachmann	13
	Die Arbeit in der Kreisverwaltung geht sprichwörtlich über den Tellerrand eines bestimmten Profils hinaus Landrätin Daniela Schlegel-Friedrich, Landkreis Merzig-Wadern	14
<b>2007</b>	Frauen dazu bewegen, sich in der Politik zu engagieren Landrätin Eva Irrgang, Kreis Soest	16
<b>2008</b>	Prägende Jahre als Landrätin Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und Landrätin a.D. (Landkreis Nordwestmecklenburg) Birgit Hesse	17
	Digitalisierung als ideale Möglichkeit, gleiche Lebenschancen zwischen Stadt und Land herzustellen Landrätin Dorothea Störr-Ritter, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	18
<b>2010</b>	Förder- und Ausgleichsfunktion im besten Sinne wahrnehmen Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen	19
<b>2011</b>	Digitalisierungsschub durch Corona-Pandemie Präsidentin des Sparkassenverbandes Saar und Landrätin a.D. (Landkreis Neunkirchen) Cornelia Hoffmann-Bethscheider	21
	„Stolz, an zentraler Stelle gestalten zu dürfen“ Landrätin Stefanie Ladwig, Kreis Plön	22
<b>2012</b>	Erfahrung als Landrätin gute Schule für jetzige Aufgabe Präsidentin des Thüringer Landtags und Landrätin a.D. (Landkreis Nordhausen) Birgit Keller	23
	Weniger diskutieren und mehr umsetzen Landrätin Petra Enders, Ilm-Kreis	24
	Zertifizierte „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ Landrätin Antje Hochwind-Schneider, Kyffhäuserkreis	25
	Lage im Dreiländereck prägt unseren Landkreis Landrätin Marion Dammann, Landkreis Lörrach	26
<b>2013</b>	Frauen können in der Kommunalpolitik etwas bewegen Landrätin Christiana Steinbrügge, Landkreis Wolfenbüttel	27
	Stimmiger Dreiklang von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft prägt den Landkreis Landrätin Kornelia Wehlan, Landkreis Teltow-Fläming	28
<b>2014</b>	Die Kreisumlage ist im Kreistag jedes Jahr ein heißes Thema Landrätin a.D. Kerstin Weiss, Landkreis Nordwestmecklenburg	29
	Bei Bürgerbeteiligungen sind wir bundesweit an der Spitze Landrätin Kirstin Fründt, Landkreis Marburg-Biedenkopf	31
	Landrätinnen haben reichhaltige Gestaltungsmöglichkeiten Landrätin Stefanie Bürkle, Landkreis Sigmaringen	32
	Unser Landkreis braucht den Mittelstand Landrätin Andrea Jochner-Weiß, Landkreis Weilheim-Schongau	32
	Nachhaltiges Wirtschaften ist für mich Überzeugung Landrätin Tanja Schweiger, Landkreis Regensburg	33
	Mit der „Fahrgastoffensive FOO“ einen Volltreffer gelandet Landrätin Maria Rita Zinnecker, Landkreis Ostallgäu	34

	Träume, wie eine Kommune aussehen könnte, in die Praxis umsetzen Landrätin a.D. Dr. Angelika Klein, Landkreis Mansfeld-Südharz	35
<b>2016</b>	„Die Zukunft ist l@ndlich!“ Landrätin Astrid Klinkert-Kittel, Landkreis Northeim	37
<b>2017</b>	Es zählt der Mensch und dessen Wille und Können, um sich für politische Ämter zu qualifizieren Landrätin Bettina Dickes, Landkreis Bad-Kreuznach	38
	Zwischen Erfahrungswissen und neuen Wegen Landrätin Dr. Susanne Ganster, Landkreis Südwestpfalz	39
	Rechtzeitig reagieren und Strukturen etablieren, die uns gut leben lassen Landrätin Dorothea Schäfer, Landkreis Mainz-Bingen	40
	Den Landkreis attraktiv gestalten, damit junge Menschen nicht abwandern müssen Landrätin Rita Röhl, Landkreis Regen	41
<b>2018</b>	Klarheit über Beteiligung der Gemeinden bei der Kreisumlagefestsetzung schaffen Landrätin Karina Dörk, Landkreis Uckermark	42
	Nachwuchsgewinnung mit „karriereheimat.de“ Landrätin Peggy Greiser, Landkreis Schmalkalden-Meiningen	43
	Frauen stellen ein wichtiges Arbeitskräftepotenzial dar Landrätin Christiane Schmidt-Rose, Landkreis Weimarer Land	44
<b>2019</b>	Die Fläche des ländlichen Raumes ist der Bodenschatz der Zukunft Landrätin Anna Kebschull, Landkreis Osnabrück	45
<b>2020</b>	Je stärker die Strukturen vor Ort, desto mehr Teilhabe ist möglich Landrätin Indra Baier-Müller, Landkreis Oberallgäu	47
	Die Pandemie zeigt, wie wichtig digitale Angebote sind Landrätin Sabine Sitter, Landkreis Main-Spessart	47
	Den Kreis Minden-Lübbecke nachhaltig und langfristig noch lebens- und liebenswerter machen Landrätin Anna Katharina Bölling, Kreis Minden-Lübbecke	49
	Beim Klimaschutz können wir in den kommenden Jahren viel bewegen Landrätin Silke Gorißen, Kreis Kleve	50
<b>2021</b>	Herausforderungen und Zukunftsthemen anpacken und gestalten Landrätin Elfi Heesch, Kreis Pinneberg	51
	Es ist mir ein Anliegen zu sagen: Macht mit, engagiert euch! Landrätin Julia Giesecking, Landkreis Vulkaneifel	52
	„Politik muss glaubwürdig sein – in turbulenten Zeiten mehr denn je“ Landrätin Karin Harms, Landkreis Ammerland	53
	Kernaufgaben der Verwaltung sind das Aufrechterhalten des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und die Daseinsvorsorge Landrätin Dagmar Schulz, Landkreis Lüchow-Dannenberg	54
<b>2022</b>	Bestehendes bewahren und innovativ Neues schaffen Nicole Rathgeber, ab 1.1.2022 Landrätin des Werra-Meißner-Kreises	56
<hr/>		
	Gefordert: Klarer Kompass, starke kommunale DNA und diplomatisches Geschick Dr. Irene Vorholz, Deutscher Landkreistag	57
	Rechtzeitig in ein politisches Verfahren einklinken, eigene Belange gut und kompetent an den richtigen Stellen einbringen sowie passende Gelegenheiten klug nutzen Dr. Daniela Franke, Landkreistag Rheinland-Pfalz	58
	Ohne Kommunalpolitiker geht vor Ort nichts! Andrea Degl, Bayerischer Landkreistag	59
	Es bleibt eine Herausforderung, soziale Verteilungsgerechtigkeit immer wieder in den Blick zu nehmen Susanne Schwarz, Landkreistag Saarland	61

## „Bruni, jetzt musst Du es machen“

### Interview mit Landrätin a.D. *Bruni Mayer*

Sie wurde als bundesweit erste Frau zur Landrätin des Landkreises Rottal-Inn gewählt und behielt dieses Amt bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 2011. In diesem Jahr wurde sie mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Von 1996 bis 2011 war sie außerdem Dritte Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistages.

Am Ende ihrer Amtszeit bezeichnete sie Innenminister *Joachim Herrmann* als „Glücksfall für den Landkreis Rottal-Inn“, die nicht nur über politische, sondern auch große menschliche Qualitäten verfüge. *Bruni Mayer* habe sich zudem eingebracht über ihren Landkreis hinaus, sie sei eine engagierte Verfechterin der kommunalen Selbstverwaltung gewesen. „*Bruni Mayer* hat viel getan und viel erreicht für den Landkreis Rottal-Inn, sie kann stolz sein auf ihr Lebenswerk“, so der Innenminister.

DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. *Hans-Günter Henneke* hat mit ihr im April d. J. das nachfolgend wiedergegebene Gespräch geführt.

#### **Sie sind auf ungewöhnliche Weise zu Ihrer Tätigkeit als Landrätin gekommen. Denn ursprünglich war ihr Ehemann *Ludwig Mayer* seit 1972 der CSU-Landrat des Landkreises Rottal-Inn.**

Ich war als Ehefrau eines Amtsträgers natürlich von Anfang an eng eingebunden. In erster Linie, um meinem Mann den Rücken freizuhalten und das Familienleben zu organisieren. Das habe ich nie als Last empfunden, sondern das war mein ganzer Stolz.

#### **Und dann kam eine schwere Zeit in Ihrem Leben, in der Ihr Mann auf-**

#### **grund von Vorwürfen finanzieller Unregelmäßigkeiten im Jahre 1983 sein Amt niederlegen musste und seine Wiederwahl 1984 gerichtlich aufgehoben wurde.**

Die damaligen Geschehnisse kann ich auch heute nicht nachvollziehen. Man hat ihm seinerzeit übel mitgespielt. Ich habe mir dann erst einmal eine Arbeit gesucht, da meinem Mann von heute auf morgen sämtliche Dienstbezüge entzogen worden sind. Auch sind ihm seine Pensionsansprüche entzogen worden. Diese wurden ihm erst viel später von Ministerpräsident Dr. *Edmund Stoiber* im Zuge einer Begnadigung teilweise wieder zugesprochen.

#### **Der Landkreis ist in dieser Zeit geschäftsführend verwaltet worden...**

Genau, das ist bei der Bevölkerung auf wenig Gegenliebe gestoßen, zumal mein Mann ja der gewählte Amtsträger war. Nach dem verwaltungsgerichtlichen Urteil 1987 war dann klar, dass er nie mehr als Landrat antreten darf.

#### **Und wie sind Sie zur Kandidatin geworden und was hat Sie angetrieben, sich zu bewerben?**

Nach der Urteilsverkündung beim Verwaltungsgericht kam unser Anwalt zu mir und sagte: „*Bruni*, jetzt musst Du es machen.“ Aber ich hatte ja gar keine Ahnung von Verwaltung, vielleicht nur so viel, wie ein Normalbürger von solchen Dingen versteht.

#### **Gerade deshalb ist es besonders bemerkenswert, dass Sie bei der Wahl am 29.11.1987 tatsächlich gewählt wurden. Sie gehörten schließlich auch keiner Partei an.**

Richtig, ganz im Gegenteil habe ich gesehen, was die Partei meines Mannes mit ihm gemacht hat. Also habe ich eine unabhängige Wählergemeinschaft gegründet, die sich für mich sehr ins Zeug gelegt hat, Termine organisiert und Plakate geklebt hat. Diese Leute waren mit der Amtsenthebung meines Mannes überhaupt nicht einverstanden und haben mich daher sehr unterstützt.

#### **Normalerweise haben derartige Einzelbewerber dann wenige Unterstützer, bekommen bei der Wahl 200 Stimmen und sind fürs Leben frustriert. Was haben Sie also anders gemacht? Offenbar hat die Volkseele gekocht...**

Ja, das hat sie. Die waren stinksauer darüber, was man mit meinem Mann gemacht hat. Sie haben gesagt: „Wenn er seine Frau unterstützt, wählen wir sie, auch wenn sie in Verwaltungsdingen ein unbeschriebenes Blatt ist. Denen zeigen wir, dass wir uns das nicht gefallen lassen.“ Auch die überregionale Presse hat mich unterstützt; die hiesigen Blätter haben das eher anders gesehen. Ich habe außerdem Anzeigen geschaltet. Ich habe quasi das Unrecht gegenüber meinem Mann dadurch ausgeglichen, dass ich mich habe zur Landrätin wählen lassen.

#### **Sie hatten aber auch Gegenkandidaten, oder?**

Ich hatte vier Gegenkandidaten. Ich musste in die Stichwahl. Und der CSU-Kandidat ist mit 17 % eingebrochen, wohingegen mein Mann immer zwischen 70 und 80 % der Stimmen geholt hat. Und am nächsten Tag bin ich dann ins Landratsamt eingezogen und habe meinen Dienst angetreten.

#### **Wie können wir uns das vorstellen?**

Ich bin im Amt von Zimmer zu Zimmer gegangen und habe mich als neue Chefin vorgestellt. Ich habe gesagt: „Ich sag's Ihnen gleich: Ich habe keine Ahnung von Verwaltung, ich bräuchte Ihre Hilfe, bitte unterstützen Sie mich.“ Und das ist bei den Leuten ganz toll angekommen. In all den Jahren im Landratsamt habe ich von meinen Mitarbeitern immer volle Unterstützung gehabt.

#### **Das ist bemerkenswert. Und wie hat das mit der Führung des Hauses geklappt, zum Beispiel in Bezug auf die Amtsleiter?**



„*Bruni Mayer* hat viel getan und viel erreicht für den Landkreis Rottal-Inn, sie kann stolz sein auf ihr Lebenswerk“, so Innenminister *Joachim Herrmann*.  
Foto: Bayerisches Innenministerium

Ich habe immer stark auf die Bevölkerung geschaut und pragmatische Politik gemacht. Ich hatte eh schon ein *Mutter-Teresa*-Helfersyndrom. Und mit diesem Ansatz ist es mir gelungen, die Probleme vor Ort zu lösen. Dabei hat es mir sogar eher geholfen, beispielsweise vom Baurecht keine vertiefte Kenntnis zu haben. So habe ich zum Beispiel in bestimmten Fällen das Bauen im Außenbereich erlaubt und dabei die Chancen statt der Risiken gesehen. Vor allem habe ich Wert auf den Ausgleich der verschiedenen Interessen gelegt und es immer geschafft, für alle Seiten zufriedenstellende Ergebnisse zu erreichen.

## Wie war Ihr Verhältnis zum Kreistag?

Das war in der Tat nicht einfach, denn von 60 Kreisräten wollten mich 40 nicht. Ich habe mich daher immer sehr gründlich auf die Sitzungen vorbereitet, wie ein Schulkind. Ich habe mich mit meinem Mann beraten, der sich hat als unabhängiger Kandidat in den Kreistag hineinwählen lassen.

## Und wie sind seine alten Gefolgsleute von der CSU mit ihm umgegangen in dieser neuen Situation?

Brutal. Das Tischtuch war zerschnitten. Leichter wurde es an dieser Stelle eigentlich erst nach meiner zweiten Wahl 1993. Da haben die Leute gemerkt, dass sie gegen mich, gegen uns nicht ankommen, weil das Volk hinter uns steht.

## Das ist gar nicht leicht auszuhalten...

...ich bin mit meiner Aufgabe gewachsen. Außerdem war der geschäftsleitete Beamte ein Top-Verwaltungsmann. Ich bin von Hause aus ein sehr positiv denkender Mensch und habe mich von meinen Verwaltungsspezialisten gut beraten lassen. Auch habe ich kein Blatt vor den Mund genommen, sondern bin immer offen und ehrlich mit den Kreisräten umgegangen. Schikanieren habe ich mich nicht lassen; das habe ich gleich zu Beginn in den Sitzungen ganz deutlich gesagt.

## Landräte mit langer Amtszeit prägen einen Landkreis. Wie hat sich das bei Ihnen dargestellt?

Ich habe stets gewusst, welche Straße gebaut und welche Brücke saniert werden muss oder was man im Krankenhaus braucht. Dann bin ich an die Öffentlichkeit gegangen und habe um Unterstützung geworben. Meine Art war es aber ohnehin immer, auf eigenen Beinen zu stehen und die Dinge mit großem persönlichem Einsatz voranzutreiben. Und auch in der Regionalpresse wurde dann geschrieben, dass ich mir nicht alles gefallen lasse. Gerade zu Beginn meiner ersten Amtszeit war das so, als die im Kreistag vertretenen Bürger-

meister mir die Kreisumlage gekürzt haben und mir Steine in den Weg legen wollten.



Verleihung des Bayerischen Verdienstordens an Landrätin Bruni Mayer am 20.7.2011.

Foto: Bayerische Staatskanzlei

## Und dann waren die ersten sechs Jahre um. 1993 war auch die Zeit der großen Krise der CSU...

...und mein Mann hat dem Kreistag irgendwann nicht mehr angehört. Der damalige Ministerpräsident *Max Streibl* hatte seine Begnadigung abgelehnt, was ich auch erstmal wegstecken musste. Und nach meiner Wiederwahl im Herbst 1993 war die Situation im Land auch anders. Ich wurde von Ministerpräsident Dr. *Stoiber* immer unterstützt.

## In dieser Zeit hatten Sie sicherlich auch Kontakt zu Landratskollegen wie Otto Neukum aus Bamberg und Ludwig Schrittenloher aus Freising, die seinerzeit auch beim Bayerischen Landkreistag und beim Deutschen Landkreistag eine führende Rolle gespielt haben.

Ein anderer führender Kollege war *Georg Karl* aus Deggendorf, der war „schwarz wie die Nacht“. Die Alteingesessenen haben mich zu Beginn meiner Zeit als Landrätin nicht gerade mit offenen Armen begrüßt. Ich habe mich aber durchgeschlagen und es wurde respektiert, wie ich arbeite.

## Und dann war es irgendwann 1996, der Präsident des Bayerischen Landkreistages Otto Neukum ging in den Ruhestand und es wurden auch neue Stellvertreter gewählt. Für den Dritten Vizepräsidenten war eigentlich Armin Grein aus Main-Spessart als Chef der Freien Wähler vorgesehen.

Richtig, und am Vorabend der Wahl habe ich deshalb zu meinem Mann gesagt: „Warum eigentlich immer nur Männer?“ In der Sitzung habe ich mich dann zu Wort gemeldet und gesagt: „Warum eigentlich keine Frau?“ Da waren einige der Herren ziemlich erstaunt, haben sich aber dann doch meine Bewerbungsrede angehört.

Am Ende habe ich die Wahl gewonnen, noch dazu an meinem Geburtstag.

## Dann sind Sie 15 Jahre lang Vizepräsidentin geblieben. Und Siegfried Naser aus Kitzingen wurde in derselben Wahl Präsident, der später auch noch DLT-Vizepräsident geworden ist...

Mit ihm bin ich gut ausgekommen, wie eigentlich mit allen meiner Amtskollegen, auch mit *Georg Karl* als Vize. Bei mir wussten alle, woran sie sind. Ich bin immer mit allen offen und ehrlich umgegangen.

Ein anderer war *Theo Zellner* aus Cham, mit dem ich als Nachfolger von *Siegfried Naser* super zusammengearbeitet habe. Das gilt für seinen Stellvertreter *Roland Schwing* aus Miltenberg aber genauso.

## Der war gerade für uns als DLT ein wichtiger Verbündeter. Und dann trat 2010 Jakob Kreidl aus Miesbach auf den Plan.

Den habe ich auch noch erlebt. Dass er seine ganzen Kollegen in den Hofgarten nach München eingeladen hat... Da hat man sich schon gewundert über eine derartige Großzügigkeit.

## 2014 war das Maß dann ja auch endgültig voll und er ist nach sehr vielen Vorwürfen und medial ausgetragenen Kämpfen als Landkreistagspräsident zurückgetreten und hat sein Amt als Landrat ruhen lassen.

Ich habe in meiner gesamten Zeit als Landrätin keine Flasche Wein, keine Pralineschachtel angenommen und andere gehen mit öffentlichem Geld um, als wenn das ihres wäre.

## In Kitzingen kam dann Tamara Bischof in der Nachfolge von Naser ins Amt und dann noch Johanna Rumschöttel in München. Sie sind also als Frau nicht allein geblieben.

Mit der *Tamara* gab es eine gewisse Konkurrenz, weil sie mich schon viel früher als Vizepräsidentin beerben wollte. Das hat dann aber erst später geklappt. Mir hat die Arbeit einfach zu großen Spaß gemacht. Ich habe beim Landkreistag über die Jahre wirklich toll zusammengearbeitet. Zum Abschied wollte man mich gebührend verabschieden und hatte die Landkreisversammlung 2011 in den Landkreis Rottal-Inn gelegt. Es war eine wunderbare Zeit.

## Das sind ja schöne Erinnerungen. Und wenn Sie heute auf die Arbeit im Landratsamt blicken: Was ist geblieben?

Mein Amtsnachfolger ist ein anderer Typ, er geht die Dinge anders und nüchterner an. Er ist aber auch nicht zu beneiden, denn

aus Berlin kommen immer mehr Entscheidungen, die die Landkreise belasten. Das kann ich teilweise nicht mehr nachvollziehen. Geblieben sind freilich meine Kontakte zur Bevölkerung. Da spricht man mich oft beim Einkaufen an und dankt mir für mein Engagement als Landrätin.

**Das ist Ihre Heimat, da sind Sie verwurzelt. Ihre Lebensgeschichte war 2021 auch Inhalt einer Folge in der Dokumentarfilmreihe *Lebenslinien*. Da ging es ganze 45 Minuten um die „Königin vom Rottal“. Das war sehr bewegend.**

Der Film kam auf Anregung meiner Freundin Lisa Fitz zustande. Die Kabarettistin und Schauspielerin hatte sich an den Bayerischen Rundfunk gewandt und beharrlich darauf hingewiesen, dass sich ein

Portrait über mich lohnen würde. Sie zählt zu den feinsten Menschen, die ich kenne.

**Und dann war da noch die wunderbare Szene mit Joachim Herrmann, in der Sie der Innenminister davon überzeugen wollte, den Bayerischen Verdienstorden anzunehmen.**

Er hat mich immer unterstützt. Und am Ende war das ein Zeichen des Friedensschlusses zwischen der Staatsregierung und mir. Und dennoch kann ich den Beteiligten nicht verzeihen, dass mein Mann an den Ereignissen der 1980er Jahre zerbrochen ist. Inneren Frieden habe ich darüber leider Gottes nicht gefunden. Und ich zahle die dadurch entstandenen Schulden immer noch zurück. Was aber auch wahr ist: Das Landratsamt ist zu meiner zweiten Familie geworden. Dafür bin ich sehr dankbar.

**Haben Sie 2011 nicht darüber nachgedacht, weiterzumachen?**

Nein, dazu hat mir die Kraft gefehlt. Mit 64 Jahren aus dem Amt zu gehen, war die richtige Entscheidung. Es ist schön, die Freiheit zu genießen, keinen Termindruck zu haben, meine zwei Enkelkinder zu sehen. Ich hatte in meinen Jahren als Landrätin immer zu wenig Zeit für meine Kinder. Ich bin mit mir im Reinen.

**Wie sind Sie mit der Leere umgegangen, die unweigerlich nach dem letzten Arbeitstag entsteht?**

Mir war eigentlich nie langweilig. Ich arbeite gerne in meinem Garten, pflege viele Freundschaften und lese. Des basst scho. □

## Im Landkreis wurden Berge versetzt\*

**Sie sind mit fast 30 Amtsjahren die dienstälteste Landrätin in Deutschland. Seit 2012 bekleiden Sie zudem die Funktion der Präsidentin des Thüringischen Landkreistages. Gab es auf diesem langen Weg auch Durststrecken?**

Ja natürlich. Doch ich habe es mir zur Maxime gemacht, dass es keine Probleme gibt, sondern Herausforderungen, denen man sich stellt. Gemeinsam mit meinen Mitarbeitern in der Verwaltung haben wir stets nach pragmatischen Lösungen gesucht und sie in der Regel auch gefunden.

Dass das nicht der schlechteste Weg war, zeigt auch die Entwicklung des Landkreises Greiz seit 1994 auf vielfältigste Weise. Wir haben die Herausforderungen der Hinterlassenschaften des Uranerzbergbaus im Landkreis gemeinsam mit der Wismut GmbH gemeistert. Das war ein langer, steiniger Weg von den ersten Gedanken zur Sanierung und Nachnutzung der Uranerzbergbau-Folgelandschaft der Wismut 1995 bis zur BUGA 2007. Für uns ein Mammutprojekt, das über 20 % der Fläche des Landkreises von rund 845 km<sup>2</sup> betraf. Da wurden buchstäblich Berge versetzt. Und es war die erste Bundesgartenschau, die an zwei Standorten stattfand – in der kreisfreien Stadt Gera und in Ronneburg im Landkreis Greiz. Wir haben wirklich Schrittmacherdienste geleistet und für spätere BUGA-Ausrichter Erfahrungen gesammelt.

Ebenso wichtig für die Menschen hier war der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur, die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen zur Ansiedlung neuer Unternehmen oder die Umsetzung ei-

nes anspruchsvollen Schulsanierungsprogramms. Gerade Letzteres war und ist mir ein Herzensbedürfnis.



Landrätin Martina Schweinsburg.  
Foto: Landkreis Greiz

**Sie sind bereits seit 1990 Landrätin – bis zur Gründung des Landkreises Greiz im Jahre 1994 waren Sie Verwaltungschefin des damaligen Landkreises Zeulenroda. Was ist Ihre vitalste Erinnerung an die bewegte Nachwendezeit im Hinblick auf den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen?**

Das Jahr 1990 war ein turbulentes Jahr, und als ich am 30. Mai vom damaligen Kreistag Zeulenroda zur Landrätin gewählt worden bin, habe ich nicht im Traum daran gedacht, über Jahrzehnte als Landrätin zu fungieren. Damals, kurz nach der Wende, schien alles möglich und wir trauten uns auch alles zu, was man rückblickend wohl durchaus als blauäugig bezeichnen kann.

Aber wir wollten etwas bewegen und gestalten. Jeder Tag stellte uns vor neue Her-

ausforderungen, die letzte Volkskammer der DDR schüttete uns mit Gesetzen regelrecht zu, da half im Zweifel nur der gesunde Menschenverstand. Schließlich hatten wir das öffentliche Leben am Laufen zu halten und gleichzeitig den Übergang vom zentralistisch geleiteten Rat des Kreises in die kommunale Selbstverwaltung zu gestalten. Viele, die sich damals in Verantwortung haben nehmen lassen, waren Quereinsteiger wie ich. Wir waren Lernende und Entscheidungsträger in einem. Noch heute wundere ich mich, wie wir solche Aufgaben wie die Währungsunion z. B. beinahe geräuschlos gemanagt haben.

Natürlich hatten wir Unterstützung aus den Alt-Bundesländern, die uns in diesem Prozess begleitet haben und auf deren Erfahrungen wir bauen konnten. Ich erinnere mich noch gut an eine Lehrstunde zum Föderalismus der besonderen Art beim Aufeinandertreffen engagierter Verwaltungsjuristen aus Rheinland-Pfalz und aus Bayern in meinem Büro, die leidenschaftlich darüber stritten, welche Verwaltungsstruktur oder welcher Verfahrensweg bei speziellen Problemstellungen besser sei, was mich Unerfahrene beinahe verzweifeln ließ und in dem Rat der Fachleute gipfelte, ich solle mein Regierungspräsidium fragen, das es aber noch gar nicht gab.

Auch den entsetzten Blick einer Beraterin aus den Alt-Bundesländern werde ich nie vergessen, die uns u. a. bei der Privatisierung des Bestattungswesens zur Seite stand, als sie feststellen musste, dass die-

\* Interview mit der dienstältesten Landrätin in Deutschland und Vorsitzenden des Thüringischen Landkreistages, Martina Schweinsburg (Landkreis Greiz).

ser Bereich im Rat des Kreises in der Abteilung Entsorgung eingeordnet war...

## Was waren insgesamt betrachtet die wichtigsten Themen, die Sie in der Landespolitik für die Landkreise bewegen konnten?

Als Präsidentin des Thüringischen Landkreistages sehe ich es als meine vordringlichste Aufgabe an, die kommunale Familie zusammenzuhalten und deren Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Da bin ich mit dem Präsidenten des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes auf einer Wellenlänge.

Ein Thema, was uns – was mich – seit meinem Amtsantritt dauerhaft beschäftigt, ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen. Seit im Jahre 2012 in Thüringen der kommunale Finanzausgleich neu geordnet wurde, kämpfen wir für eine unseren Aufgaben angemessene Finanzausstattung. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende, aber wir haben einen langen Atem.

## ...und was war das politisch heißeste Eisen?

...die Verhinderung der von der rot-rot-grünen Landesregierung vorangetriebenen Kreis- und Gebietsreform, die nach meiner Meinung über die Köpfe der Menschen hinweg durchgezogen werden sollte

und deshalb sehr emotional debattiert wurde. Auch wir Landkreise wurden an dem Prozess zur Entscheidungsfindung nicht angemessen beteiligt, was letztlich dazu geführt hat, dass die Landräte quer durch die Parteien rebellierten und die Landesregierung ihr wichtigstes Projekt zurückzog. Mittlerweile ist dieses Thema vom Tisch, genauso wie die Änderung des Thüringer Schulgesetzes. Dessen Umsetzung hätte das Aus für unzählige Schulen im ländlichen Raum bedeutet mit all den Folgeerscheinungen für die Gemeinden mit Schulstandorten, für den Schülerverkehr usw.

## Wie sollte die Politik Ihrer Auffassung nach mit einer erstarkenden AfD umgehen?

Wie schwierig sich dies gestaltet, erleben wir ja gerade nicht nur in Thüringen, sondern bundesweit.

Im Kreistag des Landkreises Greiz ist die AfD-Fraktion die zweitstärkste Kraft. Das heißt, ein Fünftel der Wähler hat sich bei der Wahl des neuen Kreistages 2019 für diese Partei entschieden – ganz demokratisch. Das, so meine ich, kann man nicht einfach ignorieren. Denn das würde auch bedeuten, wir grenzen ein Fünftel unserer Bürger aus.

Das, was jetzt passiert, erinnert mich ein wenig an die 90er Jahre. Damals waren die Linken die Schmutzkinder, mit denen man nicht zusammenarbeiten konnte und wollte. Doch auf unserer kommunalen Ebene habe ich schon damals die Erfahrung gemacht, dass man mit der damaligen PDS sachorientiert durchaus konstruktiv zusammenarbeiten konnte. Mit den Kommunalwahlen 2004 kam es zum Personenwechsel in der Fraktion der Linken und die Ideologen gewannen die Oberhand. Das war in etwa die Zeit, als die WASG sich von der SPD abspaltete, um sich später mit der PDS zur Partei Die Linke zu formieren. Natürlich unter großem Aufschrei der Bundespolitik. – Wie sich die Bilder gleichen!

Auch unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen plädiere ich für einen pragmatischen Umgang miteinander, denn wenn wir unseren Landkreis weiter voranbringen wollen, brauchen wir entsprechende Mehrheitsbeschlüsse im Kreistag. Was nicht heißt, dass man deshalb die Ideologie dieser oder jener Partei, die in den Parlamenten vertreten ist, gutheißen bzw. sich zu eigen machen muss. Denn wie sagt ein Kollege so passend: Es gibt kein schwarzes, rotes, gelbes, grünes oder blaues Schlagloch. Es geht um die Sache, und diese Sache ist unser Landkreis Greiz. □

# „Die Menschen müssen spüren, dass es dir wichtig ist“

## Interview mit Sparkassenpräsidentin und Landrätin a. D.

### Beate Läsch-Weber

Beate Läsch-Weber steht seit 2011 als Präsidentin an der Spitze des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz. Von 1993 bis 2011 war sie Landrätin des Landkreises Bernkastel-Wittlich. Sie war damit die erste Landrätin in diesem Bundesland und konnte auf eine 18-jährige Amtszeit zurückblicken.

DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke hat mit ihr im Oktober d. J. das nachfolgend wiedergegebene Gespräch geführt.

**Uns beide eint: Erstens der Geburtsjahrgang, zweitens die ländliche Herkunft von einem Bauernhof, drittens die Tatsache, dass wir beide Jura studiert haben und viertens, dass wir beide 1993 bis heute das Licht der kommunalen und später auch der Sparkassenwelt erblickt haben. Das ist im Grunde eine ganze Menge und wir kennen uns so lange.**

**Du bist auf dem Bauernhof, auf dem Lande, aufgewachsen. War da das Jurastudium vorgezeichnet?**



Beate Läsch-Weber.

In keinster Weise. Bei uns hat vor mir noch nie jemand in der Familie ein Studium absolviert. Dass ich Jura studiert habe, war fast ein Zufall, weil ich etwas studieren wollte, was mir ein breites Fundament bietet, um mich später spezialisieren zu können. Auslöser war ein Besuch mit der Schulklasse am Amtsgericht Bitburg. Dort haben wir eine Verhandlung verfolgt, ein Strafverfahren. Ich war so beeindruckt vom dortigen Richter, weil er auf den jugendlichen Straftäter eingeredet hat wie ein Vater auf seinen Sohn einredet. Diese pädagogische Art des Richters hat mich so beeindruckt, dass ich mir damals gesagt habe: „Das wäre doch was für dich!“ Letztlich war es dieses kleine Schlüsselerlebnis. Und die Erkenntnis: Mit Jura bist du sehr breit aufgestellt.

**Und Deine Eltern haben das unterstützt oder haben eher gesagt: Wat will de dor?**

Meine Eltern haben das sehr unterstützt, insbesondere mein Vater. Ich bin in einem

Drei-Mädel-Haus groß geworden. So stand immer die Frage im Raum: Wer wird denn den Hof weiterführen? Wird er überhaupt weitergeführt? Mein Vater hat immer gesagt: „Meine Mädels sollen was lernen dürfen. Ich durfte das damals nicht. Ich musste aus Familientradition den Bauernhof fortführen. Meine drei Töchter sollen ihren Weg gehen und auch studieren dürfen.“ Natürlich war immer klar: Wenn das BAföG zu Ende ist, muss auch das Studium zu Ende sein.

**Das hat im Grunde auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gesagt, der ja fast so alt ist wie wir. Nämlich, dass das ohne BAföG gar nicht gegangen wäre, weil man einfach nur dadurch den Eltern vermitteln konnte, nicht völlig mittellos zu sein.**

**Und dann hast du mit 18 Abitur gemacht und auch früh beide juristischen Examen abgelegt. Den Studienort Bonn hast Du wegen der Nähe zur Heimat gewählt?**

Ja. Da ich kein Auto hatte, habe ich geschaut, wo eine gute Uni ist. So kam ich auf Bonn. Aus meinem Dorf hat jemand dort Agrarwissenschaften studiert. So hatte ich die Möglichkeit, mit diesem Studenten nach Bonn mitzufahren und auch wieder zurückzukommen. Oder auch mit der Bahn zu fahren.

**Und dann bist Du in die Berufswelt gestürmt und nach Frankfurt – oder erst später?**

Später. Zunächst stellte sich die Frage, ob ich Richterin werde oder in die Verwaltung gehe. Nach der Referendarzeit war für mich klar, dass ich wegen der Gestaltungsmöglichkeiten in die öffentliche Verwaltung gehe. Mein Weg führte zunächst nach Koblenz zur dortigen Bezirksregierung. Danach war ich Dezernentin in der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich und bin 1986 nach Frankfurt gegangen als Leiterin der städtischen Gleichstellungsstelle.

**Das verstehe ich gut – aber ich erkenne da auch den besagten Motivwechsel hin zum Gestalten. Also wie kommt jetzt das Mädchen vom Lande nach Frankfurt, und dann auch noch zur Gleichstellung?**

Gute Frage. Ich bin angesprochen worden. Über das rheinland-pfälzische Innenministerium und dortige Kontakte zur Stadtverwaltung Frankfurt kam die Verbindung zustande. Eine Headline lautete damals in etwa: „Frau vom Land leitet städtische Gleichstellungsstelle.“ Ich habe mir gesagt: Wenn du angesprochen wirst, in einer Pionierzeit der Gleichstellung etwas zu bewegen, mach es einfach. Mir war klar, dass ich das nicht auf ewig machen werde, weil

man ansonsten den Stempel der ewigen Gleichstellungsbeauftragten auf der Stirn trägt.

**Du hattest eine solide Vortätigkeit, sodass das kein Einstieg war, sondern die milde Variante umzusetzen der Gleichstellungspolitik.**

1988 bin ich zur Staatskanzlei nach Mainz gewechselt. Ich war dort fünf Jahre, zuletzt in der Funktion der stellvertretenden Zentralabteilungsleiterin.

**Und wie kam es dann zur Landrätinnenwahl?**

Mein Vorgänger *Helmut Gestrich* ging in den wohlverdienten Ruhestand.

**Der hat es aber lange gemacht, seit 1969. Er war eine Institution und Du warst eine junge Frau.**

Es war ein schwieriger Prozess. Ich bin von einigen angesprochen worden, die mich zu einer Kandidatur ermuntert haben. Das war aber nicht die allgemeine Auffassung; andere waren eher skeptischer, zumal ich bei der Wahl im Jahre 1992 erst 35 Jahre alt war. Ich war eine junge Mutter, sodass ich mir gut überlegt habe, ob ich das machen soll. Letztlich habe ich mich dann zur Bewerbung entschieden.

**Und das war Kreistagswahl oder Direktwahl?**

Diese erste Wahl erfolgte durch den Kreistag. Und es gab eine intensive Diskussion in den Fraktionen, ob man es wagen sollte, eine junge Frau, sprich: mich, zur Landrätin zu wählen. Keine Selbstverständlichkeit in einer durch die Herren der Schöpfung geprägten Kommunalpolitik.

**Es war in ganz Deutschland damals keine Selbstverständlichkeit...**

Ich bin heute noch den Menschen dankbar, die mir damals ihr Vertrauen geschenkt haben. Das war ein enormer Vertrauensvorschuss, den ich bekommen habe. Und es war eben nicht so: Sie kam sah und siegte. Sondern es war ein veritabler Wettbewerb um dieses Amt.

**Und was war aus Deiner Sicht das Motiv, Dich zu wählen?**

Ich nehme an: „Das ist eine von uns, die kommt aus der Region.“ Ich bin ja in Bitburg geboren, in der Eifel aufgewachsen, bäuerliche Herkunft, einfache Verhältnisse. Ich spreche die Sprache der Menschen. Mosel-fränkisch ist meine Muttersprache.

**Ich bin durch den Kreistag 1988 gewählt worden, und man hat auch gesagt: Ist einer von uns und bringt vielleicht Schwung und Dynamik in den Laden. Und weil er einer von uns ist, stülpt er nicht alles um. Und kann**

**mit den Leuten. Und spricht die Sprache. Also, da haben wir noch eine Gemeinsamkeit.**

Aus meiner Zeit als Dezernentin in der Kreisverwaltung kannte ich auch noch viele. Sie wussten, wie ich an Dinge rangehe. Dass ich zunächst aufmerksam zuhöre, dann abwäge und bewerte und schließlich entscheide und umsetze. Außerdem frage ich mich immer: „Was kann ich heute besser machen als gestern?“

**Nun zur Verwaltungsmodernisierung. Da habt Ihr einen Speyer-Preis geholt. Außerdem haben wir 1993 den DLT-Innovationsring gegründet, den wir in einer zweiten Runde – ich meine es war 1997 – erweitert haben. Seitdem hast Du dessen Arbeit über viele Jahre ganz maßgeblich in der Sache mitgeprägt, auch dadurch, dass Du einfach jemand warst und bist, der das geniale Talent hat, Menschen zusammenzuführen. Das war eine große Leistung. Dafür bin ich sehr dankbar.**

Für mich waren immer Bürgerfreundlichkeit und Mittelstandsfreundlichkeit der Maßstab des Handelns. In diese Richtung gingen auch die Preise, die wir bekommen haben. Aber es ging weniger um die Preise, sondern darum, dass Verwaltungen Dienstleistungsunternehmen sind im besten Sinne des Wortes. Wie begegnen wir unseren Kunden? Wie gestalten wir die Prozesse so, dass es für sie einfach ist, sich auch verstanden zu fühlen? Für mich war immer die Leitlinie, dass Menschen, die ein Anliegen haben, aus der persönlichen Betroffenheit heraus ernst genommen werden müssen. Diese Sicht muss man auch in der Kultur des Hauses verankern. Alle Kolleginnen und Kollegen im Hause müssen es leben – das war mein Ziel.

**Und das hat die Bevölkerung mit zwei großartigen Wiederwahlergebnissen – jeweils über 80 % – honoriert.**

In jede Wahl bin ich reingegangen nach dem Motto: „Du kämpfst darum. Du zeigst den Menschen, wie wichtig es dir ist, dass sie dir ihr Vertrauen auch weiterhin schenken.“ Die Schweißperlen müssen dir auf der Stirn stehen. Die Menschen müssen spüren, dass ihre Anliegen auch dir wichtig sind.

**Dann kam der 1.3.2011, der Tag, an dem wir uns im Innovationsring an der Mosel getroffen haben. Da wussten wir, dass jetzt für Dich Schluss ist. Ich habe daraufhin gesagt: „Dann höre ich auch auf.“**

**Dann bist Du zum Sparkassenverband gewechselt. Du hattest vorher schon den Verwaltungsratsvorsitz bei der Sparkasse Mittelmosel Eifel-**

## **Mosel-Hunsrück inne. Da warst Du nun ganz sicher die erste Frau überhaupt. Warum hast Du Dich entschieden, nach 18 Jahren als Landrätin diesen Weg zu gehen?**

Dieser Weg war außerhalb meines Vorstellungsvermögens. Für mich war klar: Nach der Wahl zur Landrätin ist vor der Wahl zur Landrätin. Dann erhielt ich einen Anruf von *Hans Jörg Duppré*, der etwas mit mir besprechen wollte. Ich dachte schon, ich sei beim Landkreistag irgendeinem meiner Kollegen auf den Fuß getreten. Denn er war ja unser Vorsitzender und eine wirkliche Autorität. Aber dem war dann nicht so und er eröffnete mir, dass im Kollegenkreis über die Nachfolge von *Hans-Otto Streuber* beim Sparkassenverband gesprochen worden sei. Wenn ich das denn machen wolle, sei man sich einig, mich auch allein vorzuschlagen. Und vor dem Hintergrund des großen Zuspruchs der Kollegen habe ich nach Bedenkzeit gesagt: Okay, ich mache es.

## **Ich würde gern wieder einige Zeit zurückgehen, um beim Sparkassenthema zu bleiben. Da ist die Kreissparkasse Cochem-Zell in eine Schiefelage geraten und hat mit der Kreissparkasse Bernkastel-Wittlich zum 1.1.2003 fusioniert. Hatte Dein Landkreis als Sparkassenträger dabei eigentlich eine Wahl?**

Wir sind mehr oder weniger bedrängt worden, diese Fusion durchzuführen.

## **Wie weit habt Ihr als Verwaltungsrat Einfluss genommen auf die öffentliche Auftragserfüllung der Sparkassen im Geschäftsgebiet?**

Wir haben sehr großen Wert darauf gelegt, dass es eine Arbeitsteilung gibt zwischen Vorstand und Verwaltungsrat. Das heißt, dass operative Entscheidungen, Einzelfallentscheidungen, Kundenentscheidungen Entscheidungen der Sparkasse sind. Wir haben uns konzentriert auf die strategischen geschäftspolitischen Leitlinien und unsere Aufgaben als Aufsichtsorgan wahrgenommen.

## **Umgekehrt müsste aber ja auch klar sein, im ganzen Geschäftsgebiet präsent zu sein.**

Wir sind dem öffentlichen Auftrag verpflichtet und orientieren uns am Gemeinwohl. Der öffentliche Auftrag gilt für das gesamte Geschäftsgebiet. Die Nähe zu unseren Kunden wiederum setzt Überschaubarkeit der Strukturen voraus.

## **Wir haben noch gar nicht über das Thema „Einzige Frau in der Männerwelt“ gesprochen. Und zwar bezogen auf den Landkreistag Rheinland-Pfalz und auf den Sparkassenverband**



Ein Leben zwischen Landkreisen und Sparkassen: Beate Läsch-Weber mit dem früheren Landrat und DSGVO-Präsidenten Heinrich Haasis (l.), dem früheren DLT-Präsidenten Hans Jörg Duppré (2.v.l.) und dem DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke. Fotos: Sparkassenverband Rheinland-Pfalz

## **Rheinland-Pfalz. Und wie ist es auf der Bundesebene gewesen, immer diese Pionierfunktion auszuüben?**

Ich habe das im Sparkassenbereich auf der Bundesebene gar nicht mehr so wahrgenommen. Das war im Kollegenkreis sehr selbstverständlich. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass ich als Frau in anderer Weise betrachtet, wahrgenommen oder anders behandelt werde.

## **Und wie war das davor im Sparkassenverband Rheinland-Pfalz und im Landkreistag Rheinland-Pfalz, fast zwei Jahrzehnte zuvor?**

Das war damals eine andere Zeit. Das Amt des Landrates in seiner auch repräsentativen Funktion, in seiner aus der Vergangenheit von Personen geprägten Rolle besetzt mit jemanden wie mir – ich glaube, das war für manche schon eine große Umstellung.

## **Was wäre denn Dein Ratschlag?**

Es hängt immer von beiden Seiten ab. Ich selbst bin immer bescheiden im Auftreten, aber bestimmt in der Sache. Ich muss nicht zu allem meinen Senf geben und schon gar nicht in der Öffentlichkeit. Stattdessen gehe ich sehr überlegt damit um, wann und wie ich mich zu Wort melde. Diese betonte Sachlichkeit kann ein Weg sein, ohne zu viel Aufhebens um die eigene Person zu machen.

## **Das glaube ich auch. Und schon gar kein Aufheben ums eigene Geschlecht zu machen. Genau das ist mein Eindruck von Deinem Agieren: die Sache so anzugehen wie sie ist, sich dem Thema zu stellen und sich gut vorzubereiten. Darüber fügt man sich im Laufe der Zeit immer besser ein.**

Für mich war immer wichtig, keine Veränderung um der Veränderung willen, sondern Veränderung mit Ziel und Maß. Mein Zielbild aus der Kreisverwaltung, nämlich das eines kundenorientierten und wirtschaftlich handelnden Dienstleistungsunternehmens, habe ich auf den Verband übertragen mit dem einzigen Unterschied, dass die Kunden die rheinland-pfälzischen Sparkassen sind.

## **Der große Unterschied zur Chefrolle in einem Landkreis besteht ja möglicherweise darin, dass ihr Euch aus verschiedenen Säulen zusammensetzt. Wie fasst man diese unterschiedlichen Strömungen im Lande so zusammen, dass man alles unter einen Hut kriegt?**

Das ist die Kernfrage für einen Verband. Für mich sind die Gremien die Plattformen, auf denen diese Strömungen und Interessenlagen zusammentreffen und in eine gemeinsame Richtung geführt werden müssen. Für mich war es eines meiner ersten Ziele, unsere Gremienstrukturen so weiter-

zuentwickeln, dass wir alle diese Strömungen, alle diese Betroffenheiten, die manchmal auch unterschiedlich Betroffenen, zu aktiv Beteiligten in unseren Gremien machen.

Das hat dazu geführt, dass wir unsere Gremienstrukturen dergestalt verändert haben, dass unsere drei Fachausschüsse, die ja sämtlich mit Sparkassenvorständen besetzt sind, auch von einem Sparkassenvorstand im Vorsitz geleitet werden. Weil darüber die Auftraggeberrolle der Sparkassen deutlich wird. Das ist wichtig, damit wir nicht übereinander sprechen, sondern miteinander in einem ständigen Dialog sind. Die Fachausschüsse haben spiegelbildlich Kompetenzcenter auf der Verbandsebene. Im Dialog wird dann um die besten Lösungen und die Prioritäten gerungen. Und was die kommunale Seite angeht, da halten wir es auch so, dass an der Spitze des Trägersausschusses, der ja die kommunalen Interessen abbildet, der Verbandsvorsitzende steht, genauso wie im Verwaltungsrat und letztendlich in der Verbandsversammlung.

**Mein Hauptproblem mit dem DSGVO ist, dass dort zu viel zu lange parallel läuft, bis es zusammenkommt. Das führt m. E. auf der Bundesebene zur Gefahr erheblicher Reibungsverluste.**

Wir haben im SVRP eine gute Struktur gefunden, natürlich muss man immer selbstkritisch bleiben. Ich bin für jede Anregung und Kritik dankbar. Ich sage nie: „Es

ist gut, so wie es ist“, sondern: „Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte.“ Es geht immer um die beste Unterstützung für die Sparkassen.

Dabei ist es nicht entscheidend, wo ein Prozess oder ein Produkt entwickelt worden ist und wer der Initiator ist. Nicht jeder Regionalverband muss das Rad neu erfinden oder den Glauben haben, dass er jeweils und immer die beste Erkenntnis hätte. Vertrauen wir doch auch auf die Expertise der anderen und machen wir mit der Arbeitsteiligkeit in der Sparkassen-Finanzgruppe ernst.

**Siehst Du die Struktur der Sparkassen in Rheinland-Pfalz als passend an oder habt Ihr Veränderungsbedarf?**

Ich bin immer bereit, über Strukturveränderungen nachzudenken. Allerdings ist es immer wichtig, dass Sparkasse Sparkasse bleibt. Das ist auch verbrieft in den DSGVO-Leitlinien, die wir jetzt auf den Weg bringen und beschließen wollen. Denn in dem Moment, in dem wir austauschbar sind mit Banken, sind wir keine Sparkassen mehr. Dieses Alleinstellungsmerkmal macht uns aus und ist Teil unserer DNA, es ist Teil des Erfolgsmodells Sparkasse auf der Basis kommunaler Trägerschaft.

**Wir haben jetzt monatlang, wenn nicht noch länger über das Sicherungssystem gesprochen. Das Auffällige für mich war dabei, dass sich Gruppen gebildet haben: die eine**

**Gruppe, die keine Landesbanken mehr hatte und daraus bestimmte Schlussfolgerungen abgeleitet hat, die andere Gruppe, die Landesbankbeteiligungen haben, und vielleicht noch eine dritte, die dazwischen stand. Ihr habt nicht Gruppeninteressen vertreten, sondern versucht, das Ganze voranzutreiben. Worin bestand da die Motivation?**

Ich habe diese Gruppenaufteilung nicht verstanden, weil ein Haftungsverbund ein Haftungsverbund ist. Da spielt die formale Situation – also ob jemand Träger einer Landesbank ist oder nicht – nicht die zentrale Rolle. Von unseren Aufgaben her brauchen Sparkassen Zentralfunktionen, die in Landesbanken abgebildet werden, auch die rheinland-pfälzischen Sparkassen. Wenn es in einem Regionalverband in der Trägerstruktur Verwerfungen mit einer Landesbank gibt, sitzen wir sowieso alle am Tisch. Die Überlegung, sich so lange wie möglich abzuschotten, um sich eine bessere Ausgangsposition zu sichern, teile ich nicht. Das sind separatistische Tendenzen, die nicht vom Ende her gedacht sind. Das Wesentliche ist, dass Risikoabbau betrieben wird, gerne über ein Sparkassen-Zentralinstitut

**Dann frage ich nur noch: Wie lange machst Du das jetzt noch?**

Bis Ende 2022.

## Landrätin ist ein zeitintensiver Traumberuf\*

**Ist das Amt der Landrätin für Sie ein Traumberuf?**

Ich kann viel bewegen, den Landkreis aktiv weiterentwickeln und gestalten, sehr selbstständig arbeiten und habe viel mit Menschen – Mitarbeitern und Bürgern – zu tun. In den vergangenen 20 Jahren habe ich tausende persönliche Gespräche geführt und konnte vielen Menschen gut weiterhelfen – insofern ist Landrätin für mich ein sehr erfüllender, aber auch ein sehr zeitintensiver Traumberuf.

**Wie würden Sie sich als Chefin bezeichnen?**

Konsequent, zielstrebig, geradlinig, gerecht, manchmal ungeduldig, aber herzlich. Ich sage immer zu meinen Mitarbeitern, sie sollen bei unangenehmen Gesprächen „freundlich, aber deutlich“ bleiben. So agiere ich auch. Für die Mitarbeiter habe ich immer ein offenes Ohr und bin für alle schnell erreichbar und ansprechbar. Ich rufe Sachbearbeiter auch oft direkt an,



Landrätin Tamara Bischof. Foto: Atelier zudem

wenn ich etwas wissen möchte. Auch mein Büro ist strukturell schlank aufgebaut, mit zwei Mitarbeiterinnen, die Terminorganisation, Schreiben und Karten an Bürger erledigen, und einer Mitarbeiterin, die für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Alle haben einen kurzen Draht zu-

einander und wir stehen im engen Austausch.

Natürlich passieren bei der Arbeit auch einmal Fehler. Dann bin ich zwar nicht begeistert, aber wo viel gearbeitet wird, kann auch einmal ein Fehler passieren. Wichtig ist mir, dass man zu Fehlern steht und sie frühzeitig einräumt, oft kann man das Blatt ja noch zum Positiven wenden. Zum Glück muss ich hier aber nur sehr selten eingreifen.

**Was zählt zu Ihren größten Erfolgen als Landrätin?**

Wichtige Leitgedanken meiner Arbeit sind: „Der Mensch steht im Mittelpunkt“ und „Bildung hat Vorfahrt“. Das besondere Augenmerk auf unsere Schulen zählt sich aus: Alle unsere weiterführenden Schulen sind auf einem guten bis sehr guten baulichen Stand, wir haben hier in den vergangenen 20 Jahren rund 65 Mio. € investiert und

\* Interview mit Tamara Bischof, seit 2000 Landrätin des Landkreises Kitzingen.

können uns mit Fug und Recht als Bildungslandkreis bezeichnen. Frühzeitig haben unsere Städte und Gemeinden in die Betreuung unserer Kinder investiert und wir können uns aktuell über knapp 1.100 Krippenplätze freuen – im Jahr 2006 war es nur 12! Ich weiß, dass bei uns alle Eltern ohne lange Wartelisten wohnortnah einen Krippen- oder Kindergartenplatz für ihren Nachwuchs bekommen und auch für Schulkinder gibt es ausreichend Betreuungsangebote, in vielen Städten und Gemeinden auch in den Ferien.

Frühzeitig haben wir kontinuierlich an unserem ÖPNV gearbeitet. Wir sind der einzige Landkreis in Bayern, der volles Mitglied in zwei Verkehrsverbänden (VGN und VVM) ist, was uns sehr attraktiv für Pendler Richtung Nürnberg und Würzburg macht, und arbeiten aktuell aktiv daran, unsere Busanbindung vor Ort stetig zu verbessern. Wir sind ein sehr ländlicher Landkreis – ohne U-Bahn oder S-Bahn – und wollen unseren Bürgern – nicht nur vor dem Aspekt des Klimaschutzes – einen guten ÖPNV bieten und investieren hier kräftig.

Wir drehen auch seit vielen Jahren an ganz unterschiedlichen Stellschrauben, was den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz betrifft – nicht erst seit dem trockenen Sommer 2018, als unsere Große Kreisstadt Kitzingen heißester Ort Deutschlands wurde. Seit 2010 werden Wärme, Strom und Wasser aller Landkreisobjekte statistisch erfasst und monatlich ausgewertet, um kurzfristige Mängel und Abweichungen feststellen zu können. Bereits 2012 haben wir unser Energie- und Klimaschutzkon-

zept verabschiedet, für alle Landkreisobjekte kommt seit 2012 nur Ökostrom zum Einsatz und bei unseren Neubaumaßnahmen werden bevorzugt nachwachsende Materialien verwendet. Durch kontinuierliche Gebäudesanierungen mit dem Ziel der CO<sub>2</sub>-Einsparung konnte von 2010 bis 2019 der Heizenergieverbrauch um 44,5 %, das entspricht 3.562 MWh reduziert werden. Unsere Bio-Abfälle werden zu Strom vergärt, wir setzen seit vielen Jahren auf E-Mobilität und investieren in die Bildung unserer Bürger rund um den Bereich Nachhaltigkeit. Aktionen wie „plastikfrei“, die Auszeichnung als „Fairtrade-Landkreis“ und unsere „Tour de Müll“, bei der Kinder und Jugendliche die Flur säubern, ergänzen unsere Bestrebungen, unseren Landkreis den Herausforderungen der Zukunft entsprechend zu rüsten.

Wichtig ist mir auch unsere Tochter, die Klinik Kitzinger Land! Der Landkreis unterstützt die aktuelle Generalsanierung und Erweiterung seines Kreiskrankenhauses mit hohem finanziellem Aufwand, denn eine gute wohnortnahe medizinische Versorgung muss auch bei uns auf dem Land gegeben sein.

Das wirtschaftliche und sparsame Handeln verlieren wir dabei aber nicht aus den Augen: Trotz aller Investitionen haben wir vor allem in den vergangenen Jahren unsere Schulden massiv abgebaut, wir haben sieben Jahre in Folge unsere Kreisumlage gesenkt und liegen mit unserer Pro-Kopfverschuldung deutlich unter dem bayerischen Landesdurchschnitt.

Der Landkreis hat in den vergangenen Jahren eine enorme positive Entwicklung genommen, die Einwohnerzahlen steigen und liegen erstmals konstant über 91.000 Einwohnern – bei meinem Amtsantritt im Jahr 2000 lebten rund 88.900 Menschen im Landkreis. Wir haben eine stabile Wirtschaft mit gutem Branchenmix, viele Freizeitangebote und eine gute Infrastruktur. Bei zahlreichen Umfragen und Rankings belegt der Landkreis Kitzingen einen guten bis sehr guten Platz und uns werden auch für die Zukunft stabile Bevölkerungszahlen prognostiziert. Wir haben die richtigen Weichen gestellt – darauf bin ich stolz!

## Woran sollen die Menschen zuerst denken, wenn sie vom Landkreis Kitzingen hören?

An einen „Genusslandkreis“, in dem es sich hervorragend leben und arbeiten lässt. Wir sind der Weinlandkreis in Bayern und sind sehr stolz auf unseren Frankenwein und unsere ausgeprägte Genussskultur, die sich zum Beispiel auch in vielen Festen widerspiegelt. Wir im Kitzinger Land sind sehr gesellig und gastfreundlich und haben in den vergangenen Jahren auch kräftig in die Infrastruktur für unsere Gäste investiert. Mit unseren 15 „TraumRunden“ bieten wir naturnahe und besondere Rundwanderwege, und wir haben ein hervorragend ausgebautes Radwegenetz, u. a. führt ein Stück des bekannten und beliebten Mainradwegs durch den Landkreis. Wir leben, wo andere Urlaub machen! □

## Besonderes Gemeinschaftsgefühl zwischen DLT und Landräten\*

**Frau Bachmann, neun Jahre ist es her, dass Sie vom Landratsamt in Saarlouis ins Ministerium nach Saarbrücken gewechselt sind, Landrätin waren Sie in den Jahren bis 2004 bis 2011. War das eine prägende Zeit für Sie?**

Die Idee, ehemalige Landrätinnen, die heute in anderer politischer Funktion aktiv sind, zu Wort kommen zu lassen, ist Ausdruck des besonderen Gemeinschaftsgefühls des Deutschen Landkreistages zu den Landrätinnen und Landräten. Ob Aktive oder Ehemalige.

Ich war sehr gerne Landrätin des Landkreises Saarlouis, der nach dem Regionalverband Saarbrücken der einwohnerstärkste Landkreis des Saarlandes ist. Dabei ist er geprägt von Industrie, Gewerbe, aber auch ländlichem Raum, in dem es sich gut wohnen und leben lässt. Diese Jahre

waren für mich persönlich sehr prägend. Erstmals durfte ich eine große Verwaltung leiten, was ohne die tollen Mitarbeiter im Landratsamt sicherlich nicht so leicht geworden wäre. Darüber hinaus waren es aber auch politisch prägende Jahre – angefangen mit der Reform von Hartz IV bis hin zur Verwaltungsstrukturreform, bei der u. a. die bisher bei den Landkreisen angesiedelten Kommunalaufsichts-, Verkehrsordnungswidrigkeiten- und Ausländerbehörden beim neuen Landesverwaltungsamt angesiedelt wurden. Ein weiteres, für mich prägendes Ereignis war der Fall der vertauschten Babys, der bundesweit Schlagzeilen machte. Es waren Jahre, in denen ich sehr viel lernen durfte, viel zu verantworten hatte und die aber ebenso große Freude bereitet haben, mit den Bürgern unseres Landkreises täglich arbeiten zu dürfen.

**Sie wurden Nachfolgerin von Annet Kramp-Karrenbauer, als diese zur Ministerpräsidentin gewählt wurde. Seither gehörten Sie den Regierungen AKK I bis III an und sind auch unter dem Ministerpräsidenten Tobias Hans Sozialministerin geblieben. Sind Sie also in Ihrem Traumberuf angekommen?**

Jeder meiner Berufe, die ich in meinem bisherigen Arbeitsleben bekleidete, haben mir Freude und Spaß bereitet. Natürlich ist es eine ganz besondere Ehre, Ministerin im eigenen Bundesland werden zu können. Und auch in den unterschiedlichen Kon-

\* Interview mit *Monika Bachmann*, seit 12.11.2014 Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Von 2004 bis 2011 war sie Landrätin des Landkreises Saarlouis sowie von August 2011 bis Mai 2012 saarländische Ministerin für Arbeit, Familie, Soziales, Prävention und Sport. Von Mai 2012 bis 12.11.2014 war sie saarländische Ministerin für Inneres und Sport.

stellationen und Ministerien, die ich leiten durfte, konnte ich täglich neue Dinge lernen und dabei wichtige Projekte auf den Weg bringen. Wer mich kennt, weiß, dass mir die Pflegekräfte am Herzen liegen. Deshalb war es mir besonders wichtig, im Jahr 2016 den deutschlandweit einmaligen „Pflegepakt Saarland“ ins Leben zu rufen. Dort sitzen alle wesentlichen Akteure – von der Pflegegesellschaft bis zur Gewerkschaft – an einem Tisch, um Verbesserungen in der Pflege zu erarbeiten. Und das mit Erfolg.

Die Chance, etwas für die Saarländer erreichen zu können, motiviert mich jeden Tag aufs Neue. Dabei möchte ich betonen, dass alle Aufgaben nur mit motivierten Mitarbeitern zu bewerkstelligen sind.

### Worauf blicken Sie in Ihrer Zeit als Landrätin mit besonderem Stolz zurück? Wir hat sich der Landkreis Saarlouis seither entwickelt?

Es waren Jahre voller Highlights. So war zum Beispiel die Einrichtung des „Kita-Kinderlandes“ – einer Kita mit besonderen Öffnungszeiten für berufstätige Eltern, deren Arbeitszeit außerhalb des normalen Zeitraums liegt. Wir waren im Saarland die ersten, die ein solches Modell aufgebaut haben. Auch hier vom Erfolg gekrönt, denn mein Nachfolger konnte in der Zwischenzeit mehrere Erweiterungen eröffnen. Und auch die Rettung des Flugplatzes in Düren habe ich in guter Erinnerung. Hier konnten wir dem ansässigen Fallschirm-



Ministerin Monika Bachmann, hier mit Minister a.D. Karl-Heinz Schröter, der ebenfalls als Landrat in ein Ministeramt – in Brandenburg – gewechselt war.

Foto: Mark Frantz

springerverein helfen, damit dieser eine bedarfsgerechte Infrastruktur vorfinden konnte. Heute finden dort Deutsche Meisterschaften im Fallschirmspringen statt.

Dazu kommen noch viele weitere kleinere und größere Momente, die mich an meine

Zeit als Landrätin des Landkreises Saarlouis gerne zurückdenken lassen.

### Sie waren zu Beginn Ihrer ministeriellen Karriere zunächst Arbeitsministerin, in einer Zeit, in der sich Ihr Landkreis Saarlouis entschied, als Optionskommune das SGB II eigenverantwortlich zu übernehmen. Worin liegen Ihrer Auffassung nach die besonderen Chancen kommunaler Arbeitsmarktpolitik?

Es war damals eine gewagte Entscheidung. Aber im Nachhinein – so glaube ich – die richtige. Den gesamten Prozess hautnah erleben zu können, war sicherlich einer der Momente, in denen ich am meisten lernen konnte. Wenn Arbeitsmarktpolitik regionale Einflüsse erfährt, kann dies von einem großen Vorteil für alle Beteiligten sein. Eine Win-win-Situation sozusagen.

### Kann diese Komponente auch einen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse leisten?

Unsere Landkreise mit ihren Verwaltungen und den ihnen übertragenen Aufgaben, leisten insgesamt einen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse. Gerade im ländlich, aber auch städtisch geprägten Landkreis Saarlouis ist das von besonderer Bedeutung. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass Landkreise unverzichtbar für das Miteinander und den Zusammenhalt einer Gesellschaft sind. □

## Die Arbeit in der Kreisverwaltung geht sprichwörtlich über den Tellerrand eines bestimmten Profils hinaus\*

### Worauf blicken Sie in Ihrer Amtszeit besonders gern zurück?

Das ist keine leichte Frage. Ich erinnere mich an zahlreiche schöne Momente und Augenblicke gerne auf meine 17-jährige Amtszeit zurück. Ebenso sehr freue ich mich auf die kommenden Jahre als Landrätin. Ich denke gerne an Veranstaltungen zurück, die wir im Landkreis Merzig-Wadern etabliert haben, an herausragende Ereignisse, politische Errungenschaften im Kreistag und persönliche Gespräche mit den Bürgern. Dass mir die Menschen aus unserem „Grünen Kreis“ nach der Wahl 2004 noch zwei weitere Male mit einem überragenden Ergebnis das Vertrauen geschenkt haben, hat mich sehr gefreut.

Dieses Vertrauen möchten wir in unserer täglichen Arbeit in der Kreisverwaltung sowie im Kreistag und den Kreisausschüssen zurückzahlen. Sicherlich kann ich nicht auf alle Highlights im Detail eingehen – aber ich möchte es versuchen. Immerhin haben wir



Landrätin Daniela Schlegel-Friedrich.

Foto: Landkreis Merzig-Wadern

in diesen fast zwei Jahrzehnten in unserem „Grünen Kreis“ vieles erreicht:

Eine besondere Rolle haben in meinen Augen schon immer die Kinder eingenommen. Dementsprechend habe ich der Bildung, unserer Jugend und sozialen Projekten einen großen Teil meiner Aufmerksamkeit gewidmet. Von Umbau- und Modernisierungsarbeiten über die steigenden Betreuungsmöglichkeiten der Jugendhilfe bis hin zur Digitalisierung – ich kann auf viele schöne Schlagzeilen aus den vergangenen Jahren zurückblicken. Allerdings fordern uns stetig gesellschaftliche wie aktuell pandemische Veränderungen heraus. Als moderne Kreisverwaltung konnten wir in der Vergangenheit schnell auf neue Anforderungen reagieren. Mit den Neubauten und Erweiterungen an unseren kreiseigenen Schulgebäuden, den Renovierungen der Sporthallen und einer ein-

\* Interview mit Daniela Schlegel-Friedrich, die seit 1.10.2004 Landrätin des Landkreises Merzig-Wadern ist.

zigartigen Schule in Perl, dem Deutsch-Luxemburgischen Schengen-Lyzeum, bieten wir der Zukunft des Landkreises moderne Schulen und Schulformen.

Mir ist es ein Anliegen, Kindern und Jugendlichen aller Altersgruppen bestmögliche Grundlagen zu bieten. Zwei Beispiele: Mit den kreisweit einheitlichen Kita-Beiträgen konnten wir zuletzt als erster und einziger Kreis im Saarland den Bürgern einen niedrigen, einheitlichen Elternbeitrag in allen Kindertageseinrichtungen anbieten. Durch unsere Ausbildungsmesse „Deine Zukunft jetzt!“ helfen wir jungen Menschen beim Schritt von der Schule ins Berufsleben. Jugendliche finden hier jährlich – virtuell und jederzeit – Ausbildungsangebote in unserem Landkreis.

Die Kinder- und Jugendförderung ist von besonderer Bedeutung. Jährlich zeichnen wir im Rahmen der Nachwuchshehrung herausragende sportliche sowie schulische Leistungen aus. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Unterstützung des Ehrenamtes. Mit den „Stillen Stars im Ehrenamt“ und der Ehrenamtskarte prämiieren wir jährlich einzigartiges ehrenamtliches Engagement, über das ich mich sehr freue und das ich keineswegs als selbstverständlich erachte.

Und auch die Bewegung der Kinder und Jugendlichen, die Sportförderung, liegt mir am Herzen: Mit den Saarländischen Schulaufmeisterschaften, dem Sport- und Spielfest für die dritten Klassen der Grundschulen, der Grundlagenausbildung und dem Sport- und Spielmobil haben wir in der Vergangenheit zahlreiche Großereignisse und bürgernahe Angebote auf die Beine gestellt, die die Bewegung von Jung und Alt fördern. Zusätzlich können wir mit dem Neujahrsspringen und dem Sportforum in jedem Jahr aufs Neue Spitzensportler der Weltelite in unsere Heimat lotsen.

Unsere Bürgern wie unseren Gästen möchten wir im gesamten Landkreis jederzeit erlebnisreiche, erholsame und kulinarisch genussreiche Momente ermöglichen: Als Saarschleifenland bieten wir Wandern mit unseren Traumschleifen prämierte Wanderwege. Und auch unsere Kulturgüter, die Burg Montclair, das Museum Schloss Fellenberg und die Römische Villa Borg sind für Einheimische wie Touristen wunderschöne Ausflugsziele, in denen die Geschichte des Landkreises noch heute spürbar erlebt werden kann. Und mit der Initiative „Ebbes von Heil!“ stärken wir regionale Gastronomen, Erzeuger und Produkte.

**Vor Ihrer Wahl zur Landrätin im Jahre 2004 waren Sie fünf Jahre lang Staatssekretärin im Saarländischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Was hat sich in der Rückschau**

## **durch diesen beruflichen Wechsel am gravierendsten verändert?**

Die Arbeit als Landrätin lässt sich nur bedingt mit der einer Staatssekretärin vergleichen: Während meine alltäglichen Aufgaben in der Zeit als Staatssekretärin ausschließlich im Wirtschafts- und Verkehrsressort lagen, sind die Anforderungen an mich als Landrätin breiter gefächert. Die Arbeit in der Kreisverwaltung geht sprichwörtlich über den Tellerrand eines bestimmten Profils hinaus. Allerdings arbeite ich in der Kreisverwaltung mit hervorragend geführten Dezernaten und Stabsstellen zusammen, die auch meine Arbeit erleichtern.

## **Hat sich der Landkreis Merzig-Wadern in dieser Zeit gut entwickelt?**

Diese Frage könnte ich in aller Kürze mit einem klaren Ja beantworten. Denn wir haben flächendeckend für die Bürger gute Voraussetzungen hergestellt. Das ökonomische Gesicht des Landkreises hat sich in den 17 Jahren meiner Amtszeit stets weiterentwickelt: Klein-, mittelständische und international renommierte Großunternehmen prägen die industrielle Kraft unseres Landkreises – wir blicken auf eine gute wirtschaftliche Situation – der Tourismus stieg an. Die vielfältigen Freizeitangebote und Sportmöglichkeiten sind ein Garant für Lebensqualität in unserer Heimat. In unseren einzigartigen Wäldern konnten wir sehr beliebte Wanderrouten kreieren – seit September 2015 sind wir eine der drei ersten deutschen Premium-Wanderregionen. Der „Grüne Kreis“ bietet eine reizvolle Landschaft mit vielen Sehenswürdigkeiten und Kulturdenkmälern. Doch auch hier liegt mit der Optimierung der Radwege noch Arbeit vor uns. Wir schöpfen alle Möglichkeiten aus, um niedrigschwellige Präventionsangebote zu etablieren und somit die Gesundheit der Bürger zu fördern.

## **Wo gibt es noch Entwicklungspotenzial?**

Meiner Ansicht nach gibt es stets Entwicklungspotenzial – in allen Bereichen. Situationen müssen neu bewertet werden, wenn sich die Anforderungen ändern. Zuletzt wurde das vor allem durch die Coronapandemie deutlich: Das Gesundheitsmanagement oder das Schulsystem rückten plötzlich in den Fokus. Als Schulträger hatten wir uns bereits in den Jahren zuvor gut aufgestellt. Den Schülern bieten wir gute infrastrukturelle Grundlagen. Unsere Schulen gelten als die besten im Land. Doch es geht eben stets besser. Daher arbeiten wir derzeit intensiv daran, diese Grundlagen noch besser zu gestalten – sodass den Kindern und Jugendlichen ein hervorragender Grundstein gelegt wird, auf dem sie sorglos und unbeschwert aufwachsen und insbesondere lernen können. Von der Infrastruktur bis hin zum

Gigabit-Anschluss, den alle Schulen im Landkreis Merzig-Wadern bis April 2022 erhalten – wir müssen mit den Anforderungen der Zeit gehen und dürfen vor neuen Aufgaben und Herausforderungen nicht die Augen verschließen. Eine große Herausforderung liegt im Bereich der medizinischen Versorgung vor uns. Hier müssen wir erreichen, dass der ländliche Raum nicht abgehängt wird.

## **Was bedeutet für Sie und Ihren Landkreis die Zielvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet? Wie weit sind wir Ihrer Meinung nach auf diesem Weg bereits vorangekommen?**

Zunächst einmal halte ich es für sehr wichtig, den Menschen bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse zu bieten. Obgleich der kulturellen und strukturellen Vielfalt, die dieses Land bietet und ausmacht, sollten in meinen Augen alle Möglichkeiten genutzt werden, die schwächeren Regionen zu stärken – sodass sich jeder Mensch hier auch in Zukunft individuell entwickeln kann. Die grundlegenden Gegebenheiten sollten für einen Menschen jeden Alters – für jedes Kind, jeden Arbeitnehmer und jeden Rentner – gleichwertig sein: vom Zugang zur Bildung über Angebote der Daseinsvorsorge, die technische, soziale und kulturelle Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum bis hin zu Mobilität sowie Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Der demografische Wandel ist seit vielen Jahren im vollen Gange – als ländlicher Raum spüren auch wir im Landkreis Merzig-Wadern seine Auswirkungen. Durch den Ausgleich ökonomischer Ungleichheiten und die Bereitstellung gleicher Ressourcen kann jedoch allen Bürgern eine faire Chance im Berufs- wie im Privatleben geboten werden. Hieran müssen wir weiterhin arbeiten. □

# Frauen dazu bewegen, sich in der Politik zu engagieren\*

## Worauf blicken Sie während Ihrer bisherigen Amtszeit als Landrätin am liebsten zurück? Worauf sind Sie besonders stolz?

Als ich 2007 ins Amt gewählt wurde, habe ich entschlossen das Thema Integration zur Cheffinnensache gemacht. Die Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt hat mir im Nachhinein Recht gegeben. Wir haben ein Integrationsteam gebildet, eine regelmäßige Einbürgerungsfeier etabliert, einen Integrationspreis gestiftet, das Projekt „Interkulturelle Öffnung der Kreisverwaltung“ aufgesetzt und eine umfangreiche Netzwerkarbeit gestartet, die bis heute Früchte trägt. Unser ehrenamtlicher Pool von 180 Dolmetschern, die 44 Sprachen und zehn Dialekte übersetzen können, ist einer der größeren in Nordrhein-Westfalen. Stolz bin ich darauf, dass ich von 2011 bis 2013 die kommunalen Spitzenverbände im Bundesbeirat für Integration vertreten und dort auch unsere Ideen und Initiativen vorstellen durfte.

Eine wichtige Entscheidung, die sich heute auszahlt, war auch, eine schlagkräftige Wirtschaftsförderungsgesellschaft aufzubauen, die mittlerweile auf elf erfolgreiche Jahre zurückblickt. Nicht zuletzt ihrer guten Arbeit ist es zu verdanken, dass wir beim Breitbandausbau im kommunalen Vergleich bundesweit die Nase vorn haben. Als erster Kreis haben wir von Anfang an auf die zukunftsfähige Glasfasertechnik gesetzt. Zurzeit arbeiten wir parallel an zwei von Bund und Land geförderten Breitbandprojekten im Rahmen des 3. und 6. Calls. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von mehr als 100 Mio. €, die in neue Glasfaser-Infrastruktur im Kreis Soest investiert werden können. Äußerst erfolgreich sind unsere Wirtschaftsförderer auch bei der Sicherung der medizinischen Versorgung. Bisher hat unser Arztlotse bereits zehn Hausärzte erfolgreich auf dem Weg in die Niederlassung begleitet.

Das sind alles Beispiele dafür, dass wir früh Themen aufgegriffen haben, die heute die öffentliche Agenda bestimmen. Das gilt auch für den Klimaschutz. Bereits 2009 habe ich gemeinsam mit der CDU-Kreistagsfraktion die Initiative für ein kreisweites Klimaschutzkonzept unter Einbeziehung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ergriffen, das mit unserem energiepolitischen Arbeitsprogramm kontinuierlich fortgeschrieben wird. Frucht ist der „European Energy Award“, das europaweit anerkannte Zertifikat für kommunale Aktivitäten rund um Klimaschutz und Energie-

effizienz, mit dem der Kreis Soest ausgezeichnet wurde.

Eine erfreuliche Anerkennung unserer erfolgreichen Anstrengungen in allen Bereichen ist natürlich, dass wir in den Innovationsring des Deutschen Landkreistages berufen worden sind, in dem sich besonders innovationsorientierte Landkreise zusammengeschlossen haben.



Landrätin Eva Irrgang. Foto: Landkreis Soest

## Vor Ihrer Wahl zur Landrätin waren Sie in der Geschäftsführung des familieneigenen IT-Unternehmens tätig. Wie steht es um die Digitalisierung der Verwaltung Ihres Kreises?

Der „Digitalisierungsprozess“ bei uns hat vor einem Jahr so richtig Fahrt aufgenommen. Wir haben eine digitale Agenda sowie interne Leitplanken zur Digitalisierung formuliert. Zur Entwicklung und Umsetzung sämtlicher Digitalisierungsideen und -projekte wurden sog. Digitalisierungs-Gruppen, kurz D-Gruppen, eingerichtet. Jedes Dezernat wird durch einen Digitalen Lotsen vertreten. Ich selbst leite einen Digitalisierungsbeirat, der strategische Entscheidungen vorbereitet.

Der Kreis Soest versteht sich als Motor und Impulsgeber für die Region, der mit Hilfe der Digitalisierung Entwicklungs- und Veränderungsprozesse aktiv gestaltet und neue Maßstäbe mit innovativen Lösungen setzt. Hierbei soll agil und lösungsorientiert gehandelt werden, um Dienstleistungen für alle Nutzer digital anbieten und die Region sowie den Wirtschaftsstandort stärken zu können.

Die Kreisverwaltung Soest ist Teil der Region „Südwestfalen“, die zum zweiten Mal den Zuschlag für das NRW-Strukturförderprogramm „Regionale“ erhalten hat. Im Rahmen der Regionale 2025 werden Projekte mit der Südwestfalen-DNA – digital, nachhaltig, authentisch – gefördert. Südwestfalen hat es sich zur Aufgabe gemacht, Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um die Herausforderungen einer ländlichen Region anzugehen und nachhaltige Zukunftsgestaltung zu betreiben.

Die Landesregierung NRW hat im Jahr 2018 zudem das Förderprogramm „Digitale Modellregionen in NRW“ gestartet, um die Entwicklung übertragbarer digitaler Lösungen zu beschleunigen. Eine von fünf Leitkommunen ist die Stadt Soest, die zusammen mit dem Kreis Soest sowie den Städten Lippstadt und Iserlohn eine Digitale Modellregion bildet. Insgesamt stehen bis 2021 NRW-weit 91 Mio. € an Fördermitteln für Digitalisierungsprojekte zur Verfügung. Derzeit gibt es verschiedene Projekte in den Handlungsfeldern E-Government, Bildung, Infrastruktur, Gesundheit sowie Mobilität und Verkehr, die sich jeweils in einem unterschiedlichen Projektstatus befinden.

## Wo sehen Sie die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen elektronischer Verwaltungsdienste?

Die Kreisverwaltung Soest wird bis 2025 rund ein Drittel und bis 2030 rund die Hälfte an Personal durch Renteneintritt verlieren. Wir müssen also neue digitale Lösungen finden, um bei steigendem Fachkräftemangel mögliche personelle Lücken durch effizientere Abläufe zu schließen. Es besteht kein Grund zur Sorge, dass Beschäftigte durch digitale Veränderungsprozesse ihren Arbeitsplatz verlieren. Unabdingbare Voraussetzung ist allerdings die Bereitschaft aller, sich auf diesen Veränderungsprozess einzulassen und ihn mitzugestalten. Die Schnelligkeit der Arbeit ist allerdings natürlich nicht unendlich skalierbar, um dauerhaft mehr Arbeit mit weniger Personal zu erledigen. Die große Herausforderung ist das Managen von Veränderungsprozessen. Diesen umfassenden Veränderungsprozess gestaltet die Kreisverwaltung Soest aktiv.

\* Interview mit Landrätin Eva Irrgang, seit 2007 Landrätin des Kreises Soest und von 2011 bis 2013 Vertreterin der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände im Bundesbeirat für Integration. Der Kreis Soest ist Mitglied im Innovationsring des Deutschen Landkreistages.

**Seit etlichen Jahren sind Sie die einzige Frau in Ihrem Land, die das Amt der Hauptverwaltungsbeamten innehat. Wünschen Sie sich in Nordrhein-Westfalen mehr Frauen als Landrätinnen bzw. generell weiblichere Kreistage?**

Zunächst wünsche ich mir, dass Frauen auf allen Ebenen aktiv mehr Verantwortung übernehmen. Es gibt aber noch immer Grundsatzdebatten, ob ein Amt mit einer Frau oder einem Mann zu besetzen ist. Das

ist nicht mehr zeitgemäß. Das Geschlecht darf keine Rolle spielen. Das ist aber leider längst noch keine Selbstverständlichkeit. Darüber darf auch die gegenwärtige Situation nicht hinwegtäuschen, dass es eine Bundeskanzlerin und eine Verteidigungsministerin gibt oder Frauen wichtige Parteivorsitze innehaben. So ist es eben bezeichnend in diesem Zusammenhang, dass ich nach wie vor die einzige Landrätin in ganz Nordrhein-Westfalen bin.

**Was muss hierfür getan werden?**

Es gilt zu informieren und zu motivieren. Wir müssen Frauen bewegen, sich aus eigenem Antrieb in der Politik zu engagieren. Der Erfolg der viel diskutierten Quote ist aus meiner Sicht begrenzt. Denn auch dieses Instrument greift nur, wenn Frau auch will. In dieser Hinsicht sehe ich auch uns Mandatsträgerinnen in der Pflicht, für politische und parlamentarische Arbeit zu werben. □

## Prägende Jahre als Landrätin\*

**Seit einem knappen Jahr sind Sie Landtagspräsidentin in Schwerin. Gestartet sind Sie nach dem Jura-Studium in Kiel und Amsterdam bei der Landespolizei von Mecklenburg-Vorpommern, ehe es Sie in die Kommunalpolitik, dann in die Landespolitik und in zwei Ministerämter zog. Von 2008 bis 2014 waren Sie Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg. Wie beurteilen Sie diese Zeit an der Spitze der Kreisverwaltung in der Rückschau?**



Birgit Hesse – zunächst Leiterin des Polizeireviers Wismar...

Die Zeit als Landrätin war mehr als einfach nur eine Station in meinem Lebenslauf oder ein Schritt in meiner politischen Karriere. Das waren sehr schöne und sehr herausfordernde Jahre. Als Landrätin konnte ich Politik auf einer Ebene mitgestalten, die die Menschen vor Ort unmittelbar erreicht. Entscheidungen in der Kommune haben direkten Einfluss auf das Alltagsleben der Bürger. Und genauso direkt und unmittelbar ist oft das Feedback – im Guten wie im Schlechten. Das schafft Nähe, das schafft Kontakt, und das schafft ein großes Bewusstsein für die eigene Verantwortung. Dieses Bewusstsein begleitet mich seither.

Mitten in meine Amtszeit fiel die zweite Kreisgebietsreform nach dem Mauerfall in Mecklenburg-Vorpommern. Nordwestmecklenburg hat damals die zuvor kreisfreie Hansestadt Wismar dazu bekommen. Wer Wismar kennt, weiß, dass das natürlich einerseits ein riesiger Gewinn ist.

Auf der anderen Seite war diese Reform, auch wenn sie mittelfristig Geld einsparen sollte, zuerst einmal mit einem Mehraufwand verbunden.

Mich persönlich hat die Zeit in diesem Amt noch mehr in Mecklenburg-Vorpommern verwurzelt und mir ein tiefes Verständnis für die kommunale „Denke“ mitgegeben, das auch auf Landesebene oft von Vorteil ist.

**...von Ihnen stammt ja auch der Satz: „Am schönsten war es bei der Polizei“...**

Ja, das habe ich in meinem letzten Interview als Bildungsministerin gesagt, und dieser Satz hängt mir seither nach. In diesem Interview ging es auch um die Frage, wie wir in der politischen Auseinandersetzung miteinander umgehen und dass ich in meinem damaligen Amt ein gewisses Niveau in den verbalen Attacken auf die Arbeit der Landesregierung vermisst habe. Der Bildungsminister oder die Bildungsministerin sind da oft ein besonders gern gewähltes Ziel, weil in diesem Bereich ja alle ihre Erfahrungen und Meinungen haben. Aus der Zeit als Revierleiterin der Polizei in Wismar kannte ich etwas ganz anderes: Respekt, Fairness, Zusammenhalt.

Nach einem Jahr als Landtagspräsidentin kann ich aber sagen, es gibt Aufgaben, die mindestens genauso viel Freude machen.

**Wie beurteilen Sie die Kreisgebietsreform von 2011, die in Ihre Amtszeit als Landrätin fiel? Hat die Vergrößerung der Landkreise dem Land Mecklenburg-Vorpommern eher genutzt oder geschadet?**

Mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte beherbergt Mecklenburg-Vorpommern seit dieser Reform den größten Landkreis Deutschlands. Das ist ein Superlativ, der aus meiner Sicht nicht unbedingt erstrebenswert ist. Trotzdem ist es so, dass wir in einem Flächenland mit sehr unterschiedlichen Regionen und einer geringen Bevölkerungsdichte leben, und wir

müssen die öffentliche Verwaltung so aufstellen, dass sie zum einen funktioniert und zum anderen die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.



...als Sozialministerin zu Gast bei früheren Kollegen im DLT-Sozialausschuss...

Von der praktischen Seite ist das einigermaßen aufgegangen. Wir, die damaligen Landrätinnen und Landräte, konnten der Landesregierung klarmachen, dass wir eine passgenauere finanzielle Ausstattung brauchen – gerade, um die steigenden Kosten in der Sozial- und Jugendhilfe stemmen zu können. Wir haben es außerdem geschafft, den Kreissitz nach Wismar zu verlegen, ohne dass Grevesmühlen dadurch wirtschaftlich gelitten hat. In Nordwestmecklenburg und in den allermeisten anderen Kreisen haben die Menschen auch nach wie vor die Ämter in erreichbarer Nähe, die sie brauchen – etwa, um einen Reisepass zu beantragen, ihr Auto anzumelden oder ihren Hund. Da spielt es keine

\* Interview mit Birgit Hesse, die seit dem 22.5.2019 Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist. Sie war von 2016 bis 2019 Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern und von 2014 bis 2016 Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Vom 1.9.2008 bis 2014 war Birgit Hesse zudem Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg.

große Rolle, wie weit entfernt der Kreissitz liegt.

Was viele aber unterschätzt haben, ist die emotionale Seite einer solchen Reform. Die regionale Identität ist für die Menschen hier sehr wichtig und prägend, und natürlich ist dieses Gefühl der Zugehörigkeit auch an gewachsene Strukturen gebunden. Diese Strukturen aufzulösen, bedeutet dann auch, das Heimatgefühl ein Stück weit auszuhöhlen. Das hat am Ende denen in die Hände gespielt, die Begriffe wie „Identität“ und „Heimat“ für sich reklamieren und missbrauchen.

**Was braucht es, um gerade in einem Flächenland mit dünner Besiedlung junge Männer und Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern? Das Nachwuchsthema beschäftigt ja nicht nur die Unternehmen, sondern auch den Demokratiebetrieb.**

Da muss es heißen: Raus aus der Komfort-Zone der Altherren-Runden und weg vom „Das haben wir hier schon immer so gemacht!“

Wir müssen die jungen Menschen gezielt ansprechen, ihnen zeigen, was sie bewirken können, wenn sie sich engagieren. Dafür muss sich Kommunalpolitik da bemerkbar machen, wo junge Leute unterwegs sind: vor allem auf den Social-Media-Plattformen. Wir müssen junge Gesichter zeigen, die bereits aktiv sind. Mit *Stefan Sternberg* etwa haben wir aktuell einen sehr jungen Landrat in Mecklenburg-Vorpommern, solche Beispiele müssen wir als Zugpferde einsetzen.



...und als Kultusministerin in der Sportministerkonferenz.  
Fotos: Privat und DLT-Archiv

Ein weiterer Knackpunkt ist das Thema Vereinbarkeit. Wenn die Gremiensitzungen um 18 oder 19 Uhr losgehen, machen junge Eltern ihre Kinder gerade fürs Bett fertig oder lassen sich beim Abendbrot von der Schule berichten. Es muss aber möglich sein, dass beides in den Alltag passt. Vielleicht ist die Corona-Krise ja ein Anstoß dafür, digitale Kommunikationswege auch hierfür zu nutzen. Am Ende geht es darum, den Leuten entgegenzukommen und ihnen so zu zeigen, dass ihre Beteiligung erwünscht ist.

**Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die viel zitierte „Spaltung der Gesellschaft“ in der Lebensrealität der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern dar? Wie können und sollten wir gegensteuern?**

Spaltung der Gesellschaft – dieses Thema hat viele Facetten. Als Parlamentspräsi-

dentin habe ich Sorge um die Debatte-  
tenkultur in unserem Land. Etwas ist verrutscht. Es gibt politische Kräfte, die ihren Erfolg genau daraus ziehen, ein „Wir gegen die“-Gefühl zu befeuern. Wir leben in einer globalisierten, komplexen Welt voller Unwägbarkeiten. Da ist es verlockend, einfache Erklärungen als Tatsachen anzunehmen oder mit dem Finger auf jemanden zeigen zu können. Die, die am äußersten Rand des politischen Spektrums stehen, nutzen die Unsicherheiten der Menschen, um ihre Botschaften zu platzieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu destabilisieren und die Demokratie zu schwächen. Viele Falschinformationen und Diffamierungen kursieren

im Internet – oft anonym veröffentlicht. Einen rechtlichen Hebel zu finden, um solche Posts, Tweets und Kommentare aufzuspüren, zu löschen und im Zweifel auch nachzuverfolgen, wird immer wichtiger werden. Es geht darum, das hohe Gut der Meinungsfreiheit zu schützen, indem wir sie klar von Hetze und Propaganda abgrenzen. Umgekehrt müssen wir aufhören, bestimmte Parteien oder Wählergruppen pauschal zu dämonisieren. Politik lebt von der Auseinandersetzung. Die müssen wir suchen und ohne Schaum vorm Mund unsere Argumente vortragen. Wir müssen besser erklären, was wir tun und warum wir es tun. Mir ist es sehr wichtig, regelmäßig bei den Bürgern vor Ort zu sein und persönlich mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Da merke ich ganz oft, dass es gar nicht so sehr hilft, zu reden, sondern dass es viel mehr bewirkt, wenn wir einfach mal zuhören. □

## Digitalisierung als ideale Möglichkeit, gleiche Lebenschancen zwischen Stadt und Land herzustellen\*

**Worauf blicken Sie während Ihrer bisherigen Amtszeit als Landrätin am liebsten zurück? Worauf sind Sie besonders stolz?**

Es erfüllt mich mit Stolz und Demut zugleich, wenn ich die vielen Mitarbeiter sehe, die tagein, tagaus engagiert und dienstbeflissen für das Wohl der Menschen in unserem wunderschönen Landkreis arbeiten. Dieses Gemeinwohl zu stärken und eine lebenswerte Zukunft mitzugestalten, ist mein Antrieb, darum bin ich in die Politik gegangen. Wenn es gelingt, dass ich als politische Führung des Landkreises dazu beitragen kann, dass die Verwaltung motiviert arbeiten und dass Gutes geleistet werden kann, dann sind das schöne Mo-

mente. Auf solche Momente schaue ich gern zurück.

**Vor Ihrer Wahl zur Landrätin waren Sie an verschiedener Stelle mit Handwerk und Gewerbe befasst, haben z. B. auch im handwerklichen Familienbetrieb mitgearbeitet. Wie blicken Sie als wirtschaftsnahe Verwaltungschefin auf die Bundes- und Landespolitik?**

Seit Jahren beklagt die Wirtschaft eine ständig zunehmende Regelungs- und Regulierungsdichte. Die Zeiträume zwischen der Entstehung neuer Gesetze oder Verordnungen werden immer kürzer, die Regelungen immer komplexer und ihre Um-

setzung immer kostenintensiver. Kleine Betriebe verlieren gegenüber großen dadurch an Wettbewerbsfähigkeit. International betrachtet schmälert dies die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt. Die Kritik entzündet sich vor allem an den oft realitätsfernen Umsetzungsvorgaben. Die Wirtschaft nimmt immer mehr wahr, dass ihre Stellungnahmen oder auch alternativen Lösungsvorschläge im Gesetzgebungsverfahren nicht rechtzeitig und genügend Berücksichtigung finden. Im Rahmen der parlamentarischen Anhörungen ist es zu spät. Heute, als

\* Interview mit *Dorothea Störr-Ritter*, seit 2008 Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald und Mitglied im Nationalen Normenkontrollrat.

Landrätin, habe ich ein Déjà-vu-Erlebnis. Wir sitzen mit der Wirtschaft in einem Boot, wenn es darum geht – gehen muss! – unseren Sachverstand und unsere Erfahrungen aus der Praxis in den Gesetzesprozess rechtzeitig einbringen zu können. Auch der Gesetzgeber würde an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn er sich auf ausreichende Einbindung der Normadressaten berufen könnte.

## Sie sind bereits viele Jahre im Nationalen Normenkontrollrat (NKR) engagiert. Wie lautet Ihre persönliche Bilanz der Arbeit des Gremiums?

Der Kampf gegen unnötige Bürokratie und für „schlanken“ Gesetzesvollzug ist Sisypusarbeit, die Durchhaltevermögen und Einsatzbereitschaft erfordert. Aber durchaus mit Aussicht auf Erfolg, wie wir erfahren dürfen. Ohne den NKR als sog. „Wachhund“ wären die Bemühungen auf Bundesebene zur Transparentmachung gesetzlicher Kostenfolgen oder zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren lange nicht so weit gediehen, wie sie es sind. Allein schon die Überprüfung der ausgewiesenen Erfüllungsaufwandskosten bringt „Druck ins System“. Die Vorgabe „One in, one out“, die wir für die Wirtschaft belastende Gesetze erreichen konnten, muss für die Verwaltung noch erkämpft werden. Alleinstellungsmerkmal des NKR ist es, dass er dank der klugen Zusammensetzung seiner Mitglieder und Sekretariatsmitarbeiter über ein breites Wissen und praktische Erfahrungen in Politik, Gesetzgebung, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft verfügt. Als Landrätin schaue ich mit der kommunalen Brille auf ein Gesetzgebungsvorhaben und kann im Zweifel auch unkomplizierte Rückfragen bei meinen Mitarbeitern stellen. Diese Art der Erdung und Rückkopplung zur Praxis stärkt den NKR in seiner Urteilskraft und bestärkt mich darin, die kommunale Sichtweise immer wieder einzubringen. Von diesem ebenenübergreifenden und interdisziplinären Austausch, der sich zum Beispiel bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in den Digitallaboren wiederfindet, brauchen wir dringend mehr. In unserem aktuellen Gutachten „Erst der Inhalt, dann die Paragraphen“ gehen wir auf diese Frage ein und untersuchen, wie Gesetze wirksam und praxistauglich gestaltet werden können. Das Gutachten findet sich

unter [www.gute-gesetze.de](http://www.gute-gesetze.de). Ganz persönlich freut es mich, dass ich über meine Mitwirkung im NKR zu einer besseren öffentlichen Wahrnehmung der Landkreise und ihrer Aufgabenfülle beitragen kann.



Landrätin Dorothea Störr-Ritter.  
Foto: Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

## Wie weit ist Ihrer Auffassung nach Deutschland vom Idealzustand einer verwaltungseffizienten und wirtschaftsfreundlichen agierenden öffentlichen Hand noch entfernt?

Deutschland galt lange Zeit als Vorbild in Sachen effizienter Verwaltung. Vielleicht ist das auch ein Grund dafür, warum hierzulande die Notwendigkeit zur Digitalisierung und Transformation nicht so stark gesehen wurde wie anderswo. Während die Welt früher nach Preußen pilgerte, sind es heutzutage andere, die den Benchmark setzen. Und das ist lange schon nicht mehr nur Estland. Genauso sind es Dänemark, Österreich und Großbritannien. Diese Länder haben früher erkannt, dass es ein Standortfaktor ist, wenn Verwaltung effizient, bürger- und wirtschaftsfreundlich arbeitet. Da wo Verwaltungshandeln als wenig wirksam oder als unnötig kompliziert und bürokratisch wahrgenommen wird, sinkt die Zufriedenheit mit der Politik insgesamt und gewinnen diejenigen an Boden, die populistisch einfache Lösungen versprechen und unsere staatlichen Institutionen diffamieren. Dagegen sollten wir uns stärker wehren. Als staatliche Verwaltung garantieren wir Rechtsstaatlichkeit und Gleichbehandlung aller. Dazu unterliegt unser Handeln stets dem geltenden Recht.

Das ist ein enges Korsett. Aber es gibt Gestaltungsspielräume, deren Nutzung in unserer Verwaltung sicher noch ausbaufähig ist: Das ständige Lernen aus Misserfolgen aber auch Erfolgen; das selbstverständliche Nutzen von interdisziplinären Fallkonferenzen (raus aus dem Silo) sowie die Nutzung moderner Technologien zur Digitalisierung und Automatisierung von Verfahren, auch mehr Nutzung von KI.

## Wie sieht es Ihrer Meinung nach bei der Digitalisierung aus?

Digitalisierung und Automatisierung sind die größten Hebel, um unnötige bürokratische Belastungen abzubauen, um Kosten zu sparen und die Servicequalität zu verbessern. Andere Länder sind schon viel weiter als wir und zeigen, wie es funktionieren kann. Wir müssen eigentlich nur noch abgucken. Wir haben jetzt die Chance, Verfahren insgesamt auf den Prüfstand zu stellen und neu zu denken – nutzenorientiert und technologieorientiert. Die Bereitschaft dazu scheint mir auch selbstkritisch mit Blick auf die kommunale Ebene noch nicht sehr ausgeprägt. Das gilt auch für die Kooperation zwischen den Bundesländern und Kommunen. Ich würde liebegern von anderen entwickelte, funktionierende digitale Lösungen übernehmen. Dafür müssen wir jedoch geeignete Voraussetzungen schaffen. Vor allem müssen wir standardisieren und Schnittstellen schaffen. Den Mut zu „großen Würfeln“ sehe ich nicht. Die Befürchtungen, Zuständigkeiten und Individualisierungsmöglichkeiten zu verlieren, überwiegen. Dabei wäre die Digitalisierung die ideale Möglichkeit, gleiche Lebenschancen zwischen Stadt und Land herzustellen. Die Gretchenfrage für die erfolgreiche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes lautet: Wie erreichen wir schneller gute Lösungen und wie bringen wir diese in die Fläche? Hierzu fehlen immer noch belastbare Antworten und auch Finanzierungszusagen. Weder die Schaffung der technischen Voraussetzungen noch den Vollzug des erforderlichen Kulturwandels in unseren Landratsämtern werden wir ohne finanzielle Unterstützung flächendeckend schaffen. Mittelfristig kann es sich Deutschland nicht mehr leisten, hier im Schnecken tempo zu verharren. □

## Förder- und Ausgleichsfunktion im besten Sinne wahrnehmen\*

Sie waren 2010 die erste Frau in Hessen, die zur Landrätin gewählt worden ist. Vorher war das eine reine Männerdomäne. Warum eigentlich?

Das lässt sich schwer und nur hypothetisch beantworten. Da ist zum einen die Frage, ob Männer mehr Vertrauen im Hinblick auf das auszuübende Amt wecken. Mit Blick auf die

\* Interview mit Anita Schneider, seit 2010 Landrätin des Landkreises Gießen und Mitglied der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit.

Amtszeit von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* ist dies sicher eher zu verneinen. Die zweite Frage ist, ob Frauen die besseren oder schlechteren Chancen bei Direktwahlen haben. Auch dies lässt sich laut einer Untersuchung von *Helga Lukoschat/Jana Belschner*, „Frauen führen Kommunen“ (2014, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) nicht eindeutig beantworten:

„...Noch nicht abschließend bewertet werden kann, ob sich die Einführung der Direktwahl in allen Flächenländern ggf. positiv auf die (Wahl-) Chancen von Frauen ausgewirkt hat. Für die Großstädte zumindest hat die bundesweite empirische Studie von *Holtkamp/Schnittke* (2010) festgestellt, dass die Direktwahl – wenn auch nur in geringem Maß – positive Effekte auf den Frauenanteil in diesem kommunalen Spitzenamt gehabt hat...“.

Hieraus lässt sich die Feststellung ableiten, dass es wohl einfach zu wenige Frauen sind, die sich zur Wahl stellen. Im Landkreis Gießen war ich seit der Einführung der Direktwahlen in Hessen die zweite Frau, die sich zur Wahl stellte. Die Bürger, so meine ich, wählen nicht das Geschlecht, sondern die Person. Der Anteil der Frauen, die sich zur Wahl stellen, muss also steigen!

**Was muss sich ändern, dass von den 21 hessischen Landkreisen deutlich mehr als bislang nur Gießen und Marburg-Biedenkopf von Frauen geführt werden? Da ist derzeit ja noch viel Luft nach oben.**

Wie gesagt: Der Anteil der Frauen, die sich einer Direktwahl stellen, muss steigen. Damit das gelingt, braucht es eine bessere Förderung von Frauen in den politischen Parteien. Frauen werfen viel zu selten „ihren Hut in den Ring“. Denke ich an meine eigene Kandidatur zurück, so hätte ich mich persönlich nie für eine solche Direktwahl beworben. Erst eine Findungskommission des SPD-Unterbezirks Gießen sprach mich direkt auf eine Kandidatur an, die ich mir auch reiflich überlegt habe. Weiter haben Frauen oft Sorge, dass ein solches Amt nicht mit der Familie, insbesondere der Kindererziehung, vereinbart werden kann.

**Nach nunmehr zehn Jahren im Amt: Worauf sind Sie besonders stolz?**

„Stolz“ ist ein Adjektiv, was ich nicht so gerne mag. Denn Synonyme dafür könnten auch anmaßend oder eingebildet wirken. Was mich aber mit Blick auf meine zehn Jahre im Amt freut, ist, dass der Landkreis Gießen in dieser Zeit viele Projekte zu den unterschiedlichsten Themen zwischen Kreis und Gemeinden erfolgreich auf den Weg gebracht hat. Hier hat der Landkreis seine Rolle nach der HGO/HKO zur Förderung der Gemeinden und seine Ausgleichsfunktion im besten Sinne wahrgenommen. Dies ist neben den vielen Aufgaben, die Landkreise für Bürger erfüllen,



Landrätin Anita Schneider. Foto: Landkreis Gießen

eine der wichtigsten Aufgaben der Landkreise, insbesondere mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Hierzu nur einige Beispiele: Die Versorgung mit Breitband im gesamten Landkreis gelang durch die Gründung einer Gesellschaft zwischen dem Kreis und seinen Gemeinden. Bezahlbarer Wohnraum wird erfolgreich durch die Gesellschaft „Sozialer Wohnraum und Strukturförderung“ vorangetrieben. Und auch die Förderung und Entlastung des Ehrenamtes der freiwilligen Feuerwehren gelingt durch ein gemeinsames Gefahrenabwehrzentrum von Stadt und Landkreis Gießen. Das geplante Feuerwehrtechnische Zentrum in Gießen übernimmt Dienstleistungen für alle freiwilligen Feuerwehren im Landkreis. Diese werden entlastet und erhalten mehr Zeit für Nachwuchsarbeit, Ausbildung und andere wichtige Bereiche.

**Worin liegen die spezifischen Herausforderungen für Ihren Landkreis in den kommenden zehn Jahren?**

Die Herausforderungen unseres Landkreises sind sicherlich mit denen anderer Landkreise vergleichbar. Demografische Entwicklung und Digitalisierung stellen Anforderungen an die Politik, wenn es um die Daseinsvorsorge der Zukunft geht. Beide Trends verändern die Gesellschaft und damit auch Daseinsvorsorge und kommunale Aufgaben. So startet der Landkreis Gießen in diesem Jahr in fünf Ortsteilen von fünf Gemeinden im ländlichen Raum das Pilotprojekt „Digitale Dörfer“. Wir möchten sehen, welche Chancen Digitalisierung zur Festigung der Dorfgemeinschaft bietet und wie ehrenamtliche Initiativen vor Ort vernetzt werden können. Eine Dorf-App, deren Inhalte von den Menschen vor Ort entwickelt werden, kann dazu beitragen, die Nahversorgung, die Mobilität und die Kommunikation zu verbessern.

Digitalisierung verändert auch Bildungsauftrag und Bildungschancen. Vor diesem Hintergrund möchte ich alle – auch Bildungsbenachteiligte – mitnehmen. Was ist künstliche Intelligenz, welche Vorteile bringt der 3D-Druck? Um hier Impulse zu setzen und mit vielen Beteiligten aus der Region Ideen zu entwickeln, unterstützen wir den von der Technischen Hochschule Mittelhessen und der Justus-Liebig-Universität Gießen mit ins Leben gerufenen „Maker Space“. Jeder kann dort ohne Vorkenntnisse den 3D-Druck ausprobieren, Ideen für dessen Einsatz sammeln und eine Vorstellung davon bekommen, was künstliche Intelligenz ist und zu leisten vermag. In Arbeit befindet sich zudem ein Digitales Grundbildungszentrum, um allen Menschen, ob jung oder alt, die Chance zu geben, sich in diesem Bereich fortzubilden. Somit können wir sicherstellen, dass so wenig Menschen wie möglich den Anschluss an das digitale Zeitalter verlieren. Das ist Teil unserer Digitalisierungsstrategie.

Als Masterplankommune Klimaschutz bleibt auch dieses Thema auf der Agenda. Derzeit vernetzen wir sechs Kommunen für das fünfjährige Projekt „Konzepte zur energetischen Quartierssanierung“. Denn nach wie vor gilt für ländliche Räume, dass Gebäudesanierung sowie die Art der Energieversorgung einen großen Beitrag zur Vermeidung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes leisten werden.

**Seit einem Jahr gehören Sie der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit an, in der es darum geht, bis Mitte 2020 integrationspolitische Empfehlungen zu erarbeiten. Worauf legen Sie hier Ihr besonderes Augenmerk und welche Rolle spielen dabei Landkreise und Gemeinden?**

Für mich ist das Integrationsverständnis besonders wichtig. Eine gelingende Integration, so mein Credo, funktioniert nur, wenn die Teilhabe aller Menschen gesichert ist – bei grundsätzlichen Bedürfnissen wie Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Bildung. Gleichzeitig muss es uns auch ein Anliegen sein, die Teilnahme der Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben zu fördern. Eine solche Politik muss immer im Bewusstsein darüber stattfinden, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Unsere Gesellschaft ist heterogen. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen kulturellen, ethnischen und religiösen Wurzeln, und dies schon seit Jahrhunderten! Wir brauchen ein neues Narrativ für das „Deutschsein“.

Um einen so definierten Integrationsbegriff auch umzusetzen, können wir als Landkreis dazu beitragen, kommunale Daseinsvorsorge zu stärken – z. B. durch die Aktivierung und Unterstützung vieler lokaler

Akteursnetzwerke, ganz im Sinne einer starken Zivilgesellschaft. Wir begleiten und unterstützen Kommunen beim Aufbau von Gemeinwesen- und Quartiersmanagement auch im ländlichen Raum. Voraussetzung für eine solche Integrationspolitik sind starke Kommunen. Sie benötigen eine angemessene Ausstattung mit Finanzen und

Personal. Und es funktioniert nicht ohne partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und seinen Gemeinden: Landkreise können steuern und unterstützen, wenn es um wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wie bezahlbares Wohnen, Gesundheit, Arbeit oder soziale Beratung geht. Denn die Landkreise verfügen in der

Regel über breiter aufgestellte Verwaltungen und dadurch mehr Know-how als viele kreisangehörige Städte und Gemeinden. Diese Steuerung durch den Landkreis und ein gemeinsames Vorgehen aller Kommunen kann zu vergleichbaren Lebensverhältnissen in allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden beitragen. □

## Digitalisierungsschub durch Corona-Pandemie\*

**Frau Hoffmann-Bethscheider, Sie sind seit 2015 Präsidentin des Sparkassenverbandes Saar und soeben für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden. Zuvor waren Sie vier Jahre Landrätin des Landkreises Neunkirchen. Das sind zwei intensive und herausragende berufliche Aufgaben und zwei annähernd gleiche Zeitspannen. Wo warteten auf Sie zu Beginn die größten Baustellen?**

Die Arbeit sowohl beim Landkreis als auch in der Sparkassenorganisation ist geprägt von ständigen Veränderungen. Es gibt fast täglich neue Herausforderungen, für die Lösungen gefunden werden müssen. Vieles davon im Austausch mit der Politik. Man muss sich schnell und detailliert in eine Vielzahl von verschiedenen Themen einarbeiten, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Ich sehe eine der größten Aufgaben darin, die sozialen wie auch die ökonomischen und ökologischen Herausforderungen in unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen. Wobei wir wieder bei einer Gemeinsamkeit wären: Denn hierzu können sowohl die Landkreise als auch die Sparkassen einen Beitrag leisten.

**Worin besteht Ihre drängendste Aufgabe oder Ihr wichtigstes Projekt der nächsten fünf Jahre?**

Aktuell müssen wir unseren Sparkassen helfen, die Corona-Pandemie zu meistern. Als Verband stehen wir ihnen zur Seite und beraten intensiv bei allen rechtlichen und organisatorischen Angelegenheiten. Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sind massiv und unsere Sparkassen führen derzeit deutlich mehr Beratungsgespräche als zuvor. In dieser Situation zeigt sich das besondere Verhältnis der Sparkassen zu ihren Kunden. Wir kennen die Menschen und die Wirtschaft vor Ort. Die Menschen vertrauen uns. Sie vertrauen darauf, dass wir in dieser Ausnahmesituation an ihrer Seite stehen und ihnen helfen.

Darüber hinaus stehen Sparkassen und deren Verbundpartner vor zwei großen Herausforderungen: Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Die Digitalisierung erfährt durch die Corona-Pandemie einen Schub: Digitale Services und Prozesse unterstüt-

zen dabei, eine gute und individuelle Beratung zu gewährleisten.

Auch das Thema Nachhaltigkeit gewinnt in der heutigen Zeit an immer größerer Bedeutung. Nachhaltigkeit meint aber nicht ausschließlich Umweltschutz, nachhaltig ist auch unser Engagement. Sparkassen sind Institute, die schon aus sich heraus zum Gemeinwohl beitragen. Dies gilt im wirtschaftlichen und ganz besondere im gesellschaftlichen Sinne.



Cornelia Hoffmann-Bethscheider, Präsidentin des Sparkassenverbandes Saar.

**Was können die Sparkassen zur Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen? Dieses Thema liegt den Landkreisen als Sparkassträger besonders am Herzen.**

Sparkassen sind dezentrale Institute, deren gesetzlich verankerte Aufgabe es ist, die Breite der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen zu versorgen. Das schließt neben klassischen Produkten wie dem Girokonto vor allem auch Beratung zur Altersvorsorge zum Sparen und Finanzieren mit ein. Diese Produkte und Beratung bieten Sparkassen allen Menschen im Land an, gleichwertig in der Fläche und unabhängig von Einkommen und Vermögen.

Ähnlich steht es um unsere Aufgabe der Kreditversorgung lokaler und regionaler Wirtschaft. Gemeinsam mit den Handwerkern, Gewerbe und Firmenkunden sorgen wir für eine stabile regionale Wirtschaft. Das sichert Arbeitsplätze und schafft Wohlstand.

Darüber hinaus unterstützt die Sparkassen-Finanzgruppe Saar Jahr für Jahr mit den sechs Sparkassen, der SaarLB, der LBS Saar und den SAARLAND Versicherungen Vereine, Sport, Kunst und Kultur sowie soziale Projekte mit rund 6 Mio. €. Hinzu kommen etwa 0,5 Mio. €, die über den Sparverein an karitative Einrichtungen und Vereine gespendet werden.

**Wie agieren Sie in der Frage der voranschreitenden Digitalisierung der Sparkassen versus Erhalt von Filialen? Beschreiten Sie da einen Mittelweg, um Strukturen vor Ort zu erhalten?**

Wir sind und bleiben Sparkassen, bleiben in den Orten und bleiben in der Fläche. In keinem anderen Flächenland zählen Sparkassen pro Einwohner und gemessen an der Flächenabdeckung mehr Filialen und Geldautomaten als im Saarland. Das ist wichtig, weil wir so in Kontakt mit unseren Kunden bleiben und deren Bedürfnisse, aber auch Sorgen kennen. Wir ergänzen allerdings unsere Filialstruktur um das digitale Angebot. In Zeiten von Corona sehen wir, dass die Digitalisierung große Vorteile mit sich bringt. Sie hilft uns, nah am Kunden zu bleiben, wenn diese den Besuch in der Filiale nicht antreten können.

**Dieses Interview führen wir im Rahmen einer Serie über amtierende oder ehemalige Landrätinnen. Parallel sprechen wir auch mit Beate Läsch-Weber, Ihrer Amtskollegin aus Rheinland-Pfalz. Das täuscht darüber hinweg, dass sowohl die Kreisverwaltungen als auch die Sparkassen noch immer stark männerdominiert sind. Wie nehmen Sie das wahr? Sehen Sie da in den letzten Jahren mehr Bewegung als zuvor?**

Es ist in der Tat so, dass die von Ihnen angesprochenen Ämter stärker von Männern besetzt sind. Aber es hat sich etwas getan. Die Sparkassenfinanzgruppe besteht aus 12 regionalen Verbänden. An

\* Interview mit Cornelia Hoffmann-Bethscheider, seit Mai 2015 Präsidentin des Sparkassenverbandes Saar und zuvor ab 1.4.2011 Landrätin des saarländischen Landkreises Neunkirchen.

deren Spitze stehen inzwischen drei Präsidentinnen.

Wir als Sparkassenverband Saar unternehmen eine ganze Menge, um es insbesondere Frauen zu ermöglichen, Beruf und

Familie besser zu vereinen. Hierfür wurden wir schon mehrfach als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet. Wenn der Rahmen so gesetzt ist, dass Frauen ihren Job und ihre privaten Aufgaben bes-

ser miteinander in Einklang bringen können, dann werden sich gute Mitarbeiterinnen von ganz allein herausstellen können und ihren Weg in unserer Finanzgruppe gehen. □

## „Stolz, an zentraler Stelle gestalten zu dürfen“\*

### Worauf blicken Sie während Ihrer bisherigen Amtszeit als Landrätin am liebsten zurück? Worauf sind Sie besonders stolz?

Landrätin im Kreis Plön zu sein, ist für mich eine besonders reizvolle Aufgabe, der ich seit 2011 vor allem wegen ihrer Vielfalt an Themen sehr gerne nachkomme. Das Leben der Menschen wird maßgeblich durch die Rahmenbedingungen in den Kreisen, Städten und Gemeinden bestimmt. Als Landrätin bin ich zugleich Ideengeberin, Moderatorin, Controllerin, aber auch Kritikempfängerin. An dieser zentralen Stelle den Kreis gestalten zu dürfen, erfüllt mich jeden Tag wieder mit Stolz. Dies gilt besonders, wenn ich an die schwierigen Ausgangsbedingungen zu Beginn meiner Amtszeit denke. Die Haushaltslage des Kreises sah ausgesprochen schlecht aus. Wir standen mit unserem Haushalt unter der strengen Konsolidierungsaufsicht des Landes. Dennoch ist es gemeinsam mit der Selbstverwaltung gelungen, wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge den aktuellen Anforderungen entsprechend zu gestalten. Dies gilt z. B. für unsere erfolgreiche und modernisierte kreiseigene Klinik mit angeschlossenen Rettungsdienst und Alten- und Pflegeheim, ebenso für unsere neugebaute feuerwehrtechnische Zentrale, unser zentrales Katastrophenschutzzentrum oder den zusätzlich ausgehandelten Notarzt-Standort. So bieten wir unseren Bürgern eine ortsnahe Versorgung und Sicherheit. Auch die Verkehrsbetriebe des Kreises Plön sind vollständig in unserer Trägerschaft, sodass wir direkten Steuerungszugriff auf das wichtige Thema Mobilität im ländlichen Raum haben. Gleiches gilt für die kreiseigene Abfallwirtschaft. Diese wichtigen Bereiche des täglichen Lebens in eigener Hand zu haben, war und ist mit viel Aufwand verbunden. Doch es hat sich gelohnt. Auch der Haushalt des Kreises steht mittlerweile wieder besser da, Schulden konnten vorzeitig getilgt und die Konsolidierung beendet werden.

In unserer Verwaltung war es für mich ein besonders wichtiger Prozess, die hierarchischen Strukturen abzubauen. Meine Devise ist es, dass eine Verwaltung dann am effektivsten ist, wenn ihre Mitarbeiter eigenverantwortlich und teamorientiert arbeiten. Bei der Entscheidungsfindung ist es mir sehr wichtig zu versuchen, stets den Blickwinkel des anderen einzubeziehen

und alle Beteiligten in den Prozess einzubinden.

### Hat sich der Kreis Plön in den letzten Jahren nach Ihren Vorstellungen entwickelt und worin liegen Aspekte, die noch weiter bearbeitet werden müssen?



Landrätin Stefanie Ladwig. Foto: Kreis Plön

Mit seinen rund 128.000 Einwohnern ist der Kreis Plön zwar einer der kleineren Kreise in Schleswig-Holstein, aber auch einer der schönsten. Er bietet den Einwohnern eine hohe Lebensqualität und den Touristen einen attraktiven Erholungsraum. Um diese Stärken systematisch zu fördern, war es mir wichtig, strategische Ziele zu entwickeln, anhand derer wir unsere vielfältigen Bemühungen in verschiedensten Bereichen koordinieren können.

Wir haben einen Regionalen Nahverkehrsplan verabschiedet, der das Mobilitätsangebot strategisch in den Blick nimmt. Im Bildungsbereich sind wir Schulträger aller Gymnasien im Kreis sowie des Berufsbildungszentrums. Hier investieren wir seit Jahren massiv in die Infrastruktur und ermöglichen damit Schulen auf hohem Niveau. Als Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Tourismusverbandes liegt mir zudem die Vernetzung der Tourismusbranche im Kreis und darüber hinaus am Herzen. Die Aktivitäten des Kreises auf diesem Feld werden in Kürze in einer eigenen Tourismusstrategie münden.

Die großen Themen unserer Zeit wie sozialer Zusammenhalt, Klimawandel oder Digitalisierung betreffen die Kreise ganz wesentlich. Als Landrätin weiß ich, dass es agile Kommunen sind, die in der Auseinandersetzung mit dem vielfältigen Strukturwandel die Gewinner sein werden.

Im Bereich des Klimaschutzes haben wir etwa ein Klimaschutzteilkonzept erstellt und eine Klimaschutzmanagement-Stelle aufgebaut. Wir gehen dabei als Vorbild voran: Alle unsere Liegenschaften sind auf erneuerbare Energien umgestellt, zudem bauen wir derzeit ein regeneratives Nahwärmenetz, das vier Schulliegenschaften gemeinsam versorgt. Das ist aber nur der Anfang eines langen Weges. Auch im Prozess der Digitalisierung haben wir noch einiges vor uns. Und das betrifft uns als Verwaltung in gleichem Maße wie die Gesellschaft im Allgemeinen. Die Potenziale sind groß, doch die vollständige Umsetzung einer digitalen Verwaltung oder innovativer Angebote der Daseinsvorsorge werden noch viel Kraft und Ausdauer erfordern. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Integration der Flüchtlinge, an der vor Ort auch mit Hilfe vieler ehrenamtlich Engagierter gearbeitet wird. Zuwanderung ist in jeder Form eine Bereicherung für die Gesellschaft und insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels sind wir als Kreis angehalten, die daraus resultierenden Chancen zu nutzen.

### Was bedeutet für Sie die Zielvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und wie weit sind wir Ihrer Meinung nach auf diesem Weg bereits vorangekommen?

Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten für mich, dass alle Bürger unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben, Zugang zu öffentlichen Angeboten, Infrastruktur, Gütern und Dienstleistungen haben. Hier sind Bund und Land in der Pflicht, die Kommunen im ländlichen Raum in die Lage zu versetzen, die notwendige Infrastruktur schaffen zu können. Die Mehrheit der Deutschen lebt in kleinen und mittleren Kommunen. Das Ziel ist es, auch zukünftig die Landlust größer zu machen als die Landflucht – durch Attraktivität, etwa durch flächendeckenden Breit-

\* Interview mit Stefanie Ladwig, seit 2011 Landrätin des Kreises Plön, Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Tourismusverbandes.

bandausbau, gute Bildungsangebote, Nahversorgung und weitere Güter des täglichen Lebens.

Bundesweit sehe ich noch großen Nachholbedarf. Die Ziele werden mir zu oft durch Förderkulisen umgesetzt, die den Kommunen wenig Freiheit für eine individuelle Umsetzung bieten. An vielen Stellen haben

die Kommunen sich zudem selbst helfen müssen, da es im Bund nicht vorangeht. Das gilt etwa für den Breitbandausbau, mit dem wir im Kreis Plön ein gutes Stück vorangekommen sind. Vom Bund erwarte ich, dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse noch ernsthaftere Maßnahmen folgen zu lassen. Denn dieser Aus-

gleich bildet die Grundlage für die freie Entfaltung der Bürger, ihre wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Teilhabe am öffentlichen Leben und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. □

## Erfahrung als Landrätin gute Schule für jetzige Aufgabe\*

### Wie beurteilen Sie die Situation in Thüringen vor dem Hintergrund Ihrer kommunalpolitischen Erfahrung als ehemalige Landrätin?

Das Amt der Landtagspräsidentin ist besonders. Und ich denke, es ist nahezu unmöglich, sich darauf bis in alle Facetten vorzubereiten. Eine gute Schule ist politische Erfahrung, so wie ich sie als Landrätin und als Ministerin sammeln durfte. In beiden Ämtern ist es für mich das Wichtigste, miteinander zu sprechen. Ich habe gelernt, wie wertvoll es ist, in den Dialog zu treten. Die demokratischen Parteien in diesem Land haben, wie ich finde, mindestens ein gemeinsames Interesse: Sie wollen, dass es den Menschen in unserem Land gut geht. Sie unterscheiden sich aber sehr wohl in dem, was für sie gut bedeutet und wie sie ihre Ziele erreichen wollen.

Was in Thüringen passierte, war einmalig in ganz Deutschland. Ich rede dabei gar nicht über rechtliche Belange. Die Situation hat dafür gesorgt, dass unser Parlamentarismus nachhaltig Schaden genommen hat und sie hat kein gutes Licht auf Thüringen geworfen. Mich als Präsidentin und als Kommunalpolitikerin, die ich noch ehrenamtlich bin, macht das fassungslos.

### Sie haben es sich in den Jahren nach der Wiedervereinigung nicht einfach gemacht, sondern haben stets inhaltliche Auseinandersetzungen gesucht und sind engagiert geblieben. Woran liegt es Ihrer Auffassung nach, dass viele Menschen in den östlichen Bundesländern auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer fremden oder umgekehrt sich Bürger dieser Länder nicht als vollkommen gleichberechtigt, manche sogar als abgehängt sehen?

Das ist recht einfach: Viele von ihnen sind abgehängt. Aber ich gebe zu, das ist überspitzt formuliert. Die Wende bedeutete für die Menschen im Osten eine riesige Veränderung. Sie bedeutete Freiheit und ein neues Lebensgefühl. Das ist etwas Wunderbares. Allerdings gab es eben nicht nur Gewinner. Für viele Menschen begann eine Zeit der Verunsicherung, Leute verloren ihre Arbeit und bekamen so schnell auch

keine neue Tätigkeit. Ganz klar, die DDR-Zeit hat bei den Menschen im Osten eine Narbe hinterlassen. Die Zeit nach der Wiedervereinigung auch – wenn auch eine andere. Bis die Ungleichheiten, etwa beim Lohn und bei der Rente in Ost und West endlich überwunden sind, so lange wird bei vielen Menschen im Osten das Gefühl bleiben, sie seien weniger wert.



Landtagspräsidentin Birgit Keller.

Foto: Marcel Krummrich

### Worin liegt der Schlüssel, diese Themen ein für alle Mal zu bewältigen? Und wie ist dabei die Rolle des Staates zu definieren, etwa über eine bestimmte Art und Weise von Strukturpolitik?

Es gibt nicht diesen einen Schlüssel. Es ist ein Bündel von Maßnahmen, die soziale und ökonomische Verbesserungen herbeiführen müssen. Das ist nicht einfach und schon gar nicht schnell zu lösen. Ziel ist, Ost und West auf Augenhöhe zu bringen und dabei keine Seite zu verprellen. Dafür brauchen wir strukturelle Rahmenbedingungen. Es wurde viel erreicht und das sollten wir nicht kleinreden, aber es geht schon noch mehr. Dafür braucht es die Bereitschaft beider Seiten.

### Damit Politik die Menschen erreichen kann, braucht es natürlich passende Strukturen und Mechanismen. Es ist ja erst gute zwei Jahre her, dass die Erfurter Landesregierung die

### geplante Gemeinde- und Kreisgebietsreform nach heftigem Widerstand seitens der Bevölkerung und der Kommunen abgesagt hat. Wie wichtig ist das Prinzip der Überschaubarkeit für die bürgernahe Verwaltung und eine engagierte gestaltete Kommunalpolitik?

Schon bei meiner Arbeit als Landrätin und später als Ministerin habe ich erkannt, die Menschen sind unzufrieden mit Verwaltung und mit Politik, wenn sie Grundlagen für Entscheidungen nicht nachvollziehen können. Wir stehen also auch vor einer kommunikativen Herausforderung. Wie in vielen Bereichen gilt auch hier: miteinander reden; und zwar so, dass man einander auch versteht.

Ziel der Gemeinde- und Kreisgebietsreform, die aktuell auf Freiwilligkeit abzielt, ist es, Strukturen zu schaffen, die den Herausforderungen in Zeiten von Demografieverschiebungen und gleichzeitig den Chancen der Digitalisierung Rechnung trägt.

Allerdings – und das ist ja kein Geheimnis – haben wir festgestellt, dass die Herangehensweise falsch war. Deshalb war es richtig, das Vorhaben zu stoppen und auf Freiwilligkeit umzustellen.

Gleichzeitig muss Kommunalpolitik attraktiv sein. Wenn wir eine kleine Gemeinde mit 200 Einwohnern haben und es findet sich niemand, der Bürgermeister oder Ratsmitglied werden will, dann ist das ein Problem. Und auf dieses Problem brauchen wir eine Antwort. Wir fragen uns, warum möchte niemand dieses Ehrenamt ausfüllen und wie bekommen wir mehr Menschen für die Kommunalpolitik begeistert? Best-Practice-Beispiele helfen genauso wie Förderungen des Ehrenamtes. Die Menschen müssen nachvollziehen können, dass ihr Handeln wirkt. Dazu gehören manchmal auch von einzelnen ungeliebte Entscheidungen, die dem Gemeinwohl dienen. Gerade in der Kommunalpolitik besteht dafür die Chance. □

\* Interview mit Birgit Keller, seit dem 29.11.2019 Präsidentin des Thüringer Landtags. Die Landtagspräsidentin war von 2014–2019 Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft im Freistaat Thüringen und von 2012 bis 2014 Landrätin des Landkreises Nordhausen.

# Weniger diskutieren und mehr umsetzen\*

## Frau Enders, Sie wirken nun bereits in zweiter Wahlperiode als Landrätin des Ilm-Kreises. Was fasziniert Sie an diesem Amt?

Ich empfinde es als ein großes Privileg, Prozesse an ganz maßgeblicher Stelle gestalten zu können oder Entwicklungen anzuschieben. Dabei habe ich die öffentliche Daseinsfürsorge immer im Blick. Wenn es dann gemeinsam gelingt, Bereiche zu kommunalisieren, sind das die Früchte meiner Arbeit, auf die ich sehr stolz bin. Sie dienen unseren Bürgern und geben uns Handlung- und Entscheidungsfreiräume.

Als Beispiel möchte ich die Rekommunalisierung der Abfall-Entsorgungsdienstleistungen in unserem Kreis benennen. 2014 fiel die Entscheidung, die Aufgaben der Abfallentsorgung einem kommunalen Unternehmen zu übergeben. Das stieß dann tatsächlich deutschlandweit auf Interesse. Wir werden aufgrund unserer Erfahrungen damit immer wieder auf Fachtagungen eingeladen und Kommunen kommen auch direkt auf uns zu, um nach der Expertise in diesem Bereich zu fragen.

Eigene Ideen in die Tat umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, erzeugen eben ein tolles Gefühl!

## Mussten Sie in den letzten Jahren auch Rückschläge verkraften?

Rückschläge gehören zum Leben dazu. Ich zähle mich zu den Menschen, die dann nicht gleich aufgeben, im Gegenteil. Wenn ich von etwas überzeugt bin, kann ich sehr hartnäckig sein und verfolge konsequent das Ziel. Dabei ist es für mich ein wesentlicher und wichtiger Punkt, die Unterstützung durch Mitstreiter zu finden.

## Vor einigen Jahren hat Prognos im Regionalranking Ihrem Landkreis einen „ausgeglichenen Chancen-Risiko-Mix“ für die Zukunft bescheinigt. Wie schätzen Sie das ein?

Unser Kreis hat eine enorme Entwicklung hinter sich, die noch längst nicht abgeschlossen ist. Wir sind der Wachstumsmotor Thüringens und gehören zu den wirtschaftlich starken und dynamischsten Kreisen in Deutschland.

Eine der Stärken unseres Kreises ist die sehr gute verkehrstechnische Lage. Gelegen in der Mitte Deutschlands, in der Mitte Thüringens, angebunden an die Autobahn- und das ICE-Kreuz.

Mit der erfolgreichen Ansiedlungspolitik in Thüringens größtem Industriegebiet, dem Erfurter Kreuz, entwickelte sich unsere Region zu einem der erfolgreichsten Wachstumsstandorte in Deutschland. Die Kombi-

nation aus Wirtschaft und Wissenschaft mit der Technischen Universität Ilmenau schafft dabei Synergien, die diesen Prozess positiv befördern. Unternehmenscluster, Universität, Kreis und Gemeinden arbeiten hier eng zusammen, um die Region weiterzuentwickeln.



Landrätin Petra Enders.

Eine der größten Herausforderungen, vor der wir jetzt und zukünftig stehen, ist, dass wir es schaffen, mit der Dynamik der Wirtschaft im Bereich der Regionalentwicklung Schritt zu halten. Das bedeutet vor allem, dass wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden – jeder in seinem Zuständigkeitsbereich – auch weiterhin in gutes Wohnen, in gute Schule, in soziale Einrichtungen, in Kitas und Freizeitmöglichkeiten investieren.

Und ich bin überzeugt, dass uns das auch weiterhin gut gelingen wird und sich unser Kreis nach wie vor hervorragend entwickelt.

## In welchen Themenfeldern liegen die wichtigsten Baustellen in den nächsten Jahren?

Da stehen bei mir ganz klar Investitionen an erster Stelle. Besonders in unsere Schulen. Jeder in Bildung investierte Cent ist gut angelegtes Geld. Wir brauchen starke Schulstandorte im städtischen genauso wie im ländlichen Raum, die wohnortnahes gutes Lernen in modernen Schulen ermöglichen.

Und ich möchte ein sehr konkretes Projekt auf den Weg bringen: Demokratie lebt von Beteiligung und ein Bürgerhaushalt ist in meinen Augen ein sehr gutes Instrument für eine Bürgerbeteiligung bei Fragen rund um die Verwendung von öffentlichen Geldern in bestimmten Bereichen. Das schafft Transparenz und so können die Bürger aktiv in die Planung von öffentlichen Ausgaben und Einnahmen einbezogen werden. Sie erhalten die Möglichkeit, ihre

Ideen einzubringen und zu diskutieren und auch Verantwortung zu übernehmen.

## Wir haben uns in dieser Interviewreihe vorgenommen, die Landrätinnen zu portraituren. In Thüringen werden fünf der 17 Landkreise von Frauen geführt, was deutlich mehr ist, als der Bundesdurchschnitt. Ist diese Zahl aus Ihrer Sicht dennoch zu gering?

Ich denke, diese Frage ist zu kurz gedacht. Die Debatte um Quotierung und Frauen in Führungspositionen wird inzwischen oft und breit geführt. Im Vorstand vieler großer Unternehmen in Deutschland sitzt keine einzige Frau. Das zum Beispiel will die Bundesregierung mit einer Quote ändern. Der Druck, Männer und Frauen bei Wahlen zu gleichen Teilen zu berücksichtigen, wächst – für Landtagswahlen, aber eben auch für Bundestagswahlen. Und dennoch mussten wir in Thüringen einen herben Rückschlag hinnehmen. Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden: Die Regel, nach der Landeslisten zwingend zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen besetzt werden müssen, ist nichtig. In Brandenburg hat sie noch Bestand und in Frankreich bspw. gibt es längst Parité-Regeln.

Frauen sind auch über 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in deutschen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Aber: Über 50 % der Menschen in Deutschland sind weiblich. In keinem anderen europäischen Land ist das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern so groß wie in Deutschland.

Immer wieder höre ich, viele Frauen wollen gar nicht in die Chefetagen, denn sie wollen meist auch Kinder, und beides ist schlecht vereinbar. Und genau das ist diskriminierend.

Gleiche Rechte bedeuten noch immer nicht gleiche Chancen und Frauen müssen noch immer dafür kämpfen, manchmal mit der Brechstange oder eben mit der Quote. Sie ist eine Krücke, ein Kompromiss, ein schiefes Konstrukt. Doch sie kann notwendige Entwicklungen befördern.

Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in Parlamenten wurde schon als „Verfassungsbruch in Permanenz“ bezeichnet. Es bleibt festzustellen, Frauen sind in politischen Ämtern und Mandaten auf allen politischen Ebenen in Deutschland noch unterrepräsentiert. Ich finde, es reicht nicht, am Weltfrauentag einmal wie-

\* Interview mit Petra Enders, seit dem 1.7.2012 Landrätin des Ilm-Kreises. Landrätin Enders war von 2004 bis 2012 Mitglied des Thüringer Landtags.

der frauenpolitisch aktiv zu werden und sich mit Themen auseinanderzusetzen, die die Frauen- und Mädchenrechte in unserer Gesellschaft stärken und auf Un-

gleichbehandlungen hinweisen. Wir sollten auch weniger diskutieren und mehr umsetzen.

Zurück zu Ihrer Frage: Ja, die Anzahl der Frauen, die Landkreise führen, ist zu gering. □

## Zertifizierte „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“\*

**Frau Hochwind-Schneider, für einen strukturschwachen Landkreis ist es seit Corona sicherlich besonders schwer, am Ball zu bleiben. Wie ist das aktuelle wirtschaftliche Lagebild bei Ihnen?**

Als Landkreisverwaltung verfolgen wir die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung natürlich sehr genau, nicht nur in unserer Region, sondern auch darüber hinaus. Bisher kann man festhalten, dass es insbesondere durch die Anpassungen der Regelungen zur Kurzarbeit keine überproportional negative Entwicklung gerade bei den Beschäftigtenzahlen im Kyffhäuserkreis gibt. Das soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es unsere klein- und mittelständisch geprägte Unternehmenslandschaft hart getroffen hat. Hervorheben muss man vor allem die Branchen, die von Schließungen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens betroffen sind.

Dienstleistungsbetriebe, Einzelhandel, Gastronomie oder Betriebe und Einrichtungen im Veranstaltungsbereich seien nur exemplarisch genannt. Hier setzen wir darauf, dass die Programme des Bundes und des Freistaats Thüringen zielgerichtet wirken. Bei den produzierenden Unternehmen im Landkreis war eine der größten Herausforderungen, dass die Beschäftigten je nach Infektionsgeschehen die Kinderbetreuung absichern mussten. Dieser Herausforderung wurde mit kreativen Lösungen und einem konstruktiven Miteinander begegnet.

Wie die langfristigen Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur im Landkreis aussehen, darüber können wir derzeit nur spekulieren. Eine Kernfrage wird dabei sein, inwiefern es die pandemiebedingten Kosten zulassen, dass zeitnah wieder in die jeweilige Unternehmensentwicklung investiert werden kann.

**Was ist in dieser Situation die besondere Rolle des Landkreises? Hat die Wirtschaftsförderung hier Möglichkeiten, den Unternehmen auch beratend unter die Arme zu greifen?**

Ich denke, hier muss man gewisse Unterscheidungen zwischen dem Lockdown im Frühjahr und den Einschränkungen zum Ende des Jahres 2020 machen. Gerade zu Beginn der Pandemie bestand ein gro-

ßer Informationsbedarf hinsichtlich der durch den Freistaat Thüringen und Bund neu aufgelegten Hilfs- und Unterstützungsprogramme. Durch gezielte Ansprache der Unternehmen konnten wir auf die einschlägigen Informationsquellen hinweisen und sowohl die Beschäftigten der Wirtschaftsförderung als auch des Tourismus standen für Fragen jederzeit als Lotsen zur Verfügung. Dieses Angebot wurde von den Unternehmen intensiv genutzt.



Landrätin Antje Hochwind-Schneider.

Doch auch über die Wirtschaftsförderung hinaus wurden die Unternehmen bei der Erstellung der obligatorischen Hygienekonzepte durch die Beschäftigten des Gesundheitsamtes und der Ordnungsverwaltung bei Bedarf unterstützt.

Gleiches galt bei veranstaltungsbezogenen Hygienekonzepten während der Sommermonate, um zumindest einige Events, wenn auch mit Einschränkungen, zu ermöglichen.

Insgesamt nehmen wir unserer RAL-Zertifizierung als „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ auch in Krisenzeiten sehr ernst.

In der Phase am Jahresende ist der Informationsbedarf seitens der Unternehmen

nicht mehr so hoch, da weitere Bundes- und Landesprogramme auf bestehende Strukturen aufsetzen. Daher hat man sich in der Wirtschaftsförderung wieder stärker auf die zukünftigen Herausforderungen konzentriert, die sich durch die Pandemie nicht in Luft auflösen, sondern lediglich vorübergehend in den Hintergrund getreten sind. So wurden beispielsweise unsere traditionellen Berufsinformationstage vollständig in den virtuellen Raum verlegt, um sowohl Unternehmen als auch potenziellen Auszubildenden trotz Kontaktbeschränkungen die Möglichkeit für einen regen Austausch zu bieten.

**Sie sind seit 2012 Landrätin. Gab es in diesen acht Jahren Ihrer Amtszeit schon einmal eine ähnliche Herausforderung wie Corona?**

Vergleichbar war das Jahr 2015, als die Flüchtlinge in Deutschland ankamen – darauf waren wir nicht vorbereitet und es wurde nach schnellen, aber auch in Zukunft vertretbaren Lösungen gesucht. Krisensitzungen wurden einberufen, alle Eventualitäten abgeklöpft und entschieden gehandelt. Als Verantwortungsträgerin war das eine sehr schwere Zeit, die nicht nur mir, sondern der gesamten Kreisverwaltung viel abverlangt hat. Einer ähnlich herausfordernden Situation standen wir im Landkreis im Jahr 2018 gegenüber – als die Schließung der Krankenhäuser aufgrund einer drohenden Insolvenz des Trägers bevorstand. In einem anstrengenden Prozess und tiefgründigen Verhandlungen mit der Thüringer Sozialministerin ist es gelungen, die Krankenhausstandorte mit einem neuen Träger zu erhalten. Der Verlust eines Krankenhausstandortes wäre gerade jetzt in der Corona-Krise für uns alle sehr schmerzlich spürbar geworden.

**Wie bewerten Sie die Politik der Landes-, aber auch der Bundesregierung? Was ist bislang richtig, was falsch gemacht worden?**

In den zurückliegenden acht Jahren konnte ich auf eine große Unterstützung der Landesregierung bauen. Viele Fördermittel des Landes wurden im Kyffhäuserkreis im Bereich Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Kinder-, Jugend- und Familienarbeit bewilligt.

\* Interview mit Landrätin Antje Hochwind-Schneider, seit dem 1.7.2012 Landrätin des Kyffhäuserkreises.

Hier konnten wir auch durch meine Funktion als stellvertretende SPD-Landesvorsitzende unsere Interessen und Sorgen auf Landesebene einbringen. Ich fühle mich in allen schwierigen Situationen wie Flüchtlingsarbeit, Krankenhausproblematik oder jetzt Corona-Pandemie vom Land unterstützt. Durch die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus unserer Region gab es auch immer eine enge Anbindung und die notwendige Unterstützung durch den Bund. Wünschen würde ich mir hier, dass bei gesetzlichen Vorhaben, die die Landkreise umsetzen müssen, auch immer

die notwendige finanzielle Ausstattung erfolgt.

**In Thüringen werden fünf der 17 Landkreise von Frauen geführt, was deutlich mehr ist als der Bundesdurchschnitt. Ist das immer noch zu wenig? Was braucht es, um noch mehr Frauen für politische Ämter zu gewinnen?**

Bedauerlich ist, dass diese geringe Anzahl in Thüringen noch über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dafür gibt es nach wie vor viele

Gründe. Neben der oftmals schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch politischem Ehrenamt, fehlt es an entsprechender Förderung oder auch an dem Willen von Parteien, ihre Listen paritätisch zu besetzen. 50 % der Bevölkerung in Deutschland sind Frauen und wie soll Gleichberechtigung gelingen, wenn nicht deren Sichtweisen ausreichend vertreten sind? Leider braucht es in unserem Land ein Paritätsgesetz, damit die Initiative entsteht, sich um mehr Frauen in der Politik zu bemühen. □

## Lage im Dreiländereck prägt unseren Landkreis\*

**Frau Dammann, seit 2012 sind Sie die erste Landrätin im Landkreis Lörrach. Erst vor wenigen Monaten wurden Sie ohne Gegenkandidaten im Amt bestätigt. Ist Ihre tägliche Arbeit auch solch ein Durchmarsch?**

Dank eines vielseitigen, gut harmonisierenden Führungsteams an der Verwaltungsspitze und motivierten Mitarbeitern haben wir in den vergangenen Jahren einige Projekte in die Umsetzung bringen und Erfolge verbuchen dürfen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Kreistag, der zusammen mit der Verwaltung immer wieder gute strategische Schwerpunkte setzt, gelingt sehr gut. So konnten in jüngerer Vergangenheit u. a. ein Pflegeheim gebaut, die Sozialstrategie fortgeschrieben, die Gründung eines Biosphärengebiets gefeiert, der Bau eines Zentralklinikums geplant und ein Zweckverband Breitbandversorgung, an dem alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden beteiligt sind, ins Leben gerufen werden. Höchst unterschiedliche Erfolge auf verschiedensten Ebenen. Jedoch steckt dahinter immer viel Arbeit; Widerständen muss begegnet und kreative Lösungen wollen gefunden werden. Deshalb: Nein, die tägliche Arbeit ist kein Durchmarsch. Aber wir arbeiten gemeinsam als Kommunen der Region mit der Politik, unseren Eigenbetrieben und den grenzüberschreitenden Partnern sowie unseren Beschäftigten beharrlich daran, unsere trinationale Agglomeration täglich ein wenig weiterzuentwickeln und mit strategischen Konzepten, konkreten Projekten und alltäglichen Diensten die Zukunft zum Wohl der Bürger zu gestalten.

**In den letzten Wochen und Monaten hatten Sie im Kreis eine besondere Situation zu bewältigen. Im Dreiländereck zu Frankreich und der Schweiz war die Lage sicherlich besonders herausfordernd.**

Die Lage im Dreiländereck prägt unseren Landkreis: Wirtschaftlich, gesellschaftlich,



Landrätin Marion Dammann.

Foto: Landkreis Lörrach

kulturell. Sie sorgt für eine Vielfalt, die uns allesamt bereichert. Grenzen waren hier vor der Pandemie im Alltag der meisten Menschen nicht präsent. In derlei Situationen zeigt sich dann aber eben oft doch noch, dass hier verschiedene Nationalstaaten aneinandergrenzen, die individuelle Gesetzesregelungen beschließen und auch unterschiedlich stark vom Virus betroffen sind. Unsere bereits bestehenden, tragfähigen und freundschaftlichen Partnerschaften haben uns in dieser Zeit geholfen, bislang unbekannte Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Die schon bewährten Kontakte wurden dadurch nur noch stärker zusammengeschweißt. Ja, durch die Grenzlage bestanden vielleicht andere Herausforderungen. Die Wege, die zur Bewältigung derselben zu gehen sind, unterscheiden sich aber nicht von denen, die wir üblicherweise im Alltag beschreiten.

**Wie rüsten Sie sich für eine mögliche zweite Infektionswelle?**

Unsere Lenkungsgruppe und die zur Bewältigung der Pandemie mitunter eilends

eingesetzten Arbeitsgruppen arbeiten seit Wochen routiniert. Flexible und zügige Reaktionen sind, das haben bereits das Jahr 2015, als eine hohe Anzahl von Flüchtlingszugängen zu verzeichnen war, und diese Zeit gezeigt, kein Problem. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der ersten Welle und geänderten Rahmenbedingungen treffen wir mit den Fachabteilungen, Gesundheitseinrichtungen und den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben Vorkehrungen für den Fall, dass die zweite Infektionswelle anrollt. Im Moment sehe ich uns hier gut aufgestellt. Dass wir uns als Landkreis darüber hinaus der Unterstützung unserer Abgeordneten, Städte und Gemeinden, Mitarbeiter und der hiesigen Unternehmen sicher sein können, lässt uns ruhig schlafen. Alle vorgenannten Akteure waren seit Ausbruch der Pandemie wiederholt zur Stelle, wenn Hilfestellungen benötigt wurden. Aktuell sehen wir uns auch mit dem Ausbau von Beatmungskapazitäten, der Beschaffung und Bevorratung von Schutzausrüstung sowie verbesserten Kommunikationswegen und etablierten Routinen vorbereitet. Wir alle haben aus der ersten Welle gelernt. Dennoch sind wir natürlich darauf angewiesen, dass die Bevölkerung weiterhin mit Vernunft und Vorsicht agiert.

**Ihren relativ wirtschaftsstarken Landkreis trifft die Pandemie auch in Bezug auf wegbrechende Steuereinnahmen. Wie schätzen Sie diese Situation ein?**

Ich hätte mir für den Start in die neue Amtszeit Schöneres vorstellen können. Fakt ist: Die Pandemie wird diese zweite Amtsperiode prägen – vor allem finanziell. Damit die kommunale Familie in den kommenden Jahren handlungsfähig bleibt, bedarf es erheblicher Unterstützung von Bund und Ländern. Neben den Mehraus-

\* Interview mit Marion Dammann, seit 2012 Landrätin des Landkreises Lörrach.

gaben in der Krise werden uns die Minder-einnahmen aufgrund der prognostizierten rückläufigen Steuererträge auf Jahre beschäftigen. Im Landkreis sind aufgrund der wochenlang geschlossenen Grenzen vor allem der Einzelhandel, Tourismus und Gastronomiebetriebe gefährdet. In manchen Branchen tragen unsere Nachbarn bis zu 40 % des Umsatzes bei. Als Landkreis werden wir gut haushalten müssen, noch stärker zwischen absolut notwendigen und liebgewonnenen, aber nicht zwingend notwendigen oder vorgeschriebenen Vorhaben und Aufgaben priorisieren müssen. Letztlich sind auch kreative Ideen gefragt, wie der Landkreis seine Kommunen, Unternehmen und die Bevölkerung in die-

ser schwierigen Lage unterstützen kann – und vermutlich auch umgekehrt.

**Was sind die wichtigsten Komponenten, damit die Wirtschaft nach der Krise möglichst rasch wieder Tritt fassen kann? Dabei spielt sicherlich auch Ihre landkreisübergreifend aufgestellte Wirtschaftsförderung eine wichtige Rolle.**

Unserer Wirtschaftsfördergesellschaft, der Wirtschaftsregion Südwest GmbH (WSW), kommt nicht erst nach der Krise eine zentrale Rolle zu. Schon in dieser Pandemie wurde eine „Task Force Wirtschaftlicher Wiederaufbau“ unter ihrer Führung aufge-

baut, die der Wirtschaft in den Landkreisen Lörrach und Waldshut mannigfaltige Beratung und Orientierung bietet und Wegweiser für Betriebe aller Sparten ist. Vor der Krise hat die WSW in den vergangenen Jahren Beratungsstellen im Kreis etabliert – etwa das DigiHub Südwest, das Innovationsforum Südwest und diverse Netzwerke. Zu wissen, wo Beratungen und Hilfestellungen vorhanden sind, wer sich mit ähnlichen Frage- und Problemstellungen beschäftigt, wird in der Zeit „danach“ wichtig sein. Gemeinsame Lösungen sind immer besser als individuelle. Das kann ein Anfang sein. □

## Frauen können in der Kommunalpolitik etwas bewegen\*

**Frau Steinbrügge, Sie sind eine von drei amtierenden Landrätinnen in Niedersachsen. Ihre männlichen Amtskollegen sind mit 34 deutlich in der Überzahl. Das entspricht in etwa dem prozentualen Durchschnitt deutschlandweit. Wie bewerten Sie diesen Befund?**

Die Anzahl der Landrätinnen und der Anteil an Frauen in der Kommunalpolitik allgemein sind ernüchternd. Einerseits ist festzustellen: Frauen sind genauso interessiert und genauso engagiert wie Männer, Frauen wollen auch diskutieren, gestalten und etwas bewegen. Und Sie können es auch. Dies sind die Gründe, die auch mich dazu bewegt haben, mich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Andererseits haben Frauen es meistens aber schwerer, in die Politik zu gehen, weil es als ein zeitintensives Ehrenamt beginnt. Neben dem Beruf aktiv Politik zu machen, ist bereits zeitaufwendig. Da Frauen aber meistens immer noch den größeren Teil der Sorgearbeit auf sich nehmen, wird das Jonglieren von Beruf, Familie und Politik ein wahrer Kraftakt. Die typischen Karriere-muster in der Politik passen selten zu den Lebensentwürfen von Frauen.

Ein weiterer Grund ist, dass Männer schon so lange Politik machen, dass sie die Spielregeln festgelegt haben. Viele Entscheidungen werden in informellen Runden geschlossen, in Männer-Netzwerken, aus denen Frauen schlichtweg ausgeschlossen sind. Frauen haben es schwerer, sich in diese für die politische Karriere wichtigen Netzwerke einzuklinken.

Wenn diese Rahmenbedingungen sich nicht verändern, ist es kaum verwunderlich, dass Frauen in der Kommunalpolitik weiterhin unterrepräsentiert bleiben.



Landrätin Christiana Steinbrügge.

**Aktuell dreht sich natürlich fast alles um Corona. Aber auch in diesen Zeiten gilt es, die langfristigen Entwicklungen nicht zu vernachlässigen. Ihr Landkreis hat unter dem Titel „Zukunftsprofil“ einen Entwicklungsprozess mit verschiedenen Komponenten aufgesetzt, der weiter ausgearbeitet wird. Wie ist hier der aktuelle Stand?**

Ja, gerade die Notwendigkeit, sich langfristig auszurichten, hat die Corona-Pandemie uns deutlich vor Augen geführt. Denn es heißt, auf das Unerwartete und das, was in der Zukunft liegt, vorbereitet zu sein.

Auf der Grundlage unseres Zukunftsprofils haben wir im Landkreis Wolfenbüttel drei Leitideen entwickelt, mit denen wir in den nächsten Jahren über das Tagesgeschäft hinausblicken: Diese Leitideen heißen „Mehr Zeit für Menschen“, „Das Lokale gewinnt an Bedeutung“ und „Besser statt mehr“.

Die erste Idee steht für das Miteinander und Füreinander im Landkreis, für sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört zum Beispiel die Mitmach- und Anpackkultur in unseren Städten und Gemeinden. Dieses Engagement unterstützen wir als Landkreis und helfen bei der Umsetzung von Ideen, wie man das Leben vor Ort verbessern kann.

Die zweite Idee „Das Lokale gewinnt an Bedeutung“ richtet den Blick auf Wirtschaft, Infrastruktur, Naherholung und Tourismus. In enger Zusammenarbeit mit der Ostfalia Hochschule wollen wir die wissenschaftlichen Potenziale für innovative Produkte und Dienstleistungen besser nutzen. Wir wollen die Erzeugung und den Vertrieb von regionalen Produkten fördern und Kaufkraft vor Ort halten. Und schließlich geht es darum, die zahlreichen Attraktionen für Freizeit und Erholung besser zu erschließen und zu vermarkten.

Die dritte Leitidee „Besser statt mehr“ betont die Lebensqualität in einem umfassenden Sinne. Statt höher, schneller und weiter setzen wir auf Nachhaltigkeit im Sinne von generationengerecht und ausgewogen im Hinblick auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte. Beispiele hierfür sind unsere Natur- und Klimaschutzprojekte, aber auch unsere Priorität für Bildung.

\* Interview mit Christiana Steinbrügge, seit dem 1.10.2013 Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel.

Aktuell nutzen wir die drei Leitideen wie Leuchttürme und verbinden sie mit den UN-Nachhaltigkeitszielen. Die Leitideen sind der rote Faden, an dem wir unser Handeln mittelfristig orientieren.

### Worin besteht hierbei die wesentliche Komponente? Wovon hängt eine gedeihliche Entwicklung in Wolfenbüttel vor allem ab?

Die wesentlichste Komponente ist die Fähigkeit, die Entwicklungen, die aus der Zukunft kommen, zu erkennen und dazu eine Haltung zu entwickeln. Diese Fähigkeit erfordert Flexibilität in den Strukturen, Entschlossenheit, gemeinsame Zielperspektiven und eine sehr gute Schnittstellenkommunikation, denn gerade für die Zusammenarbeit und Kommunikation unterschiedlicher Akteure – auch in der Verwaltung – erfordert es, Sichtweisen und Lösungsansätze aufeinander einzustellen.

Ich bin davon überzeugt, dass die intensive Auseinandersetzung mit der Zukunft, das gemeinsame Handeln und auch Aushandeln von Zukunftsbildern und Handlungserfordernissen sowie die Entwicklung der entsprechenden Ziele und Schritte wichtige Komponenten für eine gedeihliche Zukunft unseres Landkreises sind.

### Wo bestehen die größten Hürden und Widerstände bei diesem Prozess?

Gerade die strukturellen Anpassungen und die Ausrichtung auf neue strategische Ziele bedeutet auch, sich in dem einen oder anderen Fall von lieb gewonnenen Routinen zu trennen und einen neuen Blick auf die eigenen Strukturen, die eigene Arbeit zu richten und eigene Stärken und Schwächen kennen und damit umgehen zu lernen.

So haben wir beispielsweise festgestellt, dass die Frage der strategischen Ausrichtung in der gesamten Verwaltung sehr unterschiedlich interpretiert, definiert und umgesetzt wird. Auch die Frage der eigenen Handlungsfreiräume und -möglichkeiten wird sehr unterschiedlich wahrgenommen. Hier braucht es von allen die Offenheit, auch einmal Neues auszuprobieren, Erfahrungen von anderen zu übernehmen, sich auf neue Rhythmen und Vorgehensweisen einzulassen und auch Irrtümer oder Fehler zuzugestehen, um es dann gemeinsam besser zu machen.

### Wie können Sie politische Entscheidungen in Berlin und Hannover auf dem Weg des Landkreises Wolfenbüttel in die Zukunft unterstützen?

Konzertiertes Handeln wäre eine große Hilfe. Vermehrt erleben wir, dass Zielkonflikte entstehen, die – auch wenn sie die Entwicklungen der Nachhaltigkeit und einer gedeihlichen Zukunft dienen – sich gegenseitig stören oder gar behindern. Da stören sich Flächenverbrauch für regenerative Energie und nachhaltige Mobilitätsangebote mit Vorgaben des Bodenschutzes und der Förderung von Artenvielfalt. Die Aufwendung von finanziellen Mitteln zur Umsetzung einer hochwertigen kommunalen Bildungslandschaft stört sich mit der Vorgabe, ausgeglichene Haushalte zu erreichen, um der kommenden Generation möglichst keine oder wenig Schulden zu hinterlassen.

Von der obersten bis auf die unterste staatliche Ebene müssen die politischen Ziele bekannt und verständlich sein. Dementsprechend müssen sich Gesetze und Vorgaben hier einpassen. Ich erlebe dies mal mehr, mal weniger konsistent, aber gerade auf der kommunalen Ebene sehe ich die Aufgabe, Akteure aus unterschiedlichen Interessenssphären zusammenzubringen, um zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. Für diese Aufgabe als Plattform für Kollaboration brauchen wir die nötige finanzielle und personelle Ausstattung. □

## Stimmiger Dreiklang von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft prägt den Landkreis\*

### Frau Wehlan, sie stellen sich in diesem Jahr zur Wiederwahl. Worauf blicken Sie mit besonderem Stolz zurück, wenn Sie die letzten acht Jahre Revue passieren lassen?

Mir ging es vor allem darum, unseren Landkreis „enkeltauglich“ zu machen. Nachfolgende Generationen sollten nicht auf unserem Schuldenberg sitzen bleiben. Deshalb lag mein Hauptaugenmerk von Anfang an auf der Sanierung des Kreishaushaltes, zu der als größte Einzelkonsolidierungsmaßnahme der Kauf des Kreishauses und damit die Beendigung ständig steigender Leasingraten beigetragen hat. Heute sind wir aus den roten Zahlen, können wir wieder investieren und z. B. den öffentlichen Nahverkehr besonders stärken. Er ist längst zu einem harten Standortfaktor geworden. In meiner Amtszeit wurde ein Leitbild entwickelt, das unser Selbstverständnis abbildet, Ziele definiert und so auch durch Krisenzeiten hilft. Wir haben in Teltow-Fläming mit Erfolg für die Eigenständigkeit des Landkreises gekämpft, den Zustrom an Flüchtlingen gut gemeistert, riesige Waldbrände gelöscht und arbeiten im Moment an der Bewältigung der Corona-Krise. Eine Herausforderung nach der anderen also ... Bei all dem hilft uns der



Landrätin Kornelia Wehlan.

stimmiger Dreiklang von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, der unseren Landkreis prägt. Das ist unser Markenzeichen, unsere Stärke. Nicht zuletzt deshalb haben wir, haben die Menschen im Landkreis, im vergangenen Jahr den „Kommunal-Oscar“ bekommen. Teltow-Fläming führt regelmä-

ßig diverse Rankings an, ist ein lebens- und lebenswerter Landkreis und entwickelt sich gut. Darauf bin ich stolz. Das kann man den Enkeln übergeben.

### Und worin liegen bislang ungelöste Zukunftsfragen?

Schlüsselfragen sind für mich die Versorgung des Landkreises mit schnellem Internet, die Digitalisierung der Verwaltung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Mobilität, die Fachkräftesicherung und die Bewältigung des demografischen Wandels. All das gehen wir offensiv an. Der Breitbandausbau in Teltow-Fläming ist gerade ein hochaktuelles Thema und geht voran, wir betreiben mit Nachdruck die Digitalisierung der Verwaltung, engagieren uns schon seit vielen Jahren für ein gutes Klima und den Umweltschutz, haben die Weichen für eine Nachhaltigkeitsrichtlinie gestellt, investieren in den ÖPNV und kümmern uns um den Fachkräftenachwuchs. Bspw. haben wir das Spektrum unserer Ausbildungsmöglichkeiten erweitert und bieten seit 2016 duale Studienformen an – die ersten

\* Interview mit Kornelia Wehlan, seit 2013 Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming. Sie war von 1999 bis 2013 Abgeordnete im Landtag Brandenburg.

Absolventen haben schon in der Kreisverwaltung Fuß gefasst. Und natürlich übernehmen wir Verantwortung für die Generationen und unternehmen viel dafür, dass sich die Menschen im Landkreis wohlfühlen – das gilt vom Baby bis hin zum betagten Menschen.

**Wie bei jedem Landkreis um Berlin besteht eine besondere Herausforderung darin, das hauptstadtnahe strukturstarke Gebiet mit der eher ländlich geprägten Peripherie zu verbinden. Wie stellt Ihr Landkreis diesen Ausgleich sicher?**

Mehr denn je müssen wir darauf achten, dass der boomende Norden und der strukturschwächere Süden gleichermaßen mobil und versorgt sind. Deshalb sind ÖPNV und Infrastruktur so auszurichten, dass auch die „zweite Reihe“ und die Ankerzentren im ländlichen Raum weiter stabil an den Entwicklungen teilhaben. Und bei aller Freude über den Erfolg dürfen wir nicht vergessen, dass eine boomende Region mit vielen Wachstumsschmerzen zu kämpfen hat. Im Landkreis und besonders im Norden mangelt es an bezahlbarem Wohnraum und auch Kita-Plätzen, nahezu überall an Fachkräften. Hier muss unser Augenmerk liegen – gut flankiert durch Bundes- und Landesentscheidungen – damit die erfolgreiche Entwicklung auch künftig fortgesetzt werden kann und für die Menschen vor Ort erlebbar ist – ob im Süden oder im Norden des Landkreises.

**Vor Ihrer Wahl zur Landrätin waren Sie 14 Jahre lang Mitglied des Brandenburger Landtages mit den Schwerpunkten Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr. In Teltow-Fläming, wo bis in die 1990er-Jahre hinein vor allem Landwirtschaft und russisches Militär das Bild bestimmten, entwickelte sich ein attraktiver Industriestandort von internationaler Bedeutung. Wie ist das gelungen?**

Eine so erfolgreiche Entwicklung ist nur denkbar, wenn Verwaltungen, politische Vertretungen und Wirtschaft auf allen Ebenen an einem Strang ziehen. Wir punkten mit einem Branchenmix aus Kleinstunternehmen, Mittelstand und Global Playern, haben es aber auch verstanden, die Nähe zu Berlin zu nutzen und das Nord-Süd-Gefälle durch kluge strategische Entscheidungen zu mildern. Hier denke ich an den Ausbau der B 101, für die vierte Spur hat der Landkreis tief in die Tasche gegriffen. Das hat, ebenso wie die Flaeming-Skate, zur Erschließung des strukturschwachen Südens beigetragen, den heute Touristen aus nah und fern kennen, schätzen und besuchen. Nicht umsonst hat das Projekt Flaeming-Skate bereits zweimal den Tourismuspreis des Landes Brandenburg erhalten. Auch die Entwicklung der Reiseregion Fläming gemeinsam mit unserem Nachbarn Potsdam-Mittelmark trägt Früchte. Unser Kreishaushalt steht mittlerweile auf soliden Füßen und gibt uns die Möglichkeit, der Mobilität und einem nachhaltigen ÖPNV eine viel größere Aufmerksamkeit zu schen-

ken. Überdies schätzen Investoren die im Vergleich zu Berlin schnellen Genehmigungsverfahren.

**Wie intensiv hat Corona bislang die Unternehmen getroffen?**

Die Pandemie hat natürlich starke Auswirkungen auf die Unternehmen eines Landkreises, der global agiert und seit Jahren als Exportmeister Brandenburgs bekannt ist. Das betrifft z. B. die Luftfahrtbranche und den Automotive-Bereich, aber auch die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen der Region. Ich hoffe sehr, dass die Rettungsschirme von Bund und Land greifen und wir mit möglichst geringen Ausfällen durch die Krise kommen.

Dabei denke ich nicht nur an die Unternehmen, sondern auch an Kinder- und Jugendeinrichtungen, an die Familien, die aufs Äußerte gefordert waren, an Hoteliers, Gastronomen, Veranstalter und Kulturschaffende. Es sind die vielen Selbstständigen, deren Dienstleistungen unser Dasein lebens- und liebenswert machen ... Sie sind ebenso betroffen wie die Krankenhäuser der Region, die Ärzte, das Pflegepersonal ... An so vielen Stellen, in so vielen Branchen kommen Menschen an ihre Grenzen. Davor ziehe ich den Hut und danke für ihre Arbeit und ihren Mut. Das Virus ist da und lässt sich nicht einfach wegbeschließen. Es helfen weder Ignoranz oder Leugnen der Situation. Das müssen wir zusammen durchstehen und gemeinsam weiter nach vorn blicken. □

## Die Kreisumlage ist im Kreistag jedes Jahr ein heißes Thema\*

**Frau Weiss, der Landkreis Nordwestmecklenburg wurde vor Ihrem Amtsantritt im Jahre 2014 von Birgit Hesse geleitet, bevor diese als Ministerin nach Schwerin ging. Dennoch sind Frauen in Ihrer Position in Mecklenburg-Vorpommern die Ausnahme: Sie haben nur Amtskollegen, seit Barbara Syrbe aus Vorpommern-Greifswald 2018 nicht mehr zur Wahl angetreten ist. Was muss getan werden, um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen?**

Ich glaube, dass dabei eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle spielen. Der erste ist eine Sache des Charakters und des Mutes: Frauen hinterfragen sich öfter selbst und sehen ihre eigenen Fähigkeiten kritischer. Die Frage „Kann ich das?“ stellt sich eine Frau aus meiner Sicht häufiger. Männer sind da unkritischer, sich selbst gegenüber, oft mehr von sich selbst überzeugt und preschen schneller nach vorne.



Landrätin a. D. Kerstin Weiss.

Foto: Fotografie Anne Karsten

Das hat auch kulturelle Gründe und hängt viel von der Erziehung ab. Diese Unterschiede haben wir auch in unserer heutigen Gesellschaft noch nicht überwunden.

Ein anderer Grund sind männliche Seilschaften, die oft sehr gut funktionieren. Männer verbrüdern sich und helfen sich gegenseitig, nach oben zu kommen. Frauen, die in diese Welt eindringen, werden oft als Störfaktor gesehen. Diese Mentalität ändert sich nur langsam. Nicht umsonst wurden in vielen Bereichen Frauenquoten eingeführt, um diese Strukturen aufzubrechen. Das ist ein langer Weg; wir machen nur mühsam Fortschritte. Wir dürfen nicht vergessen, dass es erst 100 Jahre her ist, dass u. a. die SPD maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Frauen überhaupt wählen dürfen.

\* Interview mit Kerstin Weiss, von 2014 bis 2021 Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg.

Ich sehe mich in der heutigen Zeit nicht mehr als Ausnahme, auch wenn die Zahlen etwas anderes sagen: Überall in der Politik beweisen Frauen, dass sie es genauso gut können wie die Männer. Von *Manuela Schwesig*, unserer Ministerpräsidentin, über meine Vorgängerin *Birgit Hesse* und die Ministerinnen *Stefanie Drese*, *Bettina Martin* und *Kay Hoffmeister* bis hin zu den vielen Frauen, die in der Kommunalpolitik Rückgrat und Durchhaltevermögen beweisen. Und *Angela Merkel* ist nicht nur die erste Kanzlerin unserer Bundesrepublik, sondern auch ein leuchtendes Beispiel dafür. Gerade in der aktuellen Krise zeigt sie die Qualitäten einer besonnenen, weiblichen Führungshand.

Dennoch muss noch viel getan werden. Und auch liegt es vor allem an uns Frauen selbst, die Möglichkeiten zu nutzen, uns gegenseitig zu helfen und uns nicht selbst klein zu halten.

**Sie sind seit Februar 1991 für den Landkreis tätig, zunächst im Jugendamt, dann als Leiterin des Fachdienstes Bildung und Kultur, später als Beigeordnete und Leiterin des Fachbereiches Jugend, Bildung, Soziales und Gesundheit. Ist es ein Vorteil, auf eine „Sozialisierung“ in der Kreisverwaltung zurückgreifen zu können?**

Das ist ein enormer Vorteil: Ich kenne „meinen Laden“ in- und auswendig und auch die Eigenheiten einer Verwaltung. Das hilft mir, die Probleme zu verstehen, die auf den verschiedenen Ebenen entstehen können, sei es zwischen den verschiedenen Charakteren, denn eine Verwaltung besteht aus Menschen, oder in Bezug auf strukturelle Fragen.

Außerdem glaube ich, dass ich durch meine lange Karriere in der Verwaltung einen gewissen Respekt und Vertrauen bei meinen Mitarbeitern genieße; in einem Maße, das man einem „Außenseiter“ ohne Verwaltungserfahrung vielleicht nicht entgegenbrächte.

**Wie soll der Landkreis Nordwestmecklenburg in zehn Jahren dastehen? Haben Sie einen Kreisentwicklungsplan und/oder ein Leitbild?**

Nordwestmecklenburg hat sich seit der Wende fantastisch entwickelt. Die Arbeitslosenzahlen waren lange auf einem Rekordtief, die Wirtschaft brummt und die Lebensqualität ist enorm gestiegen. Diese Entwicklung soll weitergehen.

Es ist mein Ziel, dass die Menschen hier gerne leben und eine gute Infrastruktur vorfinden. Nur so können wir dem viel zitierten Fachkräftemangel begegnen. Dafür haben wir viel getan. Zum Beispiel läuft derzeit im gesamten Kreisgebiet der Breitbandausbau oder wurde wieder eine eige-

ne Wirtschaftsfördergesellschaft mit einem Welcome-Service-Center errichtet, das Zugezogenen beim Start in der neuen Heimat hilft.

Eine große Chance ist unsere Einbindung in die Metropolregion Hamburg. Der Kreis muss noch näher an die Metropole heranrücken und die dadurch entstehenden Chancen nutzen. Dafür braucht es gute Verkehrsanbindungen und eine weitere Vernetzung.

Aber auch wir haben Hamburg mehr zu bieten, als nur ein Naherholungsgebiet: preiswerte Gewerbeflächen, Lebensqualität abseits der Großstadt und eine fleißige und gut ausgebildete Bevölkerung.

**Was erwarten Sie sich aus Berlin im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse?**

Bei der Angleichung der Löhne zwischen Ost- und West muss es schneller gehen! Mecklenburg-Vorpommern liegt bei diesem Thema noch immer hinter westlichen Bundesländern. Die Lebenshaltungskosten nähern sich schneller an als das Lohnniveau. Noch einmal 30 Jahre darf die Entwicklung zu gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht dauern. In den letzten Jahren gab es vor allem über verschiedene EU-Fonds zahlreiche Förderungen. Die Bundesebene muss sich bewusst sein, dass wir da nicht nachlassen dürfen. Wir brauchen weiter Investitionen in die Infrastruktur und auch in die Menschen hier. Es geht um Bildung und Forschung, um die Stärkung der Hochschulen. Aus diesen sind viele unserer erfolgreichen Unternehmen entstanden. Aber auch die Landwirtschaft darf nicht vergessen werden: Sie ist neben dem Tourismus einer unserer wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Die aktuelle Düngemittelverordnung hat unsere Landwirte schwer getroffen – fast der ganze Kreis ist nach der Verordnung „rotes Gebiet“. Hier muss dringend nachgesteuert oder den Landwirten anderweitig geholfen werden.

Thema Tourismus: Es zeichnet sich ab, dass die Corona-Krise ein „verlorenes Jahr“ für das Hotel- und Gaststättengewerbe bedeutet. Hier muss Berlin Hilfen bereitstellen, um Pleitewellen zu verhindern. Ansonsten befürchte ich eine Katastrophe, die unsere Wirtschaftsentwicklung um Jahre oder Jahrzehnte zurückwirft.

**Sie setzen sich vor Gericht mit einer kreisangehörigen Gemeinde um die Höhe der Kreisumlage 2013 auseinander und haben im letzten Jahr bereits einige wertvolle Bestätigungen des Bundesverwaltungsgerichts erhalten. Wie ist die Stimmung zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden in dieser Frage? Ist**

**diese Umlagefestsetzung generell schwierigeres Gelände im Verhältnis zu den Gemeinden?**

Die Kreisumlage ist im Kreistag jedes Jahr ein heißes Thema.

Natürlich wollen die Gemeinden die Umlage möglichst niedrig halten, aber sie müssen auch immer im Hinterkopf behalten, dass der Kreis eine Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion hat, in dem er Aufgaben wahrnimmt, mit denen die einzelne Gemeinde überfordert wäre. Der Kreis ist in Mecklenburg-Vorpommern z. B. Träger des ÖPNV, der Jugendhilfe und der Sozialhilfe und er ist Träger der Gymnasien, Förder- und Berufsschulen. Um diesen Aufgaben nachkommen zu können, benötigt er finanzielle Mittel, u. a. auch aus der Kreisumlage. Wir als Landkreis versuchen stets, den Gemeinden eine möglichst niedrige Kreisumlage aufzuerlegen. Als ehemalige Bürgermeisterin von Dassow weiß ich, dass vor Ort jeder Euro zählt. Aber auch unser Haushalt darf nicht vernachlässigt werden, damit wichtige Leistungen und auch Investitionen nicht aufgeschoben oder zurückgefahren werden müssen.

Die Stimmung beim Thema Kreisumlage ist zwar oft angespannt, aber das hat teilweise auch strukturelle Gründe: Das neue FAG beseitigt diese nur zum Teil. Unser Fachdienst Finanzen hat sehr gute Vorarbeit geleistet, aber dennoch können wir nicht in die Zukunft sehen. Aus meiner Sicht sind auch das Land und der Bund gefragt, alle Ebenen ihren Aufgaben entsprechend finanziell stabil auszustatten.

Im Jahr 2011 hatten wir außerdem eine Kreisgebietsreform. Die Hansestadt Wismar verlor ihre Kreisfreiheit und wurde unsere Kreisstadt. Dadurch gingen viele Aufgaben auf den Kreis über, die Wismar vorher in Eigenregie gestalten konnte. Als Landrätin muss ich manche Dinge anders betrachten, denn ich muss den ganzen Kreis im Blick behalten. Das führt manchmal zu Konflikten. Am Ende des Tages darf verletzter Stolz aber nicht einer produktiven Zusammenarbeit im Wege stehen und das wird es auch nicht, davon bin ich überzeugt. □

# Bei Bürgerbeteiligungen sind wir bundesweit an der Spitze\*

**Frau Fründt, Sie haben erst im vergangenen September Ihr Amt verteidigt. Dafür sind Sie auf Ihrer Homepage mit dem Slogan „VERSPRECHEN:HALTEN!“ angetreten. Finden Sie, dass Politik, vielleicht aber ja sogar auch die Kommunalpolitik, ein Glaubwürdigkeitsproblem hat? Denn eine Selbstverständlichkeit hätten Sie sonst sicherlich nicht in Großbuchstaben und mit Ausrufezeichen besonders herausgestellt.**

Nein, Kommunalpolitik, Kommunalpolitiker haben in der Regel kein Glaubwürdigkeitsproblem. Allein schon deshalb nicht, weil es vor Ort ja oft um die konkreten Fragen des alltäglichen Lebens geht – und den Kommunalen wird hier eine hohe (Umsetzungs-)Kompetenz zugestanden.

Aber Kommunale werden immer wieder mit dem Vorurteil konfrontiert, dass es vor dem Wahltermin vollmundige Versprechungen gibt und sich nachher niemand mehr an diese erinnert. Dem wollte ich faktisch widersprechen.

Aber eine Rechenschaftspflicht haben wir Kommunalen selbstverständlich. Und die wird auch eingefordert. Denn wir arbeiten im Auftrag und mit Mandat der Menschen in unseren kommunalen Gemeinschaften.

**Wie kann es gelingen, das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen oder neu zu wecken? Wie gehen Sie es an, um die Bürger in Marburg-Biedenkopf bei Ihren politischen Entscheidungen mitzunehmen?**

Einen generellen Vertrauensverlust stelle ich nicht fest. Eines meiner Wahlversprechen 2013 war dennoch, die Bürgerbeteiligung zu entwickeln und auszubauen. Dafür habe ich einen Fachdienst eingerichtet. Wir haben hier viel erreicht, sind bundesweit immer noch an der Spitze, jedenfalls unter den Landkreisen, und werden für unsere Konzepte und Formate immer wieder ausgezeichnet.

2017 bis 2019 haben wir am Projekt Modellkommune Open Government teilgenommen. Auf dieser Basis versuchen wir nun nach und nach, nicht nur die Kontakte mit der Zivilgesellschaft, sondern auch unsere interne Entwicklung an den Prinzipien des Open Governments zu orientieren: Transparenz, Kollaboration und Partizipation.

Für die Umsetzung des ersten Prinzips Transparenz haben wir die Kommunikationsleistung des Landkreises Marburg-Biedenkopf deutlich verbessert und ausgebaut – sowohl was die Instrumente, aber

auch, was die personellen und finanziellen Ressourcen betrifft.



Landrätin Kirsten Fründt. Foto: Georg Kronenberg

Ende letzten Jahres haben wir zusätzlich eine Stelle für Interne Kommunikation geschaffen, um den Open Government-Prozess auch intern zu unterstützen.

Zum Thema Partizipation habe ich bereits einiges gesagt. Und im Rahmen dieser Partizipations-Bemühungen haben wir immer wieder auf Kollaboration gesetzt, also die Zusammenarbeit mit den Bürgern, um gemeinsam Konzepte und Projekte zu verbessern. Zum Beispiel bei der Entwicklung des Nahverkehrsplans oder des Radverkehrsentwicklungsplans und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen. Durch die Nutzung der Kompetenzen und Erfahrungen der Zivilgesellschaft haben sich unter anderem die Kriterien für die Priorisierung von ebenfalls gemeinsam mit der Zivilgesellschaft identifizierten rund 200 Maßnahmen im Radverkehr im Landkreis Marburg-Biedenkopf verändert, wodurch Maßnahmen, die wir teilweise weniger prioritär gesehen haben, deutlich weiter nach oben gerankt wurden.

**Der Zukunftsatlas der Prognos AG bescheinigte Ihrem Landkreis vor ein paar Jahren einen „ausgeglichene Chancen-Risiko-Mix“. Würden Sie das bestätigen?**

Zum Zeitpunkt dieses Interviews ist es nicht wirklich möglich, die Folgen der Corona-Epidemie abzuschätzen. Ein Teil der Unternehmen im Landkreis Marburg-Biedenkopf, die zum Beispiel als Automobilzulieferer bereits vor der Corona-Krise kurz arbeiteten, wird es möglicherweise recht hart treffen. Dasselbe gilt für viele Freiberufler und Gewerbetreibende.

Die Land- und Forstwirtschaft spielt bei uns eine große Rolle. Deshalb haben Klimawandel und Dürre auch ökonomische Folgen in unserem Landkreis.

Aber: die Basis für realistische Zukunftschancen ist im Landkreis Marburg-Biedenkopf trotz allem insgesamt breit. Wir haben eine der höchsten Industriedichten Deutschlands mit vielen hochqualifizierten Arbeitnehmern und das Breitbandnetz im Eigenausbau entwickelt. Dazu kommen zwei Hochschulstandorte und eine ausgebaute Gesundheitswirtschaft.

Darüber hinaus ist der Landkreis als Masterplan-Kommune 100%-Klimaschutz bei dieser wichtigen Zukunfts-, eigentlich Gegenwartsaufgabe, gut aufgestellt. Als Ökomodell-Region und eine der Wasserstoff-Modellregionen des Bundes stützen wir sowohl die Weiterentwicklung der ökologischen Landwirtschaft als auch die Verzahnung der zahlreichen Bioenergiedörfer mit dem Thema Wasserstoffproduktion und -nutzung.

Also: Ich sehe viele Zukunftsthemen und somit eher Chancen als Risiken im Landkreis.

**Worin liegen die großen Herausforderungen für den Landkreis in den nächsten Jahren?**

Wir müssen in einem Flächenlandkreis mit zahlreichen Pendlern innerhalb des Landkreises und in die Region Rhein-Main Mobilität neu denken und organisieren. Die Klimafolgenabschätzung und -gestaltung wird eine der zentralen Herausforderungen sein, wie auch Konzepte zur Nutzung der Flächen im Landkreis für unterschiedliche Bedarfe. Dasselbe gilt für die Bewältigung der (wirtschaftlichen) Folgen der Corona-Krise und die Gestaltung der Digitalisierung als gesellschaftlichem Veränderungsprozess.

Eine große kreisverwaltungsinterne Herausforderung wird die Gestaltung des demografischen Wandels bei gleichzeitiger grundlegender Modernisierung der Verwaltung, unserer Prozesse und Abläufe sein.

**Welche Rolle spielen hierbei Klimaschutz und Digitalisierung als Megathemen unserer Zeit?**

Grundsätzlich: Handlungsleitend ist für uns nicht in erster Linie nur das Thema Klimaschutz. Klimaschutz ist als eines von fünf Wirkungsfeldern eingebettet in das Nach-

\* Interview mit Kirsten Fründt, seit 2014 Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

haltigkeitskonzept des Landkreises, denn unsere Digitalisierungsstrategie wurde aus dem Nachhaltigkeitskonzept heraus entwickelt.

Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Digitalisierung müssen Hand in Hand gedacht

werden. Die Frage lautet also eigentlich eher: Wie gehen wir mit fundamentalen Veränderungen um, wie bereiten wir die Kreisgesellschaft und die Verwaltung darauf vor, wie gestalten wir den Wandel gemeinsam und zum Wohle der Men-

schen? Wir gestalten also nicht mehr Digitalisierung oder Nachhaltigkeit, sondern Veränderung. □

## Landrätinnen haben reichhaltige Gestaltungsmöglichkeiten\*

**Frau Bürkle, als Juristin haben Sie in der Landes- sowie in der Kommunalverwaltung verschiedene Funktionen bekleidet, seit 2014 sind Sie Landrätin des Landkreises Sigmaringen. Sind Sie damit in Ihrem Traumjob angekommen?**

Der Beruf der Landrätin ist sicher eine der schönsten Aufgaben, die die öffentliche Verwaltung überhaupt zu bieten hat. Kaum ein anderer Job ist in seinen Themen so vielfältig, in seinen Gestaltungsmöglichkeiten so unmittelbar und reichhaltig, und in dem, was für die Menschen, die Wirtschaft, die Umwelt, erreicht werden kann, so erfüllend wie der Beruf der Landrätin. Kurz gesagt: Mir macht es große Freude, diese Aufgabe ausfüllen zu dürfen.

**Die Corona-Pandemie wirbelt sicher auch Ihren Arbeitsalltag kräftig durcheinander. Wie sieht das bei Ihnen konkret aus?**

Corona fordert, zumal der Landkreis Sigmaringen zu Beginn eine hohe Dynamik bei den Infiziertenzahlen zu verzeichnen hatte. In der Hochphase waren Arbeitstage von 16 Stunden keine Seltenheit – Wochenende inklusive. Doch wir haben zusammengestanden. Aus sämtlichen Fachbereichen meines Hauses haben Mitarbeiter unser Gesundheitsamt unterstützt. Und auch im Landkreis haben wir viel Unterstützung erfahren: Binnen weniger Tage haben wir unser Klinikum auf den Corona-Modus umgestellt, Teststationen und Fieberambulanzen gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten und Rettungsdiensten errichtet, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in die Einhaltung von Quarantänevorgaben mit eingebun-

den. Es galt, Strukturen zu schaffen, gut zu kommunizieren und Netzwerke auszubauen. Heute haben wir „nur“ noch zwei nachgewiesene Infizierte im Landkreis. Die Lage ist seit gut einem Monat stabil. Doch wir wissen, dass wir achtsam bleiben müssen und dass es gilt, Infektionsketten schnell zu unterbrechen, sollte es wieder zu einem Ausbruch kommen.



Landrätin Stefanie Bürkle.

**Haben Sie zusätzliche Formate entwickelt, um die Bürger Ihres Landkreises informiert zu halten? Spielen dabei auch die sozialen Medien eine Rolle?**

Wir haben sehr schnell ein GIS-gestütztes Dashboard – vergleichbar dem des RKI – entwickelt, das wir auf unsere Homepage gestellt und zweimal täglich aktualisiert haben. Unsere Mitarbeiter haben in der Hochphase über 1.500 Anrufe täglich persönlich in einer eigens hierfür eingerichteten Hotline beantwortet und für viele Bür-

ger war diese individuelle und sehr persönliche Rückfragemöglichkeit wichtig. Unsere Wirtschaftsförderung hat die Aufgabe übernommen, die Firmen über die Fördermöglichkeiten stets auf dem Laufenden zu halten und unser Ordnungsamtsamt Lotse für alle Fragen rund um die sich fortlaufend ändernden Corona-Verordnungen.

**Wie haben die Unternehmen im Kreis die coronabedingten Einschränkungen bislang verkraftet?**

Wir spüren Einbrüche bei der Gewerbesteuer, die Anträge auf Kurzarbeit sind merklich gestiegen und die Nachfrage nach Wohngeld ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

**Zurück zur Juristerei: Der Bund hat sich im Zuge der Pandemie teilweise weitreichende Kompetenzen gesichert. Wie beurteilen Sie das?**

In der ersten Phase war ein entschiedenes Handeln des Bundes notwendig und die Ausgangsbeschränkungen, die erstmals Mitte März bundesweit erlassen wurden, haben uns davor bewahrt, dass wir nicht Situationen wie in Bergamo hatten. Doch Corona hat auch gezeigt, dass ein System, das auf Subsidiarität setzt und die örtliche Ebene stärkt, das wirkungsvollere und bessere System ist. Einfach weil die Landkreise, Städte und Gemeinden nah an den Menschen dran sind und damit entstehende Probleme schnell gelöst werden. Wichtig ist, dass alle vier Ebenen gut zusammenwirken: Kommune, Land, Bund und Europa. Ich würde mir wünschen, dass auch nach Corona wieder mehr auf die kommunale Ebene gehört wird. □

\* Interview mit Stefanie Bürkle, seit 2014 Landrätin des Landkreises Sigmaringen.

## Unser Landkreis braucht den Mittelstand\*

**Corona ist ein Stresstest für die wirtschaftlichen Strukturen. Ihr Landkreis ist ja relativ wirtschaftsstarke. Wie sieht es derzeit beim Mittelstand in Ihrem Landkreis aus?**

Wie vermutlich in ganz Deutschland ist die Wirtschaft und damit auch der Mittelstand im Landkreis Weilheim-Schongau durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen stark belastet, wobei es auch hier Gewinner und Verlierer gibt. So stellt sich

die Situation etwa im Handwerk sehr positiv dar, wo hingegen besonders der Einzelhandel und die Gastronomie schwer

\* Interview mit Andrea Jochner-Weiß, die seit 1.5.2014 Landrätin des Landkreises Weilheim-Schongau ist.

betroffen sind. Besonders diese Betriebe leiden an Auftrags- und Umsatzeinbußen, die auch durch die staatlichen Hilfen nicht kompensiert werden. Auch sind aktuell die langfristigen Auswirkungen noch nicht abschätzbar. So hoffe ich, dass es in unserem Landkreis nur wenige Unternehmen geben wird, die durch die Corona-Pandemie aufgeben müssen. Deshalb wäre für mich sehr wichtig, dass unsere Firmen und Betriebe bald eine klare Perspektive erhalten, damit möglichst alle Arbeitsplätze erhalten werden können. Unser Landkreis braucht den Mittelstand, um seine Wirtschaftsstärke behalten und in Zukunft weiter ausbauen zu können.

## Helfen die verschiedenen Hilfen von Bund und Ländern über das Größte hinweg?

Vordringliche Ziele der staatlichen Hilfen sind, laufende Belastungen betroffener Firmen und Betriebe möglichst gering zu halten und die Liquidität zu sichern, damit die Unternehmen handlungsfähig bleiben und die aktuelle Krise überstehen. Deshalb können die Hilfen tatsächlich nur über das Größte hinweghelfen. Leider hat sich aber gezeigt, dass aus unterschiedlichen Gründen nicht alle betroffenen Firmen Hilfen in Anspruch nehmen können bzw. konnten, was ich persönlich sehr bedauerlich finde. Auch dass sich die Auszahlung der Hilfen an die betroffenen Unternehmen oft sehr lange verzögert hat, belastet unsere Betriebe zusätzlich. Ich hoffe dennoch, dass die Hilfen ihre Wirkung erzielen und dazu

beitragen, dass unsere Unternehmen die Krise bewältigen können.



Landrätin Andrea Jochner-Weiß.

## Welchen Stellenwert nimmt derzeit das mobile Arbeiten in Ihrer Verwaltung ein? Während Bund und Länder großes Potenzial für Heimarbeit haben, ist die – bürgernähere – Kommunalverwaltung ja nicht durchweg dafür geeignet.

Im Landratsamt Weilheim-Schongau besteht bereits seit 2003 die Möglichkeit für Homeoffice. Seit Beginn wurden die technischen Voraussetzungen im Hinblick auf die steigende Zahl von mobil arbeitenden Beschäftigten stetig weiterentwickelt. Ak-

tuell nutzen ca. 200 Beschäftigte die Möglichkeit, mobil zu arbeiten. Oberstes Ziel ist es auch in der derzeitigen Krise, den Dienstbetrieb in unseren Amtsgebäuden aufrechtzuerhalten, um dort die gewohnt bürgernahen Dienstleistungen anbieten zu können.

## Wie weit sind Sie generell mit der Digitalisierung von Verwaltungsdiensten?

Wir beschäftigen uns schon seit langer Zeit mit der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen. Etwa die Hälfte unserer Organisationseinheiten im Landratsamt arbeitet bereits vollständig digital; in den übrigen Bereichen läuft die Einführung.

## Was sind die größten Hindernisse dabei?

Es gibt unterschiedliche Hürden und Hindernisse bei der Digitalisierung. So ist ein flächendeckendes Breitbandnetz nicht nur an den Standorten des Landratsamts, sondern bei allen Bürgern ein wesentlicher Faktor. Auch ist eine Veränderungsbereitschaft sowohl verwaltungsintern, aber auch bei der Bevölkerung notwendig, um weitere Fortschritte im Bereich der Digitalisierung umsetzen zu können. Denn meist verändern sich dabei Arbeitsabläufe und bekannte Prozesse. Hier bin ich aber sehr optimistisch, da die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass bei uns alle Beteiligten gemeinsam an guten Lösungen arbeiten. □

# Nachhaltiges Wirtschaften ist für mich Überzeugung\*

## Sie sind diplomierte Betriebswirtin, waren viele Jahre im Bayerischen Landtag und gehörten in den sechs Jahren vor Ihrer Wahl zur Landrätin dem Kreistag des Landkreises Regensburg an. Wie bringen Sie Ihre betriebswirtschaftliche Sichtweise in die Steuerung des Landkreises ein?

Grundsätzlich war ich von klein auf gewöhnt, praxisingerecht und vorausschauend zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Meine Banklehre, mein BWL-Studium und meine Tätigkeit in der Bank waren dafür natürlich auch eine gute Gelegenheit, um gut vernetzt denken zu lernen. Mein Blick für das große Ganze hilft mir, Projekte und Problemstellungen ganz systematisch anzugehen. Nachhaltiges Wirtschaften ist für mich kein Modebegriff, sondern Überzeugung.

## Seit vielen Jahren ist der Breitbandausbau eines der zentralen Themen für den Landkreis. Der Landkreis Regensburg plant ja hier, gemeinsam

## mit den Gemeinden am Breitbandmarkt zu agieren. Wie ist hier der Stand?



Landrätin Tanja Schweiger.

Der Breitbandausbau ist seit meinem Amtsantritt 2014 ein ganz zentrales Thema bei

uns im Landkreis Regensburg. Inzwischen haben wir die Schließung „weißer Flecken“, also die Versorgung mit mindestens 30 Mbit/s, im Landkreis Regensburg bereits mit einer Erfolgsquote von rund 99,5 % erreicht.

2020 gab es nochmals einen entscheidenden Meilenstein in Richtung flächendeckenden Glasfaserausbau. Der Landkreis erarbeitete mit der kommunalen Laber-Naab-Infrastruktur GmbH (LNI) ein Konzept für den Gigabitusbau in den kommenden Jahren. Ergebnis ist eine Infrastrukturgesellschaft, in der Gemeinden mit einem geringen Beitrag Gesellschafter werden können und damit ein „Rund-um-Paket“ für die Planung, Konzeptionierung und Umsetzung des Glasfaserausbaus in ihrer Gemeinde buchen können. Das Entscheidende dabei ist, Eigentümer des Glasfasernetzes bleiben die Gemeinden

\* Interview mit Tanja Schweiger, seit 1.5.2014 Landrätin des Landkreises Regensburg. Von 2008 bis 2014 gehörte sie als Abgeordnete dem Bayerischen Landtag an.

selbst, die somit für die Zukunft erhebliches Vermögen aufbauen können. Die Mehrheit unserer kreisangehörigen Gemeinden hat sich bereits angeschlossen. Insgesamt kooperieren hier bisher 47 Gemeinden aus den Landkreisen Regensburg und Neumarkt. Diese Konstellation ist in Bayern ein einmaliger Zusammenschluss mit Vorbildcharakter.

**Als strukturstarker Landkreis mit guten Zukunftsaussichten muss man viel tun, um am Ball zu bleiben. Bereits zum zehnten Mal organisierte die Wirtschaftsförderung des Landkreises gemeinsam mit der Hans-Lindner-Stiftung die Unternehmerschule für Existenzgründerinnen und -gründer sowie Start Ups. Welche Rolle spielt das Gründungsgeschehen in Ihrem Landkreis?**

Da der Landkreis Regensburg eng mit den Hochschulen (Universität Regensburg, OTH), aber auch mit Handwerkskammer und IHK vernetzt ist, bieten wir Existenzgründern, aber auch Firmennachfolgern umfassend die Möglichkeit, sich auf ihre kommenden Aufgaben vorzubereiten. Neben der individuellen Beratung durch unsere Wirtschaftsförderung gibt es seit vielen Jahren die Unternehmerschule, die wir in Zusammenarbeit mit der Hans-Lindner-Stiftung organisieren. Gute Ideen, Innovationsfreude und ein überzeugendes Geschäftskonzept sind die Basis unserer Wirtschaftskraft. Die Unternehmerschule schafft hier die Grundlage für einen erfolgreichen Start ins Unternehmertum – vom Businessplan und den Gründungsformalitäten über Buchführung und Marketing bis zu Versicherungen und Datenschutz. Es gehört eine große Portion Mut dazu, sich auch in einer schwierigen Zeit wie dieser für die Selbstständigkeit zu entscheiden. Dabei unterstützen wir gern.

**In der Pandemie müssen insbesondere die Kulturschaffenden leiden und um ihr finanzielles Auskommen fürchten. Gibt es hier Initiativen des Landkreises im Rahmen der Kulturförderung, um die Corona-Zeit gewissermaßen zu überbrücken und Angebote in der Fläche zu halten?**

Natürlich versucht auch der Landkreis Regensburg, seinen Kulturschaffenden in diesen schwierigen Zeiten zu helfen, auch wenn laut Gesetz in erster Linie die Gemeinden für alle Fragen der Kultur zuständig sind. So haben wir zum Beispiel unseren Kunst-Ankaufsetat erhöht. Damit wollen wir den regionalen bildenden Künstlern möglichst direkt helfen und gleichzeitig unsere Sammlung ausbauen, um sie mittelfristig als Artothek zu nutzen. Sie soll dann einer möglichst breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Außerdem sind Kunst und Kultur bei der von mir initiierten digitalen Plattform „Regional fit – Corona zum Trotz“ als eine von vier Säulen vertreten. Hier können Kulturschaffende aktuelle Tipps und Ideen aus dem Kulturbereich präsentieren und dabei vielleicht auch ganz neue Zielgruppen erreichen. Schließlich gibt es trotz aller Unwägbarkeiten auch aktuell wieder eine kulturelle Veranstaltungsreihe des Landkreises. Den Auftakt dazu machte im Mai ein vom Landkreis hybrid geplantes Kulturevent. Unter dem Titel „Kultur lebt!“ haben wir dazu rund zwanzig Künstler aus dem Landkreis eingeladen, sich und ihre Werke in der Kunstmühle Eichhofen zu präsentieren und auf diese Weise ein kulturelles Lebenszeichen zu geben.

**An welchen Stellen wünschen Sie sich bei der Eigenentwicklung des Landkreises Regensburg mehr Unterstützung aus München und Berlin?**

**Oder gibt es Punkte, die Sie eher als Einmischung betrachten und die deshalb künftig besser unterbleiben sollten?**

Der Landkreis Regensburg ist ein zukunftsstarker, urban geprägter Landkreis mit derzeit mehr als 194.000 Einwohnern, Tendenz steigend. Als Landkreis, der die kreisfreie Stadt Regensburg umgibt, haben wir die Situation, dass Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen usw. sich bevorzugt in der Stadt angesiedelt haben. Das landschaftlich reizvolle „Umland“ wird dagegen als Naherholungsbebereich oder idealer Wohnort wahrgenommen. Immer mehr hat sich in den letzten Jahren aber auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir im Landkreis attraktive Gewerbegebiete, eine ausgezeichnete Infrastruktur und sehr innovative Unternehmen haben. Hier wünsche ich mir, dass bei der Verlagerung von Behörden, bei der Vergabe von neuen Standorten der Hochschulen und sonstigen Förderungen auch die sog. Sandwich-Landkreise berücksichtigt werden, die bislang als Nachbarn der großen Zentren und der strukturschwachen Regionen durchs Raster fallen.

Ein Thema, das uns die nächsten Jahre ganz zentral beschäftigen wird, ist die Energiewende. Hier würde ich mir wünschen, dass uns Bund und Freistaat stärker dabei unterstützen, dezentrale Versorgungsstrukturen aufzubauen, Speichertechnologie zu fördern und Verteilnetze weiterzuentwickeln. Mehr Sensibilität, die Bereitschaft den Menschen vor Ort zuzuhören und alternative Ideen zuzulassen, wäre meines Erachtens auch bei der Umsetzung des Projekts Süd-Ost-Stromtrasse nötig. □

## Mit der „Fahrgastoffensive FOO“ einen Volltreffer gelandet\*

**Worauf blicken Sie während Ihrer bisherigen Amtszeit als Landrätin am liebsten zurück? Worauf sind Sie besonders stolz?**

Ich glaube, da kann ich gar nicht ein einzelnes Highlight nennen, denn es waren schlicht zu viele. Worauf ich aber immer sehr gern zurückblicke, sind die vielen persönlichen Begegnungen mit den Ostallgäuer Bürgern bei diversen Festen im Landkreis. Bei uns im Ostallgäu blüht das Ehrenamt. Leider waren diese Veranstaltungen wegen der Corona-Pandemie lange Zeit nicht möglich und ich muss sagen, dass ich sie sehr vermisst habe.

Drei Dinge, auf die ich besonders stolz bin, möchte ich hervorheben – auch, wenn es noch viele mehr gibt. Wir haben 2015 den Ostallgäuer Wirtschaftsbeirat mit zahlreichen hochrangigen Persönlichkeiten aus unserer Wirtschaft gegründet und mit diesem Beirat einen großen Wurf gelandet: die Zukunftsvision 2036. Diese sieht vor, dass das Ostallgäu bis zum Jahr 2036 eine der erfolgreichsten und attraktivsten ländlichen Wirtschaftsregionen in Deutschland wird. Und ich finde, dass wir diesbezüglich auf einem richtig guten Weg sind.

Was mich noch stolz macht, ist der Ausbau unserer Ostallgäuer Infrastruktur. Der vier-

spurige Ausbau unserer großen Bundesstraße 12 ist ein Meilenstein für Verkehrssicherheit und wirtschaftliche Attraktivität unserer Region.

Darüber hinaus haben wir in den vergangenen Jahren unsere Tourismusdestination Schlosspark für unsere Gäste aus der ganzen Welt und auch die Einheimischen weiterentwickelt. Schlosspark heißt sie übrigens, weil bei uns im Landkreis das weltberühmte Schloss Neuschwanstein steht. Und wenn ich noch ein ganz kleines

\* Interview mit Maria Rita Zinnecker, seit 2014 Landrätin des Landkreises Ostallgäu.

Lieblingsprojekt nennen darf: Wir haben mit unserem Artenvielfalts-Projekt „Wiese x 16“ rund 19.000 m<sup>2</sup> Blütenwiesen geschaffen – ein großer, erster Schritt zu noch mehr Biodiversität im Landkreis Ostallgäu.

## Derzeit werden strategische Themen von den Corona-Notwendigkeiten erstickt. Konnten Sie in den vergangenen Monaten dennoch Lösungen zu langfristigen Fragen wie Demografie, Zukunftsfähigkeit oder Wirtschaftsstruktur auf den Weg bringen?

Natürlich hat die Bekämpfung der Pandemie großflächig personelle Ressourcen unseres Amtes gebunden. Von 450 Beschäftigten waren zeitweise rund 150 voll und ganz mit der Bewältigung der Corona-Pandemie beschäftigt. Das hat, wie nicht anders zu vermuten, dafür gesorgt, dass einiges liegenbleiben musste. Das wurde zwar inzwischen nachgearbeitet, doch natürlich hat uns die Pandemie, wie viele andere auch, ein Stück weit zurückgeworfen. Dennoch haben wir vieles vorangebracht, vor allem auf struktureller Ebene. Die „Zukunftsvision 2036“ ist hierbei besonders wichtig, aber auch aktuelle Projekte wie unser Nahverkehrsplan, unsere Pflegebedarfsermittlung oder unsere Sozialraumanalyse liefern uns wichtige Erkenntnisse, wo wir in den kommenden Jahren tatkräftig ansetzen müssen. Ein ganz besonders bedeutsamer Punkt für mich ist die Digitalisierungskampagne an unseren elf kreiseigenen Schulen: Hier investieren wir insgesamt 5 Mrd. €.

## Worin liegen die spezifischen Ziele für Ihren Landkreis in den kommenden zehn Jahren?

Die großen, übergeordneten Ziele sind für mich Fortschritte in Sachen Infrastruktur und öffentlicher Personennahverkehr, Bildung, Klima- und Naturschutz sowie Tourismus und Wirtschaft – das gilt auch und explizit für unsere Landwirtschaft, die in den vergangenen Jahren arg gebeutelt wurde. Bei diesen Zielen haben wir schon viele wichtige Schritte gemacht: Den Ausbau unserer Straßeninfrastruktur habe ich schon genannt, aber auch beim Ausbau der Radwegeinfrastruktur – wir sind eine sehr beliebte und ausgezeichnete Radre-

gion – und der digitalen Infrastruktur gab es Fortschritte. Für uns als ländliche Region ist es eine besondere Herausforderung, den ÖPNV in unserem Flächenlandkreis mit seinen unzähligen Weilern und Ortschaften attraktiver zu machen. Wir haben sie trotzdem angenommen und mit unserer „Fahrgastoffensive FOO“ 2020 einen Volltreffer gelandet. Natürlich müssen weitere folgen, denn nur mit einem leistungsfähigen ÖPNV werden wir unsere Klimaziele erreichen. Die Klimaanpassung treiben wir mit einem eigenen, sehr gut durchdachten Konzept voran, das die Auswirkungen der Klimakrise in unserem Landkreis abmildern soll. Wirklich stolz bin ich darauf, dass unser Landratsamt seit 2020 klimaneutral ist.



Landrätin Maria Rita Zinnecker.

## Was tut der Landkreis mit Blick auf die Alterung der Bevölkerung?

Ich möchte drei Säulen unserer Aktivitäten nennen: Der Landkreis setzt sich erstens aktiv für die Entlastung, Beratung und Wertschätzung pflegender Angehöriger ein, indem er begleitet, vernetzt und durch niederschwellige Entlastungs- und Betreuungsangebote sowie ambulante und teilstationäre Pflege und Pflegeberatungs-

dienste unterstützt. Wir haben auch stationäre Angebote durch unsere drei kreiseigenen Senioren- und Pflegeheime.

Seit Juli 2021 betreiben wir zudem einen Pflegestützpunkt und haben damit eine kostenlose, umfassende und unabhängige Beratungsmöglichkeit zu allen Fragen rund um das Thema Pflege für jedermann geschaffen.

Zweitens unterstützen wir die Kommunen bei der Alters- und altersgerechten Entwicklung der Gemeinden, indem wir die mehr als 60 gemeindlichen Seniorenbeauftragten in den 45 Kommunen vernetzen, begleiten und beraten. Wir begleiten die Gemeinden außerdem konzeptionell und organisatorisch bei der Erstellung und Umsetzung von generationenfreundlichen Gemeindeentwicklungskonzepten.

Drittens setzt der Landkreis bereits seit 2012 erfolgreich sein selbst entwickeltes Demenzkonzept „Einfach dazugehören“ um. Wir haben u. a. die Errichtung von mittlerweile fünf Demenzhilfe-Kontaktstellen im ganzen Landkreis angestoßen, die sich nun mit unserer Unterstützung zu Kontaktstellen Demenz und Pflege weiterentwickeln sollen. Wir sorgen auch dafür, dass vielfältige demenzsensible Angebote in der Fläche vorhanden sind und stetig weiterentwickelt werden.

## Wie weit sind Sie bei der Digitalisierung der Verwaltung bislang vorangekommen?

Wir haben hier wichtige Projekte begonnen, allen voran unser Projekt „E-Akte“. Diese soll unser Landratsamt fast vollständig digitalisieren und den Papierverbrauch weitgehend reduzieren. Wir sind in diesem Prozess schon gut vorangekommen und die Testphasen in mehreren Sachgebieten unseres Amtes sind sehr vielversprechend verlaufen. Durch die Corona-Pandemie sind wir auch beim Thema Homeoffice sehr gut vorangekommen: Zeitweise mehr als einhundert Beschäftigte arbeiten im Homeoffice und auch hier sind die Erfahrungen wirklich gut. Das reduziert zum einen den Flächenverbrauch unserer wachsenden Verwaltung, zum anderen spart es viele Arbeitswege und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen. □

## Träume, wie eine Kommune aussehen könnte, in die Praxis umsetzen\*

### Frau Klein, Sie sind geboren und aufgewachsen in der ehemaligen DDR. Wie haben Sie die ersten freien Kommunalwahlen im Mai 1990 erlebt? Verbinden Sie damit eine bestimmte Geschichte?

Seit dem Ergebnis der Volkskammerwahl am 18.3.1990 war es entschieden, dass es die DDR nicht mehr geben wird. Trotzdem stand für mich und auch für viele andere die Frage im Raum, was bleibt? Und insofern waren die Kommunalwahlen im Mai 1990 der Versuch, die Vorstellungen, Ideen und

Träume, wie Kommune aussehen könnte, in die Praxis umzusetzen. Es war eine

\* Interview mit Dr. Angelika Klein, von 2014 bis 2021 Landrätin des Landkreises Mansfeld-Südharz. Von 2002 bis 2014 war sie Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt.

spannende Zeit gewesen, aber in die Kommunalpolitik bin ich noch nicht gegangen.

**2014 wurden Sie zur Landrätin des Landkreises Mansfeld-Südharz gewählt. Zuvor waren Sie viele Jahre Landtagsabgeordnete in Magdeburg und waren u. a. Vorsitzende des Finanzausschusses. Wie bewerten Sie in Kenntnis dieser zwei Seiten Ihres Wirkens die derzeitige kommunale Finanzsituation im Land Sachsen-Anhalt, auch vor dem Hintergrund coronabedingter Mehrausgaben und Steuerausfälle der Kommunen?**

Dieser Schritt kam erst 2004. Ich war Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt und dort Mitglied des Finanzausschusses. Die Situation der Gemeinden und Landkreise spielte in den Debatten immer eine Rolle. Die Mittel waren beschränkt und die Abwägung, stellt das Land mehr Lehrer (bei rückläufiger Einwohnerzahl) ein oder bekommen die Kommunen mehr Geld, war und ist schon schwierig. Ab 2009 verschob sich der Finanzausgleich eindeutig zugunsten des Landes. Die Auffassung, dass mit sinkender Einwohnerzahl auch die Aufgabenlast der Gemeinden und Landkreise sinkt, ist falsch. Die Aufgaben bleiben unabhängig von der Einwohnerzahl. Im Gegenteil: Es gibt mehr und wesentlich kompliziertere Aufgaben, die gerade Landkreise zu lösen haben. Ich denke da nur an die Regelungen zum Unterhaltsvorschuß oder zur Eingliederungshilfe. Zwar wurde in Sachsen-Anhalt das FAG 2016 um rund 200 Mio. € erhöht, aber dafür für fünf Jahre festgeschrieben. Gesetzliche Neuregelungen und Tarifsteigerungen sind für wirtschaftsschwache Landkreise kaum aufzufangen und auch für leistungsstarke eine echte Herausforderung. Angesichts coronabedingter Mehrausgaben und Steuerausfälle wird sich die finanzielle Situation der Kommunen weiter verschärfen und damit ausgeglichene Kommunalhaushalte immer schwieriger. Die kurzfristige Überziehung der Liquiditätskredite ist keine Lösung für die Kommunen. Das Land und der Bund müssen einen echten Schutzschirm für die Kommunen spannen, d. h. wir brauchen nicht rückzahlbare Zuschüsse für die laufende Verwaltung.

**In der Auseinandersetzung mit zwei Gemeinden zur Kreisumlage konnten Sie mithilfe finanzieller Unterstützung des Landes den Streitgegenstand aus der Welt schaffen. Wie ist die Stimmung zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden in dieser Frage? Wird es zu weiterer Konfrontation kommen?**



Landrätin a. D. Dr. Angelika Klein.  
Foto: Landkreis Mansfeld-Südharz

Wir haben die Auseinandersetzung um die Kreisumlage 2017 inzwischen gegen drei Städte verloren. Die Zulassung zur Berufung wurde vom OVG abgelehnt. Inzwischen ist das Geld an die Kommunen zwar gezahlt, aber die bisherige Hilfe des Landes hält sich in Grenzen. Zwar wurde geduldet, dass der Landkreis den Liquiditätskredit um 20 Mio. € überziehen kann und bei der Investitionsbank ein entsprechendes Darlehen aufnehmen konnte. Diese drei Kommunen klagten aber auch noch gegen die Festsetzung der Kreisumlage 2018, zwei Kommunen auch 2019, und diese zwei haben auch schon eine Klage für 2020 angedroht. Das ist eine schwierige Situation – auch für die anderen Kommunen des Landkreises, da der Landkreis ja für 2017 die entsprechenden Leistungen erbracht hatte und nun natürlich auch in den bislang nicht klagenden Gemeinden die Gemeinderäte inzwischen darauf drängen, ebenfalls zu klagen. Der Landkreis hat die Kreisumlage seit 2018 abgesenkt und hat damit einen wachsenden Anteil des kommunalen Defizits übernommen. Wir haben abgewogen und angehört, aber da wir nicht wissen, wie eine solche Abwägung auszusehen hat, weil es hierzu keine klaren gesetzlichen Regelungen gibt, können wir nur ausprobieren.

In den Zeiten der Corona-Pandemie haben der Landkreis und auch die Kommunen versucht, das Thema Kreisumlage zwar zu diskutieren, aber nicht in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Nur so ist es gelungen, die Probleme einigermaßen zu beherrschen. Wir fühlen uns vom Land allein gelassen, weil manches dringend auch gesetzlich geregelt werden müsste. Ich habe in den vergangenen Jahren immer wieder betont, wie wichtig der Zusammenhalt innerhalb der kommunalen Familie ist. Die Corona-Pandemie hat zwar gezeigt, dass es diesen Zusammenhalt zwischen den Gemeinden und dem Landkreis gibt, allerdings muss auch deutlich gesagt wer-

den, dass die Klagen gegen die Kreisumlage das Verhältnis ziemlich strapaziert haben. Der Streit ist noch nicht ausgestanden und die Aufstellung des Haushaltes 2021 ist eine fast nicht lösbare Aufgabe.

**Was sind die zentralen Entwicklungsthemen Ihres Landkreises? Gibt es eine Zukunftsstrategie?**

Neben den Finanzen gibt es natürlich eine Vielzahl von Themen, die den Landkreis und seine Bürger bewegt. So haben wir seit 2017 ein Kulturentwicklungskonzept „Kultur als Zukunftspotenzial – den Wandel gestalten“. Seit 2018 haben wir ein „Leitbild plus“ mit den Schwerpunkten Soziales, Gesundheit, Demografie, Bildung, Jugend, Wissensgesellschaft, Digitalisierung, Tourismus, Umwelt.

Gegenwärtig wird ein Masterplan Strukturwandel erarbeitet. Der Landkreis Mansfeld-Südharz gehört zum Kernrevier des Mitteldeutschen Braunkohlegebietes. Die Kohle, die bei Romonta abgebaut wird, dient der Montanwachsgewinnung, wird also stofflich verwertet. Und doch sind wir vom Strukturwandel betroffen. Gemeinsam mit den Unternehmen des Landkreises, den Bürgermeistern, dem Kreistag und in öffentlichen Workshops haben wir Vorstellungen erarbeitet, wohin sich der Landkreis bis 2038 entwickeln kann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. 1990 gab es mit der Schließung des Kupferbergbaus einen so gravierenden Strukturbruch, der nur langsam überwunden werden konnte. Deshalb sind wir schon jetzt dabei, mögliche Schwerpunkte für einen Strukturwandel zu formulieren, damit der Landkreis Mansfeld-Südharz diesen Wandel gut übersteht und lebens- und liebenswert für die Einwohner und deren Gäste bleibt.

**Die Kräfteverhältnisse im Kreistag sind relativ ausgeglichen, wenn man CDU, SPD, Linke und AfD betrachtet. Wie gehen Sie mit dieser Situation um?**

Der Kreis hat im Augenblick Aufgaben zu lösen, die alle Kreistagsmitglieder beschäftigen und die Mehrheit bringt sich auch aktiv in die Debatte ein. Ich versuche, schwierige Fragen im Vorfeld mit den Fraktionsvorsitzenden zu besprechen und dann natürlich die Ausschusssitzungen zur Klärung von Problemen zu nutzen. Und da es in erster Linie um die Klärung von Sachfragen in der Kreispolitik geht, gelingt es mir doch, Mehrheiten zu finden. □

# „Die Zukunft ist l@ndlich!“\*

**Frau Klinkert-Kittel, Sie bekleiden seit 2016 das Amt der Landrätin und stellen sich zur Wiederwahl. Was wollen Sie in der nächsten Wahlzeit erreichen?**

Was mir auf der Seele brennt, ist die Situation von Frauen und Kindern, die häusliche Gewalt erfahren. Wir können hier im Landkreis Northeim aktuell keinen geeigneten Zufluchtsort anbieten. Deshalb steht auch die Errichtung eines Frauenhauses zur Unterbringung von Frauen und Kindern in einem geschützten Raum auf meiner To-do-Liste für die nächste Zeit ganz oben.

Familien attraktive Umfeldbedingungen anbieten, um sie so für den Landkreis Northeim zu gewinnen, darauf lege ich auch weiterhin einen besonderen Fokus. Wie mir häufig berichtet wird, geht es jungen Familien bei der Wohnortsuche neben finanziellen Aspekten insbesondere auch um eine gute Breitbandversorgung. Schnelles Internet bzw. langsames Internet ist für viele ein K.-o.-Kriterium, sich im ländlichen Raum anzusiedeln. Mobiles Arbeiten ermöglicht häufig eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch für Homeschooling ist eine gute Breitbandanbindung unerlässlich. Ein flächendeckender Breitbandausbau mit Glasfaser bis ins Haus wird weiterhin auf meiner Agenda ganz oben stehen. Aber auch die Digitalisierung der Verwaltung werde ich mit Nachdruck weiter vorantreiben. Wir haben dort gegenüber anderen Branchen einen enormen Nachholbedarf. Denn natürlich gibt es viele Abläufe und Antragsverfahren, die online denkbar sind, diese werden wir auch, wenn noch nicht geschehen, anfassen.

Für eine moderne Schullandschaft werde ich mich weiterhin für die Bereitstellung auskömmlicher Haushaltsmittel einsetzen. Für die Kitas, die teilweise in die Jahre gekommen sind, möchte ich ein eigenes Förderprogramm des Landkreises Northeim auf den Weg bringen, um die Sanierung oder Modernisierung bestehender Kita-Gruppen zu unterstützen, aber auch die Randzeiten- und Ferienbetreuung zu ermöglichen oder auszubauen. Die Erfahrungen aus einem Modellprojekt in der Kreisverwaltung haben gezeigt, dass eine Ferienbetreuung für Eltern eine große Entlastung darstellt und gern in Anspruch genommen wird.

Wir müssen aber in den nächsten Jahren stärker daran arbeiten, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Das bedeutet für mich insbesondere, die Schonung von Ressourcen, die Vermeidung von Müll und die Reduktion von CO<sub>2</sub>. Bis zum Jahr 2030 will ich den Landkreis Northeim weiter klimafreundlich

ausrichten. Hierzu gehört für mich der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf kreis-eigenen Gebäuden, das Heizen mit Erdwärme und der Einsatz von elektrischen oder wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen im eigenen Fuhrpark. Beim Ausbau von Kreisstraßen strebe ich an, zeitgleich auch den Bau eines Radweges vorzusehen, denn alternative Mobilitätsformen werden zukünftig noch stärker nachgefragt werden.



Landrätin Astrid Klinkert-Kittel.

**Zu Ihren Erfolgen der letzten Jahre zählen Sie selbst u. a. die Bewältigung des Flüchtlingsstroms durch dezentrale Unterbringung und viel ehrenamtliches Engagement. Welche Rolle spielen ehrenamtliche Strukturen in ihrem Landkreis?**

Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sind ein großer Gewinn für jede Region. Insbesondere in unserem ländlich geprägten Landkreis sind die ehrenamtlichen Strukturen sehr ausgeprägt und eine enorme Stütze der Gesellschaft. Ohne ehrenamtliches Engagement könnten viele Angebote nicht vorgehalten werden und spontane Unterstützungsaktionen, wie z. B. die Einkaufshilfen während der Corona-Pandemie durch den örtlichen Sportverein, würden möglicherweise erst gar nicht entstehen. Ich freue mich, dass der Landkreis Northeim ehrenamtlich Engagierte regelmäßig mit der Silbernen Ehrennadel auszeichnen kann und sehe dies auch als äußeres Zeichen der Wertschätzung des Ehrenamtes.

**Der Landkreis Northeim hat einen Platz in der Mitte. Das gilt nicht nur geografisch innerhalb Deutschlands, sondern auch bei der Beurteilung der Zukunftsfähigkeit der 401 bundesdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte durch das Prognos-Institut im Jahre 2019. Bestätigen Sie diese Plat-**

**zierung in ihrer Einschätzung der Chancen und Risiken?**

Als positiv eingestellter Mensch motiviert mich diese Bewertung, künftig besser abschneiden zu wollen. So haben wir uns in den vergangenen Jahren bei der Bewertung vom Prognos-Institut auch langsam vorangearbeitet. Ich bin fest davon überzeugt: „Die Zukunft ist l@ndlich!“ Gerade in den vergangenen Monaten haben wir gemerkt, wie wertvoll der ländliche Raum mit seinen Wiesen und Wäldern und den daraus resultierenden Möglichkeiten für eine aktive Freizeitgestaltung außerhalb von Menschenansammlungen ist. Unser ländlicher Raum ist ein wunderbarer Ort, um Kinder in einem naturnahen und erlebbaren Umfeld großzuziehen. Bezahlbarer Wohnraum, eine gute Krippen- und Kitaversorgung, flächendeckende differenzierte Schulangebote, aber auch die Möglichkeit für Kinder, Feld, Wald und Wiesen bewusst zu erleben und ein breit gefächertes Sport- und Freizeitangebot – oft durch Ehrenamt im Verein möglich – machen unseren Landkreis aus.

**Worin bestehen die größten Herausforderungen in ihrem Landkreis?**

Wir müssen einen guten Ausgleich schaffen zwischen den Bedürfnissen der älteren Bürger, von denen wir zunehmend mehr haben, und den zwingend notwendigen Voraussetzungen, um jungen Familien ein attraktives Lebensumfeld anbieten zu können. Wir brauchen moderne und zeitgemäße Wohn- und Freizeitangebote sowie eine verlässliche ärztliche Versorgung für unsere Senioren und gleichzeitig schnelles Internet und eine hohe Krippen- und Kitaversorgungsquote mit flexiblen Nutzungszeiten für Eltern und ihre Kinder. Für unsere Orts- und Stadtkerne müssen Lösungen her, die diese wertvollen Quartiere attraktiv erhalten. Für eine nachhaltige Lösung braucht es Konzepte, die dauerhaft finanzierbar sind und den veränderten Bedürfnissen von Jung und Alt entsprechen.

**Was erwarten Sie von der Landes- und Bundespolitik, um ihre Arbeit zu unterstützen?**

Weniger Vorgaben, mehr Handlungsspielraum!

Die Landkreise sind neben den Städten und Gemeinden diejenigen, die direkt vor Ort das Leben der Bürger gestalten und verbessern können. Was in einem Landkreis als Unterstützung sinnhaft ist, muss es noch lange nicht in einem anderen sein.

\* Interview mit Astrid Klinkert-Kittel, seit 2016 Landrätin des Landkreises Northeim.

Das heißt, wir vor Ort setzen Mittel dort ein, wo sie dringend benötigt werden. Was wir brauchen ist, dass wir vor Ort unsere Probleme stärker selber angehen können, indem mehr Geld zur autonomen Verwendung auf der lokalen Ebene zur Verfügung gestellt wird. Ob es sich hierbei um ein neues Schulgebäude handelt oder den

dringend nötigen Breitbandausbau. Außerdem benötigen wir vor Ort mehr Handlungsspielraum bei der Verwendung von Landes- und Bundesmitteln und weniger restriktive Vorgaben, die von vorherigen sinnhafte pragmatische Lösungen ausschließen, da diese möglicherweise fördermittelschädlich sein könnten.

Darüber hinaus erwarte ich ein Auge für die Bedürfnisse des ländlichen Raumes und konkrete Unterstützung beim Breitbandausbau, bei der ärztlichen Versorgung und beim ÖPNV. □

## Es zählt der Mensch und dessen Wille und Können, um sich für politische Ämter zu qualifizieren\*

**Frau Dickes, zu Beginn Ihrer Amtszeit im Herbst 2017 erklärten Sie die Wirtschaftsförderung zur zentralen Aufgabe, der Sie sich widmen wollen. Haben Sie in den zweieinhalb Jahren seitdem Ihre Zwischenziele erreichen können?**

Ja! Die Wirtschaftsförderung im Landkreis Bad Kreuznach wurde personell signifikant verstärkt, sodass zukunftsorientiert fünf zusätzliche Projektfelder erschlossen werden konnten. Hierzu zählen die Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters, die Entwicklung einer Fachkräftestrategie, die zukünftige Ausrichtung der Mobilität im Landkreis (Verkehrswende), die Digitalisierung (Breitbandversorgung) und der Tourismus aus Sicht der Investoren.

Das Gewerbeflächenkataster, welches Unternehmen auf der Suche nach Grundstücksflächen verfügbare Areale auf einen Blick ermöglicht, steht kurz vor der Fertigstellung. Auf diesem Wege wird es hoffentlich gelingen, expansionswillige Unternehmen in der Region zu halten und zugleich Unternehmen in die Region zu ziehen.

Darüber hinaus ist die strukturierte Beratung von Unternehmen (Ansiedlungsstrategie, Fördermittelakquise etc.) ein wichtiger neuer Bestandteil im Portfolio der Wirtschaftsförderung.

Auch die kommunale Entwicklungsberatung wurde deutlich ausgebaut. Hier werden durch die zusätzlichen Kräfte der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vorhaben von Gemeinden intensiv begleitet und vorangetrieben. Dabei steht unter anderem das Zusammenbringen verschiedener Interessengruppen zur Umsetzung von Projektideen im Fokus.

**Wie stellt sie die wirtschaftliche Situation derzeit in Ihrem Landkreis dar?**

Die wirtschaftliche Situation im Landkreis ist regional sehr unterschiedlich. Gerade im Osten des Landkreises sind wirtschaftlich starke Gemeinden zu finden. Dies hängt zum einen an der Stadt Bad Kreuznach, deren Speckgürtel sehr durch die Nähe zu Bad Kreuznach profitiert, zum anderen

aber auch durch die generelle Nähe zum Rhein-Main-Gebiet. Wir merken in diesen Bereichen, dass sie inzwischen zu den Ausläufern des Rhein-Main-Gebietes zählen. Der große Siedlungsdruck in den Wohngemeinden, aber auch prosperierende Gewerbestandorte zeugen sehr deutlich davon. Hierbei spielt natürlich auch die Nähe zur Autobahn A 61 eine große Rolle.



Landrätin Bettina Dickes.

Im westlichen Teil des Landkreises hingegen ist spürbar, dass dieser abseits der wichtigen Verkehrsadern und dem Rhein-Main-Gebiet liegt. Dementsprechend weniger ausgeprägt ist hier auch die Wirtschaftskraft. Zudem haben einige Gemeinden mit Bevölkerungsrückgängen und dem Wegzug von Unternehmen zu kämpfen. Mit verschiedenen Maßnahmen, wie etwa dem Breitbandausbau, soll eine langfristige Stärkung dieses Raums erreicht werden. Ein weiterer wichtiger Bestandteil dieser Strategie liegt in der Bestandssicherung, also im Halten von Unternehmen in ihren Sitzgemeinden.

**Sie räumen der Kommunikation mit Bürgern einen hohen Stellenwert ein. Wie organisieren Sie das als Landkreis?**

Schon in meiner Zeit als Landtagsabgeordnete waren meine Marktplatzsprechstunden innerhalb meines Wahlkreises fester Bestandteil meiner politischen Arbeit. Diese offenen Sprechstunden habe ich seit der Amtsübernahme natürlich fortgesetzt und in den gesamten Landkreis übertragen. Die Sprechstunden finden in regelmäßigen Abständen auf den Wochenmärkten in Bad Kreuznach, Bad Sobernheim, Kirn, Meisenheim und Stromberg statt.

Neben diesem bereits bewährten Konzept finden seit einigen Monaten gezielte Ortsbegehungen statt. Neben der Besichtigung von Projekten oder Brennpunkten in den jeweiligen Gemeinden steht auch hier der Dialog mit Verantwortlichen aus den Gemeinden, aber natürlich auch mit den Bürgern im Fokus der Termine.

Darüber hinaus finden auch außerhalb offizieller Außentermine immer wieder Gespräche mit Bürgern statt. Mir war es immer ein großes Anliegen, das Amt der Landrätin nicht aus einer „Glaskuppel“ heraus auszuüben, sondern für alle erreichbar zu sein – und zwar digital sowie im direkten Gespräch.

**Gibt es auch unterstützende hauptamtliche Strukturen?**

Mit der Amtsübernahme habe ich in der Kreisverwaltung einen Bürgerbeauftragten eingesetzt, der ebenfalls Anliegen der Bürger entgegennimmt, für diese ansprechbar ist und Antworten auf deren Fragen liefert.

**Aus Ihrem Landkreis kommt auch Julia Klöckner, die derzeit Bundeslandwirtschaftsministerin ist und viele Jahre im Kreistag Bad Kreuznach gewirkt hat. Sie beide wurden bei der letzten Kommunalwahl sogar als „die CDU-Zugpferde“ bezeichnet. Wie schätzen Sie die Bedingungen dafür ein, in Rheinland-Pfalz als Frau eine politische Laufbahn einzuschlagen?**

\* Interview mit Bettina Dickes, seit 2017 Landrätin des Landkreises Bad-Kreuznach. Von 2006 bis 2016 war sie Abgeordnete des Landtags Rheinland-Pfalz.

Ich empfinde es als eine große Errungenschaft vergangener Frauengenerationen, dass das Geschlecht bei der Frage von politischem Erfolg eigentlich keine Rolle mehr spielt. Es zählt der Mensch und dessen Wille und Können, um sich für politische Ämter zu qualifizieren. Der Politikstil ist dabei natürlich von Person zu Person unterschiedlich und teilweise agieren

Frauen in manchen Situationen auch anders als männliche Kollegen.

Die Chance, als Frau ein politisches Amt übernehmen zu können, erachte ich als gleichwertig im Vergleich zu Männern. Eine Quote braucht es nach meiner Ansicht hier nicht. Ich halte diese sogar für kontraproduktiv. Es muss beim Vorschlag der Kan-

didaten auf allen politischen Ebenen auf den Menschen und dessen Einsatzwille, sich engagieren zu wollen oder zu können, ankommen und nicht darauf, eine Quote erfüllt zu haben. Was ich mir aber in der Zukunft wünsche: Mehr Frauen, die ein Amt übernehmen wollen. Denn da gibt es immer noch zu wenige. □

## Zwischen Erfahrungswissen und neuen Wegen\*

**Sie haben das Amt im Jahre 2017 von Hans Jörg Duppré übernommen, der 38 Jahre lang Landrat war, darunter zwölf Jahre als DLT-Präsident. Sie sind also in ziemlich große Fußstapfen getreten. Wie sind Sie damit umgegangen?**

Ja, auf die großen Fußstapfen wurde ich schon öfter angesprochen. Für mich war von Anfang an wichtig, dass ich meine Amtszeit mit eigenen Fußstapfen prägen möchte. Und dazu gehört für mich zum einen, die Wege und Fußabdrücke des Vorgängers zu verstehen und dann die Frage zu stellen: Will ich die eingeschlagene Richtung fortsetzen oder den Kurs verändern? Auch nach drei Jahren Amtszeit vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht mit neuen Fragestellungen konfrontiert werde. Und gerade für die letzten Monate der Corona-Pandemie kann ich festhalten: Hier galt es, in kürzester Zeit regionale Maßnahmen und Entscheidungen zu treffen, ohne auf ein Erfahrungswissen einzelner Personen oder einer Kreisverwaltung zurückgreifen zu können.

**Welche Akzente konnten Sie in Ihrer bisherigen Amtszeit setzen?**

Für mich gibt es eine zentrale Fragestellung: Wie kann es gelingen, unseren Landkreis Südwestpfalz, der nur noch rund 96.000 Einwohner zählt und vom demografischen Wandel besonders betroffen ist, der an der Grenze zu Frankreich und dem Saarland stark ländlich geprägt ist, der über die größte Waldfläche im Naturpark und Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen verfügt und gleichzeitig das größte Designer-Outlet Deutschlands in einem Zweckverband mit der Stadt Zweibrücken ermöglicht hat, wie kann dieser Landkreis sich positiv in die Zukunft entwickeln?

In meiner bisherigen Amtszeit habe ich dazu zwei zentrale Akzente gesetzt: Der erste ist nach außen gerichtet; ich habe die Zusammenarbeit mit den beiden deutschlandweit kleinsten kreisfreien Städten ausgebaut, bspw. mit einer gemeinsamen Gewerbezweckverbandanalyse, eines ersten gemeinsamen Schulentwicklungsplanes und einer engeren interkommunalen Zusammenarbeit in ganz unterschiedlichen Aufgabenfeldern

der Verwaltung. Der zweite Akzent ist nach innen gerichtet: die Vorbereitung eines Kreisentwicklungskonzeptes. Hier haben wir uns erfolgreich um eine Sonderförderung des Landes Rheinland-Pfalz beworben und starten direkt 2021!

**Zuvor waren Sie sechs Jahre lang Landtagsabgeordnete. Wofür setzen Sie sich in nun anderer Rolle besonders gegenüber dem Land ein? Bei welchen Fragestellungen sind Sie besonders hartnäckig?**



Landrätin Dr. Susanne Ganster.

Auch in unserem Landkreis Südwestpfalz steht das Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ganz oben auf der Agenda. In meiner Funktion als Landrätin haben dabei die Fragen der Infrastruktur eine besondere Bedeutung: Im Bereich Breitbandausbau gehören wir in Rheinland-Pfalz zu einem der bereits flächendeckend am besten versorgten Landkreise. Das hat schon mein Vorgänger frühzeitig auf den Weg gebracht. Nun sollen auch die letzten weißen Flecken für ein Volumen von fast 40 Mio. € Investitionen verschwinden, dazu erhielten wir gerade den Förderbescheid des Bundes über rund 19 Mio. €!

Besonders hartnäckig gegenüber der Landesregierung bin ich parteiübergreifend

beim Thema vierspuriger Ausbau der Bundesstraße 10. Hier ist es unbefriedigend, dass der Bund Mittel bereitgestellt hat, die notwendigen Abstimmungen und Planungen durch das Land aber einfach sehr lange dauern. Jeder Zeitverzug erschwert jedoch den vielen Pendlern den täglichen Weg zur Arbeit. Die Unternehmen und die Bürger des Landkreises sind aber auf diese wichtige Verkehrsachse zwingend angewiesen.

Auch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen wird für uns als Wirtschaftsstandort das entscheidende Kriterium der nächsten Jahre sein. Das Saarland in unmittelbarer Nachbarschaft hat hier völlig andere Förderinstrumente als Rheinland-Pfalz. Deshalb bin ich hier immer wieder in Gesprächen mit unserem Wirtschaftsministerium, denn ohne entsprechende Förderung können unsere zumeist verschuldeten Kommunen keine Entwicklung von Gewerbeflächen vorantreiben. Hier werbe ich immer wieder beim Land um Unterstützung.

**Sie haben Theologie und Germanistik studiert und haben Ihre Doktorarbeit im Kirchenrecht geschrieben. Welche Parallelen gibt es zu Ihrer Arbeit als Landrätin?**

Als Landrätin muss man sich in kürzester Zeit einen Überblick über ein Thema verschaffen können, man muss mit den richtigen Fragestellungen das Problem erfassen, mögliche versteckte Risiken ermitteln und rechtssicher klären können. Es geht abseits der Themen auch um die Fähigkeit als Dienstvorgesetzte besonnen aber klar gegenüber einer Vielzahl von Beschäftigten zu agieren und außerhalb der Verwaltung im direkten Kontakt mit den Bürgern und in Gremiensitzungen als Landrätin authentisch Mensch zu bleiben. Mir persönlich hilft dabei ein klares Wertegerüst und mein persönlicher Anspruch, selbst auch permanent mit den Rechtsquellen zu arbeiten. Durch mein Studium und meine Berufserfahrung habe ich hier eine gute Grundlage. In der Politik bleibt jedoch oft – wie im

\* Interview mit Dr. Susanne Ganster, seit 2017 Landrätin des Landkreises Südwestpfalz und von 2011 bis 2017 Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz.

Kirchenrecht auch – am Ende des Tages die Schwierigkeit, in sich logische rechtliche Begrenzungen in ihrer praktischen Anwendung dem Bürger zu vermitteln. Auch das ist eine tägliche Herausforderung.

## Welche Schwerpunkte setzen Sie in den weiteren fünf Jahren ihrer Amtszeit? Wo wollen Sie besonders viel Energie hineinstecken?

Ein absoluter Schwerpunkt wird das ab 2021 zu erstellende Kreisentwicklungskonzept sein. Ich habe den Anspruch, alle

84 Ortsgemeinden und sieben Verbandsgemeinden mit ihren Bürgern zu beteiligen. Dieses Projekt werde ich als Landrätin persönlich begleiten.

Es geht um Perspektiven für jede einzelne Ortsgemeinde und für den ganzen Landkreis. Dabei werden alle wesentlichen Themen der Bürger vor Ort beleuchtet, eine Bestandsaufnahme durchgeführt und konkrete Maßnahmen erarbeitet. Kitas, Schulen, Mobilität, ärztliche Versorgung, Leben im Alter, Dorfentwicklung, Nachhaltigkeit

und Klimaschutz, das alles sind für mich die Zukunftsthemen der Kreisentwicklung, die auf drei bis fünf Jahre als Projekt angelegt ist und dann möglichst verstetigt werden soll.

Mit diesem Projekt der Kreisentwicklung will ich mit den Bürgern das Potenzial der hohen Lebensqualität inmitten einer herrlichen Naturlandschaft ausbauen, das Leben in den Dörfern lebendig halten und attraktiver machen. □

## Rechtzeitig reagieren und Strukturen etablieren, die uns gut leben lassen\*

### Frau Schäfer, welche Zwischenbilanz ziehen Sie aus Ihrer bisherigen Zeit als Landrätin?

Als ich mein Amt vor knapp vier Jahren antrat, wusste ich sehr genau, was auf mich zukam, da ich bereits zuvor ehrenamtlich als Beigeordnete Aufgaben und Strukturen der Kreisverwaltung kennengelernt hatte. Durch seine Lage im Rhein-Main-Gebiet steht der Landkreis Mainz-Bingen in fast allen Bereichen vor immer größeren Herausforderungen mit stetig steigenden Fallzahlen und neuen gesetzlichen Vorgaben. Damit steigen auch die Anforderungen an das Personalmanagement: Zurzeit beschäftigt der Landkreis rd. 1.300 Mitarbeiter. Unser Personal zu halten, bleibt mein Ziel. Unsere Konkurrenz sind die kreisfreien Städte und die Landesregierungen im Umfeld. Sie dürfen höhere Eingruppierungen vornehmen als die Landkreise. Dieses Problem kennen auch die Kollegen in Rheinland-Pfalz. Nur gemeinsam werden wir mit dem Land eine gute Lösung finden.

Bildung und Kultur gehören für mich ebenfalls zu den Themen einer Verwaltung, allerdings sind sie rein rechtlich gesehen sog. „freiwillige Leistungen“. Im Vorstand der Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement arbeite ich daher mit daran, dass sich das ändert.

Welche weiteren wichtigen Themen standen in den vergangenen Jahren besonders auf der Agenda? Die weiter positive Finanzsituation, passende Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien sowie Menschen mit Integrationsbedarf, die Umsetzung des neuen Kindertagesstättengesetzes, Schulentwicklungsplanung, Umwelt- und Klimaschutz, die uns vorgegebenen Abschiebungen von asylsuchenden Menschen oder das prosperierende Thema Bauen. Bei 20 Schulen in unserer Trägerschaft (Förderschulen, Realschulen plus, Gymnasien und zwei Berufsbildende

Schulen) ist steter Baubedarf: beispielsweise aktuell an den beiden Berufsbildenden Schulen (Neu- bzw. Umbau) oder der Bau neuer Sporthallen, Pausenhöfe und dann noch der Neubau eines zusätzlichen Kreishauses.



Landrätin Dorothea Schäfer.

Nicht vorstellbar war für mich, dass ich kurze Zeit nach neu erstellter Stabsdienstordnung diese auch schon in der Realität umsetzen musste! Die Corona-Krise machte dies notwendig. Der Schutz der Mitarbeiter und der Besucher unserer Verwaltung musste mit klugen Konzepten gewährleistet werden. So wurden u. a. Klarsichtschutze für alle Mitarbeiter aufgebaut, Laptops für die Arbeit im Homeoffice und I-Pads für Schüler erworben. Nicht zuletzt haben uns auch die regelmäßigen Stabsitzungen gut über die Krise gebracht.

So bleibt mir dann doch noch einiges, das ich zwar gerne schon jetzt umgesetzt hätte, das aber coronabedingt einfach zu kurz

kam. Umso mehr freue ich mich auf die zweite Hälfte meiner Amtszeit.

### Worin liegen die Schwerpunkte Ihrer Arbeit für den Landkreis Mainz-Bingen?

Für den Landkreis Mainz-Bingen gibt es weitere Zukunftsthemen, die ich in meiner Amtszeit weiter forcieren und voranbringen möchte.

Ein aktuelles Projekt ist die Kommunalisierung des ÖPNV. 2022 startet das ÖPNV-Konzept für den Bereich Rheinhessen-Nahe – hier möchten wir ansetzen und den Bürgern in der Region mehr Mobilität und mehr Unabhängigkeit bieten. Getragen wird die Kommunalisierung von den Landkreisen Bad Kreuznach und Mainz-Bingen sowie der Stadt Bad Kreuznach. Gemeinsam wurde der „Kommunalverkehr Rhein-Nahe“ gegründet. Im Juli wurde der Vertrag notariell beurkundet. Die Vorteile liegen auf der Hand: mehr Linien, eine bessere Taktung. Zudem soll der Umstieg auf Bus und Bahn erleichtert werden. Tarifföhne für die Fahrer sowie ein klimaschonender Auf- und Ausbau des Fuhrparks sind weitere Argumente für die Kommunalisierung.

Ein weiteres Großprojekt ist die Digitalisierung im Landkreis. Im Februar 2020 erfolgte mit dem Spatenstich zum Breitbandausbau der erste Schritt in Richtung Gigabit-Gesellschaft. So arbeiten drei große Telekommunikationsunternehmen im Auftrag der Kreisverwaltung am Breitbandausbau in den ländlichen Gebieten des Landkreises, um die letzten weißen Flecken, also unterversorgte Gebiete, schneller und besser anzubinden. Gerade im Zeitalter des mobilen Arbeitens und Homeoffice sind schnelle Verbindungen unerlässlich. Im Bereich Digitalisierung sind noch weitere Projekte in der Pipeline: 500.000 € hat der

\* Interview mit Dorothea Schäfer, die seit 2017 Landrätin des Landkreises Mainz-Bingen ist.

Kreis im letzten Jahr allein für die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte in der Kreisverwaltung investiert. In die Anschaffung von mehr als 12.000 Tablets für alle Schulen, die in der Verantwortung des Landkreises stehen, flossen zunächst 8 Mio. €. Die Einführung der elektronischen Akte steht hier genauso auf der Agenda wie die Digitalisierung der Bürgerinformationen. Die weitere Planung für die nächsten Jahre beinhaltet zum einen die flächendeckende Einführung der E-Akte, zum anderen die Umsetzung, Einführung und Bereitstellung der Verwaltungsleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG). Diese Bereitstellung der Dienstleistungen ermöglicht es den Bürgern, ausschließlich digital mit der Verwaltung zu kommunizieren und sich damit Behördengänge zu ersparen.

Ein Schwerpunkt ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Der Landkreis liegt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes und gehört zu den wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands. Die Nachfrage nach Wohnraum explodiert. Gerade für Familien und Geringverdiener gestaltet sich die Suche immer schwieriger. Hier möchten wir als Landkreis Abhilfe schaffen und haben deshalb kürzlich die Kreiswohnungsbaugesellschaft (KWG) gegründet. In Zusammenarbeit mit den Kommunen sollen Projekte für bezahlbaren Wohnraum entwickelt werden. Dazu werden für jedes Projekt vor Ort eigene kleine Gesellschaften gemeinsam mit den Gemeinden gegründet, die hierbei die Grundstücke einbringen. Weil kein Grundstückskauf notwendig ist, können die Quadratmeterpreise am Ende unter den derzeit sehr hohen Marktpreisen gehalten werden.

**Ihr Landkreis ist sehr wirtschafts-stark. Wie hat der Branchenmix die bisherige Zeit der Pandemie weggesteckt?**

Die Wirtschaft im Landkreis Mainz-Bingen hat bis jetzt die Pandemie überdurchschnittlich gut bewältigt.

Davon ausnehmen muss man natürlich die Branchen, welche auf Grundlage der Corona-Bekämpfungsverordnung schließen mussten. Soloselbstständige in den körpernahen Dienstleistungen, Gastronome und Schausteller, aber auch Kulturschaffende hat die Pandemie sehr hart getroffen. Seit Beginn der Corona-Krise konnte der Betrieb entweder gar nicht oder nur unter strengen Auflagen und Einschränkungen stattfinden.

Das Handwerk hatte während der Pandemie weiterhin zu einem großen Teil volle Auftragsbücher. Probleme bzw. Kurzarbeit gibt es hier weniger aufgrund der Pandemie als vielmehr aufgrund der Materialkrise und gestiegener Rohstoffpreise.

Profitieren konnten neben dem medizintechnischen Bereich die Logistiker. Auch mit Blick auf die Ausbildungsverträge im Jahr 2020 lässt sich ein positives Fazit ziehen: Nur wenige Ausbildungsstellen sind offengeblieben.

Eine Verschiebung gab es bei den Start-Ups. In der Krise haben sich viele Menschen ein zweites Standbein aufgebaut und Kleingewerbe, vor allem im handwerklichen Bereich, aufgebaut.

Dennoch ist im Verlauf der Krise die Zahl der Arbeitslosen gestiegen.

**Sie haben sich insbesondere einem guten Miteinander der Generationen verschrieben. Worin liegen die diesbezüglich größten Herausforderungen in Ihrem Landkreis?**

Der demografische Wandel macht auch vor dem Landkreis Mainz-Bingen nicht halt. Auch wir werden immer älter. Auf diese Herausforderung gilt es rechtzeitig zu reagieren und Strukturen zu etablieren,

die uns gut leben lassen. Handlungsfelder gibt es viele:

- Zum einen müssen wir die Attraktivität für Familien erhöhen, sich im Landkreis anzusiedeln. Ein wichtiger Faktor ist hierbei das Vorantreiben der Digitalisierung, sodass die Menschen auch in den ländlichen Gebieten des Kreises gut von zu Hause arbeiten können.
- Zudem muss bezahlbarer Wohnraum für Jung und Alt geschaffen werden. Hier sind auch barrierefreie Angebote gefragt. Dies wollen wir gerade mit unserer Kreiswohnungsbaugesellschaft unterstützen. In Zusammenarbeit mit den Kommunen können so Grundstücke vorgehalten werden.
- Auch in Sachen Infrastruktur bzw. öffentlicher Personennahverkehr gibt es noch Handlungsbedarf. Neben bezahlbaren Ticketpreisen und guter Taktung spielt auch der barrierefreie Ausbau von Bahnhöfen und Bushaltestellen eine Rolle. Hier sind wir als Landkreis schon auf einem guten Weg.

**Welche Unterstützung fordern Sie in dieser Hinsicht von der Landes- und der Bundespolitik ein?**

Für uns im Landkreis ist eine bessere Gesundheitsversorgung dringend notwendig. So müssen seit Jahren in mehreren Bereichen zu weite Strecken in Kauf genommen werden, um eine ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind die Ansiedlung gerne auch jüngerer Ärzte in unserem Raum wie auch der Erhalt der ärztlichen Notfallversorgung dringend notwendig, auch um der Reduzierung von Krankenhäusern entgegenzuwirken. □

## Den Landkreis attraktiv gestalten, damit junge Menschen nicht abwandern müssen\*

**Sie können auf jahrzehntelange Erfahrung in der Kommunalpolitik zurückblicken. 1978 zogen Sie erstmals in den Kreistag des Landkreises Regen ein, 1982 in den Bezirkstag von Niederbayern. 1990 wurden Sie zur Bürgermeisterin gewählt und schließlich 2017 zur Landrätin. Welche dieser beruflichen Stationen hat Ihnen das meiste abverlangt, welche am meisten gegeben?**

Am meisten abverlangt hat mir mit Sicherheit die jetzige Situation mit der Corona-Pandemie. Eine wirklich schöne Zusam-

menarbeit gab es immer im Bezirkstag von Niederbayern, die ohne jede parteipolitische Brille funktionierte. Und natürlich war die 28-jährige Amtszeit als Bürgermeisterin meiner Geburts- und Heimatgemeinde Teisnach etwas ganz Besonderes. Da kann sich keiner hinter irgendwelchen Formalien verstecken, du bist ganz nah an den Menschen. Dies ist manchmal natürlich herausfordernd, den überwiegenden Teil aber sehr positiv. Aus dieser Zeit habe ich die meiste Lebenserfahrung in meine anderen Ämter mitgenommen.

**Der Bayerische Wald ist eine gern besuchte touristische Destination. Dieses Potenzial entwickelt der Landkreis Regen gezielt. Ihr Landkreis – das ARBERLAND – hat mit der institutionalisierten Einbindung von Wirtschaft und Kommunen die Kreisentwicklungsgesellschaft ARBERLAND REGio GmbH gegründet und damit die Kompetenzen von**

\* Interview mit Rita Röhrl, die seit dem 1.12.2017 Landrätin des Landkreises Regen ist. Von 1990 bis 2017 war sie Bürgermeisterin der Marktgemeinde Teisnach.

## Regionalmanagement, Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung unter einem Dach zusammengeführt. Hat sich diese Bündelung bewährt?



Landrätin Rita Röhr.

Diese Bündelung hat sich auf jeden Fall bewährt und wird, wenn der Kreistag meinem Vorschlag folgt, noch um den Bereich ÖPNV und Mobilität ergänzt. Die Rechtsform der GmbH soll nach meinem Vorschlag aber nicht mehr weitergeführt werden. Der Landkreis Regen ist aber nicht nur

ein Tourismuslandkreis, hier finden sich auch viele Firmen, die Weltmarktführer in ihren Fertigungsbereichen sind.

## Ist in diesem Zusammenhang die Grenze zu Tschechien eine Chance, auch im Hinblick auf andere Branchen?

Die Pandemie hat uns mehr als deutlich gemacht, wie sehr diese beiden Wirtschaftsräume mittlerweile miteinander verflochten sind. Die Arbeitskräfte und Firmen waren es seit der Grenzöffnung gewohnt, problemlos hin und her pendeln zu können. Die Befürchtung, dass die Grenzöffnung mehr wirtschaftlichen Schaden als Nutzen bringt, hat sich definitiv nicht bestätigt. Von der grenzübergreifenden Zusammenarbeit profitieren mittlerweile alle Branchen, nicht nur der Tourismus.

## Wie ist der Landkreis ansonsten für die Zukunft aufgestellt? Gibt es größere Baustellen, die Sie während Ihrer Amtszeit grundlegend angehen wollen?

Krankenhäuser und Schulen stehen ganz oben auf der Agenda und werden noch viel finanzielles Engagement erfordern. Gott sei Dank steht der Kreistag immer zu seinen Einrichtungen. Unsere beiden Krankenhäuser arbeiten sehr gut, finanziell beteiligt sich der Landkreis hier natürlich bei den Baumaßnahmen, ansonsten schaffen die alles aus eigener Kraft. Und bei den Schulen sind wir schon auf einem guten Weg und gehen diesen konsequent weiter.

## Der Landkreis Regen hat es in demografischer Hinsicht nicht leicht, zur Alterung kommt der Bevölkerungsrückgang. Gibt es eine Demografie-strategie, um damit planvoll umzugehen?

Zunächst freue ich mich ja, dass sich die Menschen im Landkreis Regen einer guten Gesundheit erfreuen und alt werden. Die Strategie kann eigentlich nur bedeuten, den eigenen Landkreis so attraktiv zu gestalten, von der Bildung bis zum Arbeitsplatz, dass junge Menschen nicht automatisch in andere Regionen abwandern müssen. □

# Klarheit über Beteiligung der Gemeinden bei der Kreisumlagefestsetzung schaffen\*

## Frau Dörk, Sie sind seit zwei Jahren Landrätin im Landkreis Uckermark und legen einen starken Fokus auf wirtschaftliche Entwicklung, Infrastruktur und Breitbandausbau. Sind Sie in diesen Themenfeldern in Ihrer Amtszeit schon wichtige Schritte vorangekommen?

Seit meinem Amtsantritt vor genau zwei Jahren erlebe ich eine aufregende, themen- und arbeitsreiche Zeit. Ich bin überzeugt, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung die finanzielle Grundlage für die Lebensqualität in unserem Landkreis ist. Deshalb liegt mir viel daran, gemeinsam mit allen Verantwortlichen aus Wirtschaft, Politik und auf der kommunalen Ebene Voraussetzungen für eine positive Entwicklung zu schaffen. Das beginnt mit dem Ausbau von Straßen oder Radwegen, für den wir sämtliche Fördermöglichkeiten nutzen, und endet nicht zuletzt bei unseren intensiven Bemühungen beim Breitbandausbau, bei dem wir gerade in den letzten 18 Monaten sehr gut vorangekommen sind. Im November 2019 erhielten wir die Fördermittelbescheide vom Bund und vom Land Brandenburg über insgesamt ca. 134,4 Mio. €. Den Eigenanteil in Höhe von knapp 5 Mio. € trägt der Landkreis mit Beschluss des Kreistages allein, um das Projekt schneller umsetzen zu können und die Uckermark flächendeckend aus-

zubauen – auch vor dem Hintergrund der teilweise schwierigen finanziellen Lage einiger Kommunen.



Landrätin Karina Dörk.

## Wo liegen beim Breitbandausbau die größten Herausforderungen des Landkreises, der mit 39 Einwohnern pro Quadratkilometer bundesweit auf

## Platz 3 der am dünnsten besiedelten Landkreise steht?

Mit dem Breitbandausbau realisieren wir das größte Wirtschaftsförderprogramm überhaupt. Die Situation möchte ich anhand einiger Zahlen beschreiben. Um flächendeckend alle unterversorgten Gebiete zu versorgen, sind insgesamt 4.217 km Glasfaserkabel zu verlegen. Über den vertraglich festgeschriebenen Realisierungszeitraum von 36 Monaten sind dafür Tiefbauarbeiten über eine Gesamtlänge von ca. 1.600 km auszuführen. Insgesamt werden 12.172 Haushalte, 358 Unternehmen und 67 Schulen angeschlossen.

Eine weitere Herausforderung bestand darin, vor allem lebensältere Grundstückseigentümer im geplanten Ausbauggebiet davon zu überzeugen, sich einen für sie kostenlosen Anschluss legen zu lassen.

In wenigen Tagen beginnen die Bauarbeiten auch für alle sichtbar mit dem symbolischen 1. Spatenstich. Und bereits jetzt arbeiten wir intensiv daran, in einem weiteren Schritt auch die sogenannten „grauen Flecken“ zu erschließen.

## Auf Bundesebene ist im letzten Sommer die Kommission Gleichwertige

\* Interview mit Karina Dörk, seit 2018 Landrätin des Landkreises Uckermark.

**Lebensverhältnisse beendet worden, die Bundesregierung hat einen Kabinettsbeschluss gefasst und seither lässt sich das Thema nur mühevoll voranbringen. Was erwarten Sie an Maßnahmen aus Berlin, um die Uckermark zukunftsfähig aufstellen zu können?**

Zunächst einmal erwarte ich, dass durch gezielte Förderung Anreize für wirtschaftliche Ansiedlungen in strukturschwachen Regionen wie die Uckermark geschaffen werden. Mit Blick auf den bei uns im Bundesvergleich überdurchschnittlich starken Ausbau regenerativer Energien wünsche ich mir, dass die hier erzeugte Energie auch vor Ort genutzt wird und nicht durch einen weiteren kostspieligen und umstrittenen Ausbau des Hochspannungsleitungsnetzes abgeleitet werden muss.

Darüber hinaus erwarte ich, dass der Bundesfokus nicht allein auf den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen liegt, sondern auch auf solchen Landstrichen, die ähnliche Entwicklungen bereits durchleben mussten. Unter anderem wäre eine

stärkere Förderung der Uckermark bei der Ansiedlung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Zukunftstechnologien wie z. B. Wasserstoffnutzung denkbar.

Unterstützung verdienen auch Zukunftsprojekte wie die Europaschule in Templin, der Campus Schwedt oder die Technischule Uckermark, um nur einige größere zu nennen.

**Themenwechsel: Sie streiten sich mit einigen kreisangehörigen Kommunen um die Höhe der Kreisumlage 2015/2016. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hatte den Gemeinden Recht gegeben, nun bemühen Sie sich um die Zulassung der Revision zum Bundesverwaltungsgericht. Wie kam es zu dieser Auseinandersetzung?**

Bei dieser Auseinandersetzung geht es darum, Klarheit zu erhalten, wie die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden bei der Erhebung der Kreisumlage erfolgen soll. Dieses Thema ist deutschlandweit nicht abschließend geklärt und bedarf

der Rechtssicherheit für die gesamte kommunale Familie. Die Höhe der Kreisumlage führt verständlicherweise regelmäßig zu Diskussionen zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden, da insbesondere in unserer strukturschwachen Region die Gewerbesteuern – eine der größten Einnahmequellen der Städte und Gemeinden – nicht so üppig fließen. Dadurch haben die Kommunen zum Teil auch nur sehr begrenzte finanzielle Spielräume für die eigenen Aufgaben, die sie wahrnehmen müssen und wahrnehmen wollen. Der Landkreis hat mit seinen übergeordneten Aufgaben und seiner Ausgleichsfunktion, die er für den kreisangehörigen Raum ausübt, lediglich die Kreisumlage, um seine Defizite auszugleichen.

Diesen Spagat kennt wohl jeder Landrat und jeder Kämmerer nur allzu gut. Wichtig ist mir, die Haushaltsplanung und -durchführung so zu gestalten, dass die Kreisumlage auch nur den tatsächlichen Finanzbedarf deckt und am Jahresende möglichst keine großen Abweichungen zu verzeichnen sind. □

## Nachwuchsgewinnung mit „karriereheimat.de“\*

**Frau Greiser, von Ihrer bislang dreijährigen Amtszeit hat Corona ein sattes Drittel ausgemacht. Gab es in dieser Zeit auch noch etwas anderes als den Krisenmodus in einem Bundesland, in dem die Fallzahlen sehr hoch sind?**

Corona war sicherlich das allgegenwärtige Thema seit letztem Frühjahr. Wir haben aber von Anfang an gesagt, dass die Krisenbewältigung keinen Stillstand in anderen Bereichen bedeuten darf. Der Schwerpunkt liegt natürlich weiterhin im Schulbereich, wo unser Landkreis seit Jahren Maßstäbe im investiven Bereich setzt. Allein im vergangenen Jahr hat der Landkreis hier rund 8 Mio. € investiert. 2021 sollen weitere 8,6 Mio. € in unsere Schulen fließen. Hinzu kommen übrigens noch 3,8 Mio. €, mit denen wir in den Jahren 2020/21 die Digitalisierung unserer Bildungseinrichtungen vorantreiben – gefördert im Rahmen des DigitalPakts Schule. Und auch in unser Kreisstraßennetz flossen im vergangenen Jahr 1,9 Mio. €, 2021 investieren wir sogar 2,2 Mio. €. Ebenso nimmt unser Radwegprogramm Fahrt auf. Auch in anderen Bereichen konnten wir Weichen für die Zukunft stellen. So haben wir seit diesem Jahr unserem IT-Bereich eine neue Struktur gegeben und einen kommunalen Eigenbetrieb gegründet, der nun auch zahlreiche Gemeinden im Landkreis als IT-Service-Dienstleister mit betreut. Auch in Oberhof, wo die Doppel-WM 2023 (Biathlon und Rennrodeln) ihre Schatten vorauswirft, ge-

hen die Bauprojekte in großen Schritten voran – auch hier sind unsere Fachbehörden maßgeblich mit von der Partie.



Landrätin Peggy Greiser.

**Gibt es vielleicht auch strukturelle Fortschritte, die Sie gerade im Zusammenhang mit der Pandemie erreichen können? Unter dem Stichwort Digitalisierung oder mobiles Arbeiten wird der Verwaltung ja oft attestiert, dass gerade durch Corona gewisser Nachholbedarf abgearbeitet werden konnte.**

Digitalisierung hat bei uns schon immer eine große Rolle gespielt. Bereits 2014 haben wir bspw. in Teilen der Verwaltung die E-Akte einführt. Auch bei unseren

Schulen sind wir vergleichsweise weit. Schon 2018 starteten in drei Schulen Modellprojekte für Tablet-gestützten Unterricht. Mit dem DigitalPakt konnten wir unsere Bemühungen in diesem Bereich weiter beschleunigen.

Insgesamt hat der Landkreis allein 2020 elf Schulen vollständig digitalisiert, 14 sollen dieses Jahr folgen. An all diesen Schulen wurde die IT-Infrastruktur komplett erneuert, das heißt WLAN in jedem Klassenraum geschaffen. Zudem profitieren Lehrer und Schüler von neuen Displays, Beamern und digitalen Präsentationsgeräten inklusive Lautsprechern. Insgesamt 7,1 Mio. € sollen in den nächsten drei Jahren in alle 54 Schulen des Landkreises fließen. Digitale Medien können den Unterricht in vielen Fächern anschaulicher, praxisorientierter und animierender gestalten. Verteilt haben wir zuletzt auch 975 Tablets für Schüler zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten (rund 500.000 € wurden hier zusätzlich investiert). In den Schulen entscheiden die jeweiligen Schulkonferenzen, ob die smarten Endgeräte im Unterricht generell zum Einsatz kommen. Über eigens entwickelte und programmierte Lösungen können die Schüler die iPads unkompliziert selbst einrichten und in Betrieb nehmen. Unser Kommunaler IT-Service kann dies zentral verwalten. Auch die entsprechenden Apps werden zentral beschafft und

\* Interview mit Peggy Greiser, die seit Juli 2018 Landrätin des Landkreises Schmalkalden-Meiningen ist.

durch den jeweiligen Lehrer freigegeben. Uns erreichen derzeit bundesweit und auch aus dem Ausland Anfragen zu unserem Konzept. Natürlich hat sich auch mobiles Arbeiten bei uns in der Verwaltung etabliert – gleich zu Beginn der Pandemie haben wir eine entsprechende Dienstvereinbarung auf den Weg gebracht.

**Sie sind Mitglied von verschiedenen Gremien auf Landkreis-, Landes- und Bundesebene hauptsächlich zur allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Fachkräfteentwicklung. Wie treiben Sie diesen Bereich in Ihrem Landkreis voran?**

Das ist ein sehr spannendes Thema, was mir sehr am Herzen liegt. Aktuell haben wir gerade einen Entwurf für unser neues Berufsschulkonzept gemeinsam mit dem Landkreis Hildburghausen beim Thüringer Bildungsministerium eingereicht. Dabei begreifen wir Südthüringen als eine Bildungsregion, in der wohnortnah möglichst viele Ausbildungsangebote vorgehalten werden. Unsere Wirtschaft braucht dringend Nachwuchs, gerade jetzt, wo sich die Wolken am Konjunkturmilieu wieder verziehen. Hier unterstützen wir aktiv. Vor drei Jahren haben wir die Kampagne „Karriere Heimat“ ins Leben gerufen, wo wir nicht mit anonymen Modellen, sondern mit echten Testimonials aus der Region werben, die

hier Karriere gemacht haben. Auf dem zugehörigen Online-Stellenportal „karriereheimat.de“ sowie über soziale Medien werden dann auch konkrete Stellen beworben. Wir unterstützen Gründer zudem sehr intensiv mit Beratungsangeboten wie auch mit Zuschüssen. Damit sich Unternehmen im Landkreis gut ansiedeln oder hier erweitern können, haben wir in Zusammenarbeit mit unseren Kommunen ein Gewerbeflächenkonzept entwickelt.

**In Schmalkalden haben Sie eine Hochschule mit rund 3.000 Studenten in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Informatik, Wirtschaft und Maschinenbau. Das ist ein echtes strukturpolitisches Pfund, um junge Menschen im Landkreis zu halten und Ihnen Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Geht diese Rechnung für den Landkreis auf?**

Daran arbeiten wir intensiv. Grundsätzlich haben wir hier noch Potenzial. Wir registrieren in Schmalkalden einen hohen Anteil ausländischer Studenten, die von vornherein in die Heimat zurückkehren wollen. Es gibt viele auswärtige Studenten, die wir begeistern können, indem wir schon bei Praktika und später mit tollen Jobangeboten punkten können. Wir sind eine Prachtregion mit einer unglaublich hohen Lebensqualität und vielen Freizeitangebo-

ten – eine Tourismusregion, in der andere Urlaub machen. Auch der Traum vom Eigenheim muss bei uns kein Traum bleiben. Wohnraum mit einem bißchen Grün ringsum ist im Gegensatz zu Metropolregionen noch bezahlbar. Corona hat hier bei vielen zu einem Umdenken geführt. ....

**Hat es in diesen an den Vierklang der MINT-Fächer angelegten Fachrichtungen eigentlich einen positiven Effekt auf die Bildungsmöglichkeiten junger Frauen, wenn sie vor Ort gerade Angebote in Feldern vorfinden, die bislang eher männlich dominiert waren? Wie ist das Verhältnis von Frauen und Männern in diesen Bereichen?**

Die klassischen Studiengänge im Bereich Technik und Informatik sind weiterhin eher männlich dominiert. Die Hochschule hat sich in den vergangenen Jahren auch sehr stark im Bereich Wirtschaft und Wirtschaftsrecht etabliert und bietet hier vielfältige Bachelor-, Master-, duale oder berufsbegleitende Studiengänge an. Unsere Hochschule ist also keine reine Männerhochburg (lacht). Unser Hochschulrat arbeitet intensiv daran, dass auch die MINT-Studiengänge für Studentinnen noch attraktiver gestaltet werden können. □

## Frauen stellen ein wichtiges Arbeitskräftepotenzial dar\*

**Frau Schmidt Rose, auf ihrer Homepage formulieren Sie eine Reihe ehrgeiziger Ziele in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Infrastruktur und Kultur. Was konnten sie in den drei Jahren ihrer Amtszeit schon auf den Weg bringen?**

### Bildung

Gerade im ländlichen Raum ist es wichtig, dass Eltern verlässlich planen können, ob eine Schule während der gesamten Schulkarriere eines Kindes erhalten bleibt. Deshalb hatte der Kreistag einen Schulnetzplan für die Dauer von zehn Jahren bis 2028 beschlossen, den ich umsetzen will.

Das bestärkt mich auch bei der Planung für Sanierung und Ergänzungsbauten von Schulen. Seit 2019 arbeiten wir am Ersatzbau der Mensa der Grundschule Bad Sulza, in Thüringen sind Ganztagschulen für Grundschüler üblich. 2020 haben wir mit dem Bau eines Erweiterungsbaus in Pffelfelbach begonnen, in Bad Berka werden wir eine Grundschule neu errichten. Der Architektenwettbewerb ist abgeschlossen, die Planung läuft, Baubeginn soll im Frühjahr 2022 sein.



Landrätin Christiane Schmidt-Rose.

Der Kampf um die beiden Förderzentren hat sich gelohnt und war erfolgreich. Ich denke, es ist wichtig, dieses besondere Angebot auch in Zukunft aufrecht zu erhalten.

### Wirtschaft

Bis 2020 konnte der Kreis Weimarer Land auf eine sehr niedrige Arbeitslosenquote verweisen, die deutlich unter dem Schnitt Thüringens lag. Im Corona-Jahr haben sich

die Zahlen abgeschwächt, liegen aber immer noch unter Thüringer Landesdurchschnitt. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist seit 2010 kontinuierlich zurückgegangen. Sorgen bereitet mir die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit, die auf einem relativ hohen Niveau verharrt.

Bei den zuletzt geführten Gesprächen mit Unternehmern überraschen mich viele mit durchaus positiven Äußerungen zum Geschäftsverlauf in der Corona-Zeit, auch wenn sich nicht übersehen lässt, dass es einige Branchen extrem hart getroffen hat. Unsere großen Arbeitgeber beschreiben dennoch die Suche von geeigneten Arbeitskräften für die Zukunft als ihr größtes Problem. Der gute Branchenmix im Kreis Weimarer Land bewährt sich.

### Kultur

Das Thüringer Freilichtmuseum in Hohenfelden entwickelt sich immer mehr zu dem, was es schon seit jeher im Namen trägt: es bewahrt Thüringer Kulturgut und rettet Häuser auch aus anderen Regionen als dem Weimarer Land. Gerade entstehen

\* Interview mit Christiane Schmidt-Rose, die seit Juli 2018 Landrätin des Landkreises Weimarer Land ist.

zwei Häuser erneut, seit Mai 2020 ein strohgedecktes aus Abtsbessingen im Kyffhäuserkreis, das als eines der ältesten noch erhaltenen ländlichen Wohnhäuser des Freistaates gelten kann, und seit September 2020 das Frankenwaldhaus aus Heinersdorf bei Sonneberg, in dem wir die Geschichte der deutsch-deutschen Teilung erzählen werden, weil es in unmittelbarer Grenznähe stand. Mutter und Sohn blieben durch die Grenze getrennt, obwohl sie sich zuwinken konnten.

Das Wunderbare an Hohenfelden ist die Zusammenarbeit mit dem Förderverein des Museums, der dafür sorgt, dass in den alten Mauern aktives Leben stattfindet. Tierhaltung und Obstbau sind nur möglich, weil sich hier viele engagierte Menschen treffen, die ehrenamtlich arbeiten.

## Infrastruktur

Straßen- und Radwegebau sind selten spektakuläre Neubauten, in der Regel handelt es sich um Sanierungen oder Verbesserungen. Der Ilmtal-Radweg ist ein 123 km langer Radweg, der den Thüringer Wald mit der Saale verbindet und der auf rund 80 km Länge durch den Kreis Weimarer Land führt. Touristische Radwege müssen gestiegenen Ansprüchen von Radwanderern genügen und eine Zertifizierung erreichen. Alltagstaugliche Radwege realisieren wir, wenn möglich, in enger Zusammenarbeit mit der Flurneuordnung und mit Mitteln der Infrastrukturförderung.

## Andererseits schreiben Sie: „Ich werde niemanden versprechen, alle Wünsche zu erfüllen.“ Was gab es denn bislang an unerfüllbaren Wünschen?

Bisweilen gibt es Streit unter Nachbarn, die versuchen, über die untere Bauaufsichtsbehörde ihre jeweilige Auffassung durchzusetzen. Hier kann ich nicht helfen.

Ich erinnere mich auch an die Fahrplanumstellung der Buslinien in der Kreisstadt Apolda. Hier gab es Beschwerden von Bürgern, die die alten gewohnten Verbindungen beibehalten wollten. In diesen Fällen haben wir versucht, über eine konstruktive Beratung die Verbesserungen des Angebots zu erklären. Gestiegene Fahrgast-

zahlen bis zum Frühjahr 2020 haben uns durchaus bestätigt.

## Sie haben das Amt von Hans-Helmut Münchberg übernommen, der dieses einschließlich seiner Zeit im Vorgängerkreis Apolda für 28 Jahre innehatte. Das war sicherlich eine besondere Erfahrung, oder?

28 Jahre sind wirklich eine besondere Zeitspanne. Eine ganze Generation von Kindern ist aufgewachsen vor dem Hintergrund, ein Landrat habe *Münchberg* zu heißen. Selbstverständlich prägt das die Bürger und auch die Strukturen im Landkreis und in der Verwaltung. Gerade in der Nachwendzeit gab es viele Möglichkeiten, verschiedene Richtungen bei der Aufgabenbewältigung einzuschlagen und das prägt die thüringischen Landkreise bis heute, obwohl wir grundsätzlich identische Aufgaben zu erfüllen haben.

Immerhin war ich seit 1999 Mitglied im Kreistag Weimarer Land und habe ab 2000 viele Jahre lang den Finanzausschuss geleitet. In dieser Position haben er und ich uns durchaus schätzen gelernt, gerade auch, weil wir ab und zu gestritten haben. 2013 wurde ich zur ersten Beigeordneten gewählt und damit als Stellvertreterin von *H. H. Münchberg* eingearbeitet. Das war eine lange Vorbereitung für das Amt der Landrätin, ich habe viel von ihm gelernt. Die Wähler hätten auch anderes bestimmen können, aber sie haben mir vertraut.

## Erinnern Sie sich noch an ihren ersten Tag im Amt?

An den zweiten. Da hat mich mittags die Nachricht erreicht, dass ein Wald im südlichen Landkreis brennt. Wir hatten 2018 einen sehr warmen, trockenen Sommer, in dem die Waldbrandgefahr besonders hoch war. Vermutlich durch eine Glasscherbe hat sich ein Feld entzündet, der Wind trieb die Flammen in Richtung eines Waldes. Gott sei Dank waren in der Nähe ein paar Forstarbeiter beschäftigt, die das Feuer gehört haben und Alarm auslösten. Als ich an der Brandstelle ankam, war ich beeindruckt, mit welcher Ruhe die freiwilligen Feuerwehren mit Unterstützung aus den Nachbarkreisen und der Stadt Erfurt sich

ihrer Aufgabe annahmen. Immer noch bin ich dankbar, dass kein Mensch zu Schaden kam.

Selbstverständlich hat dieses Erlebnis mein Verständnis und meinen Respekt für die Arbeit der vielen ehrenamtlich in den Feuerwehren engagierten Menschen vertieft. Sie sind für andere da und handeln, ohne lange zu fragen. Insofern ist es mir wichtig, mich für die Belange der freiwilligen Feuerwehren einzusetzen und sie zu unterstützen.

## Im immer noch männerdominierten Amt der Hauptverwaltungsbeamten der Landkreise ist Thüringen Vorreiter beim Anteil von Frauen in dieser Position. Fünf der 17 Landkreise werden von Frauen geführt. Was können andere Bundesländer von ihnen lernen? Machen die Parteien hier vielleicht etwas anders?

Ich würde die Gründe nicht bei den Parteien suchen. Jedenfalls kann ich bei meiner Nominierung kein anderes Verhalten feststellen und über andere Parteien kann ich keine Aussage treffen.

Ich erkläre es mir damit, dass die Frauen in Thüringen selbstverständlicher berufstätig sind als in westlichen Bundesländern. Zu DDR-Zeiten wurde schon wesentlich früher erkannt, dass die Frauen ein wichtiges Arbeitskräftepotenzial darstellen, das genutzt werden sollte. Dafür hat man Kindertagesstätten und Schulhorte entwickelt, die bis heute sicherstellen, dass die Kinder gute Betreuung haben, wenn beide Eltern arbeiten.

Insofern ist es kein Wunder, dass in meiner eigenen Verwaltung von 22 Führungskräften zwölf weiblich sind. Frauen in Führungspositionen sind damit ein gewohntes Erscheinungsbild und lassen damit das Geschlecht bei der Auswahl von politischen Beamten in den Hintergrund treten.

Aus meiner Sicht wäre es daher wünschenswert, wenn Frauen und Männer an der gemeinsamen Aufteilung von Familienpflichten gleichmäßiger beteiligt wären und damit tatsächlich auch die Chancen auf Spitzenpositionen gleichmäßiger verteilt wären. □

## Die Fläche des ländlichen Raumes ist der Bodenschatz der Zukunft\*

### Seit dem Jahr 2019 sind Sie Landrätin des Landkreises Osnabrück. Welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen, die Sie in den nächsten Jahren Ihrer Amtszeit umsetzen wollen? Gibt es ein Leitthema?

Ich bin angetreten, mit den Menschen in unserer Region die „Naturmetropole Osnabrücker Land“ zu schaffen. Wir sind eine Region, die in Teilen ländlich geprägt ist, aber auch städtische Merkmale aufweist. Ich möchte, dass die Menschen die Vor-

teile urbaner Strukturen mit dem entspannten Leben in der Natur verbinden können. Dazu brauchen wir vor allem eine neue

\* Interview mit *Anna Kobschull*, die seit 2019 Landrätin des Landkreises Osnabrück ist.

Mobilität. Mein Ziel ist es, den Landkreis Osnabrück zu einer nachhaltigen Mobilitätsregion zu machen. Das bedeutet, den ÖPNV so stark und zuverlässig zu machen, dass er für viel mehr Menschen eine Alternative zum eigenen Auto wird. Ich arbeite mit meinem Team intensiv daran, den ÖPNV mit Radverkehr, Sharing-Angeboten und On-demand-Verkehren flexibel, intelligent und digital zu verzahnen. Das ist für mich die Grundlage, um Lebensqualität und Attraktivität unserer Region zu erhalten und weiter auszubauen.

**Vor Ihrer Wahl zur Landrätin haben Sie 17 Jahre lang Nachhilfeschulen in Dissen, Bad Laer und Glandorf geführt. Wie können Sie diese langjährige Erfahrung in Ihre derzeitige Tätigkeit in das Projekt „Bildungsregion Landkreis Osnabrück“ einbringen?**

Das wichtigste Motiv unserer Bildungsregion ist die Schaffung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Das ist für mich kein Projekt, sondern eine feste gesellschaftliche Aufgabe. Aus meiner Erfahrung nehme ich mit, dass gute Bildung den einzelnen Menschen in den Blick nimmt und dass nur ein Ineinandergreifen schulischer und außerschulischer Angebote individuelle Förderung wirklich möglich macht. Als Schulträger gemeinsam mit unseren kreisangehörigen Kommunen stärken wir die Schulen, fördern aber auch die Verzahnung mit nonformalen Bildungsangeboten zusammen mit einer sehr engagierten Akteurs- und Stiftungslandschaft.

**Abgesehen von Landrat Scherf aus dem Landkreis Miltenberg sind Sie die einzige Hauptverwaltungsbeamtin auf Kreisebene von Bündnis 90/Die Grünen. Außerdem hat Sie das DLT-Präsidium Anfang des Jahres als Delegierte für das World Council des kommunalen Weltverbandes UCLG (United Cities as Local Governments) benannt. Welche Themen und Akzente stehen im Fokus Ihres Engagements – sowohl national als auch international?**

Das Engagement im Weltverband UCLG verbindet sich ideal mit meinem Ziel einer Naturmetropole. Ich möchte gerade den ländlich geprägten Kommunen eine Stimme geben. Das ist wichtig in einer Welt, die mehr und mehr von Nationalstaaten und großen Metropolregionen dominiert wird. Die Entwicklung und Verbesserung nachhaltiger Lebensbedingungen für alle Menschen passiert auf lokaler Ebene. Ich unterstütze die globale Agenda der UCLG, die sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs) ausrichtet. Im Landkreis Osnabrück sind wir auf meine

Initiative gerade dabei, die zukünftigen strategischen Ziele auf die SDGs zu beziehen. Hier können wir von vielen guten Beispielen anderer lernen und wollen unsere eigenen Erfahrungen gerne an andere Kommunen weitergeben.



Landrätin Anna Kechsull.

**Beim Klimaschutz und der Energiewende ist es sicherlich auch in Ihrem Landkreis wichtig, die Bevölkerung zu gewinnen. Wie gelingt Ihnen das, etwa bei der Planung von Hochspannungstrassen?**

Sowohl in öffentlichen Planungsprozessen als auch bei der Entwicklung von Handlungskonzepten entwickeln meine Mitarbeiter immer neue, kreative Methoden der Partizipation. Unser kreisweites Konzept zur Klimafolgenanpassung ist so entstanden und die aktuellen Aktivitäten für die Mobilitätswende werden durch intensive Konsultationen begleitet. Die Hochspannungstrassen sind ein nationales Projekt. In erster Linie ist es daher die Aufgabe der Netzbetreiber, die Menschen gut zu informieren und ihre Sorgen, Einwände und Ideen ernst zu nehmen. Hier sehe ich den Landkreis Osnabrück an der Seite der Bürger und setze mich dafür ein, dass die Menschen vor Ort fair behandelt werden wollen. Es ist unsere Aufgabe, im Sinne der Menschen für eine erträgliche Umsetzung zu streiten. Dazu gehört auch die Wahrheit, dass unserer Bevölkerung nicht gut zu vermitteln ist, warum sie nationale Infrastrukturprojekte, die deutlich in die Lebens- und Naturwelt eingreifen, mittragen sollen, ohne selbst davon profitieren zu können. Hier fehlen Instrumente des Ausgleichs zwischen dem ländlichen Raum, der durch die aktuell notwendigen Transformationsprozesse stark belastet wird, und den Metropolen und Industrievierteln, die von der Durchleitung der Energie profi-

tieren. Gerade hierfür möchte ich mich gemeinsam mit anderen betroffenen Regionen einsetzen und den Lasten auch Chancen entgegensetzen. Die Fläche des ländlichen Raumes ist der Bodenschatz der Zukunft. Ich erwarte und kämpfe dafür, dass von der Wertschöpfung, die vor Ort generiert wird, auch Werte vor Ort bleiben, um für gute Daseinsvorsorge sorgen zu können, wie z. B. für einen attraktiven ÖPNV und gute Bildung und Gesundheitsversorgung.

**Bedarf es besserer Instrumente, um die Menschen beim Klimathema besser mitnehmen zu können und vielleicht sogar motivierende Anreize zu setzen?**

Wir müssen als Politik und Verwaltung aufpassen, die Verantwortung für die globalen Herausforderungen der Welt nicht vorrangig einfach auf die einzelnen Menschen abzuwälzen. Ich nehme wahr, dass die allermeisten um die Herausforderungen und die Notwendigkeit des Umsterns wissen, oft aber die notwendigen Rahmen und Möglichkeiten fehlen, um im Alltag konsequent ressourcenschonend zu leben. Die Politik muss daher endlich entschlossen, wirksam und ganzheitlich durchdachte Rahmenbedingungen setzen, damit die vielfältigen Transformationsprozesse gelingen können. Es bedarf dringend besserer Instrumente und richtiger Investitionen sowie neuer Wege wie z. B. ein Energiegeld und einen bedarfsgesteuerten attraktiveren ÖPNV – auch auf dem Land. Wenn Anreize, Informationen und ganzheitliche Konzepte richtig gesetzt werden, dann kann jede und jeder Einzelne und auch jedes Unternehmen effektiv CO<sub>2</sub> vermeiden. Denn realistisch schaffen wir unsere Klimaziele nur, wenn alle helfen Ressourcen einzusparen, in allen Bereichen. □

# Je stärker die Strukturen vor Ort, desto mehr Teilhabe ist möglich\*

**Sie haben die Landratswahl im letzten Jahr gegen den CSU-Favoriten und DOSB-Präsidenten Alfons Hörmann in der Stichwahl gewonnen. Wie schafft es eine Frau von den Freien Wählern in ein Amt, das seit jeher fest in den Händen der CSU gewesen ist?**

Ich war überwältigt von dem Vertrauen, dass die Wähler in mich gesetzt haben. Es ist mir eine große Ehre, in meiner geliebten Heimat als erste Landrätin wirken zu dürfen. Die Frage der Partei steht für mich nicht im Vordergrund. Es geht immer um ein gutes Miteinander. Meinen Vorgängern bin ich dankbar, dass sie die Probleme ihrer Zeit mutig und entschlossen angegangen sind. Uns verbindet die Vision, dass viele Herausforderungen nur dann gelingen, wenn wir im Allgäu und im Landkreis an einem Strang ziehen und zusammen Lösungen entwickeln.

**Wie lautet die politische Agenda für Ihre Amtszeit?**

Der Landkreis ist in vielen Bereichen gut aufgestellt, doch es gibt auch große Zukunftsthemen.

Verbesserungen im Bereich Mobilität sind im ländlichen Raum eine echte Herausforderung. Wir wollen die Angebote verbessern, um die Attraktivität des ÖPNV zu verbessern. Ich habe hier die Einheimischen genauso im Blick wie unsere Gäste und das gesamte Thema Besucherlenkung, bei dem wir auch intelligente und innovative Mobilitätskonzepte entwickeln.

Beim kommunalen Klimaschutz stellen wir uns der Verantwortung. Durch die Teilnahme am Modellvorhaben „Masterplan 100% Klimaschutz“ haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Den Klimaschutz wollen wir auch durch alternative Antriebsformen im Verkehrssektor vorantreiben. Vor Ort produzierter Wasserstoff und wasserstoffbetriebene Busse sind eine Vision, an der wir mit unseren Partnern vor Ort intensiv arbeiten.

Weitere Schlüsselthemen sind bezahlbarer Wohnraum und der demografische Wandel. Als größter Gesellschafter des Wohnbauunternehmens SWW werden wir die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit Wohnraum weiter voranbringen.



Landrätin Indra Baier-Müller.

Die gemeinschaftliche Umsetzung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts sehe ich als wichtige Aufgabe. Das zukunftsweisende Konzept dient als Grundlage für eine gute Versorgungsstruktur im Oberallgäu. Der demografische Wandel darf uns nicht überrollen, wir müssen ihn vielmehr aktiv gestalten.

**Derzeit werden viele wichtige Bereiche wie etwa die Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet an den Rand gedrängt. Wie gehen Sie im Landkreis mit diesem Thema um?**

Gleichwertige Lebensverhältnisse im bundesweiten Vergleich sind genauso wichtig wie gleichwertige Verhältnisse im Land-

kreis Ostallgäu. Bei Themen wie einer flächendeckenden Breitbandversorgung und guter Mobilfunkanbindung ist der Gesetzgeber gefordert. Wir fördern die gleichwertigen Lebensverhältnisse, indem wir auch abgelegene Ortsteile möglichst gut verkehrlich anbinden. Das betrifft den Bau der Kreisstraßen genauso wie die Anbindung an den Personennahverkehr.

**Welche Rolle spielt das Ehrenamt in diesem Zusammenhang?**

Das Ehrenamt spielt bei uns eine herausragende Rolle. Der Anteil der Menschen, die sich in Vereinen engagieren, ist im Oberallgäu groß. Das Ehrenamt sorgt für den Zusammenhalt in den Gemeinden und fördert so den Zusammenhalt der Gesellschaft. Je stärker die Strukturen vor Ort, desto mehr Teilhabe ist möglich. Ich bin hier wirklich stolz auf unsere ehrenamtlich Engagierten, die sich für andere einsetzen.

**Was sollten Bund und Länder tun, um Sie bei Ihren Bestrebungen zu unterstützen?**

Bund und Land sollten unserer Organisationsstärke vor Ort vertrauen und auf die Kompetenzen vor Ort bauen. Sie sollten uns auch im Rahmen der Gesetzgebung die nötigen Spielräume geben, damit wir den Besonderheiten in unserer Region gerecht werden können. Von der Digitalisierung muss der ländliche Raum genauso profitieren wie die Ballungszentren. Bund und Land müssen hier Flagge zeigen und auch die Kommunen gezielt fördern. Das gilt auch für den Schienenverkehr. Das Allgäu sollte kein „Dieselloch“ bleiben. Förderprogramme, wir sehen es am Beispiel Wasserstoff, müssen genügend Anreize setzen, damit vor Ort tatsächlich in die Zukunft investiert werden kann. Doch ich bin zuversichtlich, dass wir hier gemeinsame Lösungen finden. □

\* Interview mit Indra Baier-Müller, seit 1.5.2020 Landrätin des Landkreises Oberallgäu.

## Die Pandemie zeigt, wie wichtig digitale Angebote sind\*

**Sie sind im letzten Jahr zur Landratswahl mit dem Programmsatz angetreten: „Ich kann nicht länger zusehen, wie sich Main-Spessart klein macht. Ich will einen Landkreis mit Strahl-**

**kraft.“ Wie kann man sich den Weg vorstellen, den Sie mit dem Landkreis in dieser Hinsicht gehen wollen?**

Ich weiß, wie wichtig es ist, dass sich der Landkreis auch in Zukunft behaupten kann

– und zwar in ganz Unterfranken, Bayern, Deutschland, Europa und der Welt. Ich sehe ein großes Potenzial im Landkreis

\* Interview mit Sabine Sitter, seit 1.5.2020 Landrätin des Landkreises Main-Spessart.

und möchte die Menschen weiter zusammenbringen. Alle müssen an einem Strang ziehen, damit wir unsere Heimat, den Landkreis Main-Spessart, innovativ und bedarfsgerecht gestalten und uns so nach außen behaupten können.

Main-Spessart hat die besten Voraussetzungen, ein Landkreis mit Strahlkraft zu werden – eine geografisch zentrale Lage in Deutschland mit einer wunderschönen Landschaft, eine Vielzahl an Top-Unternehmen, vom innovativen Handwerk über die serviceorientierten Dienstleister bis hin zum international tätigen Unternehmen. Wir sind industriestärkster Landkreis in Unterfranken und haben dabei eine der niedrigsten Arbeitslosenraten.

Mit dem Neubau des Krankenhauses in Lohr haben wir uns auf den Weg gemacht, unser Klinikum Main-Spessart mit einer bürgernahen, digitalen und modernen Gesundheits- und Sozialversorgung weiterzuentwickeln. Hier entsteht ein Leuchtturmprojekt mit hohen Fördergeldern, um den Menschen im Landkreis weiterhin eine gute gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten.

Außerdem können wir ein vielfältiges Bildungsangebot vorweisen. Wir prägen mit vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft unseres Landkreises: Kindertagesstätten, Familienstützpunkte, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, Volkshochschulen und zahlreiche Kultureinrichtungen sind Eckpfeiler der öffentlichen Bildungsinfrastruktur.

Bildung, Gesundheit und Wirtschaft sind unsere drei Säulen. Aber was uns besonders stark macht, sind der Gemeinsinn und Zusammenhalt in den Vereinen in unseren Städten, Märkten und Gemeinden. Darauf bin ich besonders stolz.

**Sie kennen den Landkreis und seine Verwaltung gut, denn Sie waren vor Ihrem Amtsantritt sechs Jahre lang Stellvertreterin ihres Vorgängers Thomas Schiebel von den Freien Wählern. Zählt sich diese Kenntnis aus?**

Grundsätzlich würde ich sagen, ja, meine Kenntnis aus sechs Jahren als Stellvertretende Landrätin zählt sich aus. So habe ich mir bereits im Vorfeld ein Netzwerk habe erarbeiten können. Ich habe in den sechs Jahren viele Menschen kennengelernt und wichtige Einblicke in den Landkreis bekommen. Die Themen sind mir nicht fremd, auch die Zusammenarbeit mit dem Kreistag kannte ich bereits.

Allerdings muss ich auch sagen, dass ich mich in die Verwaltung erst komplett neu habe eindenken müssen. Es ist ein großer Unterschied, ob man als Stellvertreterin eher repräsentativ agiert oder als neue Führungskraft eine jahrelang bestehende Verwaltung übernimmt. Jetzt habe ich die

Chance, in der Führung der Verwaltung, aber auch des Landkreises eigene Akzente zu setzen, das war mein großes Ziel.



Landrätin Sabine Sitter.

**Wenn es um Lebensqualität und gleichwertige Lebensverhältnisse geht, spielen auch die Sparkassen eine große Rolle. Es war davon die Rede, dass zahlreiche Filialen geschlossen und einige zu Selbstbedienungsstandorten umgewandelt werden sollen. Wie agiert der Landkreis als einer der Träger der Sparkasse?**

Die Entscheidungen zu den Schließungen waren vor meiner Zeit. Ich habe die Entscheidungen nur verkünden müssen und keine Möglichkeit gehabt, hier mitzugestalten.

Das Thema Stadt – Land ist mir ein besonders großes Anliegen. Ich achte sehr darauf, hier möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dabei spielen die Sparkassen letztlich die gleiche Rolle wie alle anderen Dienstleistungen auch. Aber auch die Digitalisierung ist hier ein wichtiges Thema. Digitale Angebote werden immer besser angenommen und nachgefragt. Wir befinden uns in einer Zeit des Umdenkens, auch die älteren Generationen nutzen Onlinebanking & Co immer mehr. Hier aber den Spagat hinzubekommen zwischen denen, die digitale Angebote fordern und denen, die sie noch scheuen, ist nicht einfach und wird uns noch eine Weile begleiten. Die „Landkreisstrategie 2030“, die wir gemeinsam erarbeiten, soll als Orientierung dienen und vor allem die Interessen aller Generationen des Landkreises repräsentieren.

**Wie weit ist Ihrer Auffassung nach Deutschland vom Idealzustand einer verwaltungseffizienten und wirtschaftsfreundlich agierenden öffentlichen Hand noch entfernt?**

Ich bin der Meinung, dass hier jeder Landkreis im Moment noch sehr individuell agiert. Einige sind schon sehr fortschrittlich aufgestellt, andere arbeiten noch in veralteten Strukturen. In Sachen Verwaltungseffizienz ist bei uns noch viel Luft nach oben. Wir haben uns erst auf den Weg gemacht. Es gibt Landkreise, die sind wesentlich weiter. Aber es ist mir ein wichtiges Anliegen, hier in großen Schritten voranzugehen.

Auch die Wirtschaftsförderung habe ich mir weit oben auf die Agenda geschrieben. Ich habe bereits viele Unternehmen besucht, um mir ein Bild zu machen. Mein Ziel ist es, die öffentliche Hand und die Wirtschaft zu verbinden. Der Landkreis blüht nur dann, wenn die Wirtschaft blüht und umgekehrt. Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist das Stichwort.

**Wie sieht es Ihrer Meinung nach bei der Digitalisierung aus?**

Wie schon beim Thema Sparkassen erwähnt, ist es im Moment eine Herausforderung, zwischen der Forderung nach Digitalisierung und dem Wunsch nach analogen Strukturen die Waage zu halten. Main-Spessart ist ein Landkreis mit einer relativ hohen Altersstruktur, daher spielt die analoge Welt hier vielleicht noch eine etwas größere Rolle als in „jüngeren“ Landkreisen. Aber auch wir spüren den Wandel und das Umdenken. Das ist ein natürlicher Prozess, der allerdings begleitet werden will. Die Pandemie hat den Prozess noch einmal beschleunigt, sie zeigt, wie wichtig digitale Angebote sind, um schnell an Informationen zu kommen oder die Welt zu verbinden.

Mit dem fortschreitenden Breitbandausbau schaffen wir Chancen für den ländlichen Raum, denn so können wir uns für eine bessere Internetversorgung engagieren. Dies bietet bessere Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch E-Government und Telemedizin können Serviceleistungen bequem von zu Hause in Anspruch genommen werden. Hierdurch schaffen wir Barrierefreiheit und verbessern die Lebensqualität im Landkreis. □

# Den Kreis Minden-Lübbecke nachhaltig und langfristig noch lebens- und liebenswerter machen\*

**Frau Bölling, Sie haben eine stark im Sozialbereich geprägte Berufsbiografie der letzten Jahre: Sie waren von 2017 bis zu Ihrer Wahl zur Landrätin Sozialdezernentin beim Landkreis Uelzen, zuvor viele Jahre Sozialreferentin im Bremer Landtag. Setzen Sie als Landrätin auch einen Schwerpunkt auf soziale Themen?**

Ich bin überzeugt, dass die öffentlichen Verwaltungen durch den Fachkräftemangel und gleichzeitigen Aufgabenzuwachs an den Rand der Leistungsfähigkeit kommen werden. Dafür gilt es vorzusorgen: Als Arbeitgeberin von rund 1.500 Mitarbeitern sind mir zufriedene Mitarbeiter sowie zeitgemäße Führungsaspekte sehr wichtig. Menschen innerhalb der Verwaltung zu befähigen und zu motivieren, den Kreis aktiv nach vorne zu bringen, stehen ganz oben auf meiner Agenda innerhalb des Hauses.

Die Digitalisierung, die richtigerweise durch das OZG angetrieben wird, ist eine weitere Zukunftsaufgabe, die sich stellt. Durch kluge Prozessanalyse und Gestaltung von Schnittstellen erhoffe ich mir, die Mitarbeiter sinnvoll durch Technik zu ergänzen und so weiter leistungsfähig zu bleiben. Trotz diverser Hürden, z. B. bei Portallösungen, beim Datenschutz und bei nicht angepasster Gesetzgebung, muss dieser Weg in den nächsten Jahren konsequent beschritten werden.

Ich bin schon immer ein Mensch gewesen, der über den Tellerrand schaut und Themen strategisch miteinander verknüpft. Die sozialen Themen liegen mir – das ist richtig – am Herzen, aber mindestens genauso wichtig finde ich es z. B., Antworten auf den Fachkräftemangel und seine Folgen zu finden, die Digitalisierung aktiv voranzutreiben oder sich der Herausforderung des Klimawandels aktiv vor Ort zu stellen. Im Vordergrund stehen dabei immer die Bürger. Das schönste an der Kommunalpolitik ist für mich nach wie vor nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen zu sein.

In Zeiten des immer schneller voranschreitenden Klimawandels möchte ich auch in diesem Bereich Maßnahmen vorantreiben: Wesentlich ist für mich dabei das Thema Mobilität – gerade im ländlichen Raum. Mit einem regionalen vernetzten Mobilitätskonzept möchte ich im Kreis Minden-Lübbecke die verschiedenen Verkehrsangebote besser verzahnen und sinnvoller aufstellen. Dazu prüfe ich aktuell, wie die vorgehaltene Schieneninfrastruktur besser genutzt und überregional ertüchtigt wer-

den kann. Ostwestfalen-Lippe ist zudem Vorreiter im Bereich Wasserstoff. Auch diese Chancen für die Mobilität im ländlichen Raum gilt es zu nutzen. Vorreiter in Nordrhein-Westfalen ist der Kreis Minden-Lübbecke auch bei den Planungen zur Smart Recycling Factory. Auf dem Gelände unserer Deponie entsteht ein Warenlager der Zukunft, verbunden mit einer außerschulischen Lernwerkstatt. Auch beim Thema Neuausrichtung der Kreislaufwirtschaft möchte ich den Kreis in den nächsten Jahren voranbringen.



Landrätin Anna Katharina Bölling.

**Gibt es Vorhaben, die Sie gerne schon angepackt hätten, die aber bisher von Corona überlagert wurden?**

Vor meinem Amtsantritt hatte ich mir vorgenommen, viel im Kreis und darüber hinaus unterwegs zu sein, meine Mitarbeiter kennenzulernen und auf die Menschen zuzugehen. Leider kamen für mich eben diese menschlichen Kontakte, die direkte Kommunikation und der Austausch mit den Bürgern, Vereinen, Institutionen oder der heimischen Wirtschaft zu kurz. Aber, aufgehoben ist ja nicht aufgeschoben: Nach den ersten Monaten, die vom Krisenmanagement geprägt waren, gibt es nun wieder Möglichkeiten, in den Dialog zu kommen und aktiv an Netzwerken zu arbeiten. Die nutze ich im Moment und einige digitale Formate und eine telefonische Bürgersprechstunde sind hinzugekommen. In punkto Arbeitsorganisation hat die Pandemie auch positive Seiten gehabt.

**Die medizinische Versorgung ist in der Fläche bisweilen eine Herausforderung. Immer wieder werden dann auch noch Stimmen laut, die eine weitere Ausdünnung der Krankenhausstandorte fordern. Was halten Sie von dieser Diskussion?**

Mit den Mühlenkreiskliniken haben wir in Minden-Lübbecke einen der größten kommunalen Klinikverbünde deutschlandweit mit aktuell gleich fünf Standorten und etwa 5.000 Beschäftigten. Darauf können wir stolz sein. Für mich ist stationäre Gesundheitsversorgung Daseinsvorsorge und die Zukunftsfähigkeit der Kliniken steht für mich ganz oben auf meiner politischen Agenda: Für mich ist entscheidend, die Versorgung der Menschen im Mühlenkreis bestmöglich und in kommunaler Hand anbieten zu können. Hintergrund sind immer der Fachkräftemangel und die aktuellen landes- und bundespolitischen Vorgaben.

Deshalb habe ich aktuell die Weichen für einen Förderantrag für gleich zwei Krankenhausneubauten gestellt. Damit werden aus fünf Standorten drei, aber die Versorgung verbessert sich. Ausschlaggebend ist für mich nicht das Denken in Immobilien, sondern die Versorgung der Patienten. Wichtig bei diesem Thema ist mir auch, die Bürger und auch die Mitarbeiter mitzunehmen und ins Gespräch zu kommen. Durch Bürgerversammlungen und eine Vielzahl von Gesprächsangeboten haben wir in den letzten Wochen viele Menschen von diesen Zukunftsvorhaben überzeugen können.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der wachsenden Qualitätsvorgaben halte ich es für richtig, Leistungen zu zentrieren, Qualität zu stärken und die Ressource Fachkraft so zu bündeln, dass wir auch in 10 bis 20 Jahren noch alle Bürger mit den höchsten Standards behandeln können. Parallel dazu gilt es auch, die ambulante medizinische Versorgung zu stärken, die intersektorale Verzahnung voranzutreiben und telemedizinische Möglichkeiten zu nutzen.

**Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur für den Kreis als Arbeitgeber ein wichtiges Thema; auch Sie selbst haben Familie. Wie verträgt sich das mit Ihrem neuen, sehr zeitraubenden Amt?**

Das ist eine Frage, die interessanterweise Männern eher seltener gestellt wird, dabei betrifft sie beide Elternteile. Im Gespräch mit anderen Landrätinnen habe ich bereits festgestellt, dass diese ebenfalls Familien haben. Eine besondere Herausforderung war bei mir möglicherweise, dass ich im Wahlkampf Zwillinge bekommen habe. Das hat natürlich dazu geführt, dass es wirklich viel zu organisieren gab, aber in-

\* Interview mit Anna Katharina Bölling, die seit dem 1.11.2020 Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke ist.

zwischen hat sich alles gut eingependelt. Bei uns zu Hause sieht die Rollenverteilung einfach andersherum aus. Dafür bin ich meinem Mann sehr dankbar. Ich genieße die Zeit, die ich mit meinen Kindern und meinem Mann verbringe. Sie gibt mir Kraft und Ideen für meine Arbeit. Dadurch, dass wir zu Hause die gleichen Probleme haben wie andere Familien, habe ich klare Vorstellungen, z. B. wie zeitgemäße Arbeitsmodelle aussehen können.

### Welche Ziele haben Sie sich gesetzt, die Sie im Herbst nach dem ersten Jahr im Amt erreicht haben wollen?

Entscheidend ist für mich nicht, nach 100 Tagen oder nach einem Jahr bestimmte Wegmarken erreicht zu haben, sondern den Kreis Minden-Lübbecke nachhaltig und langfristig noch lebens- und liebenswerter zu machen. Nach den Herausforderungen des Pandemie- und Impfmana-

gements gilt es nun – in ruhigerem Fahrwasser –, diese Entwicklungen gemeinsam mit meinen Mitarbeitern auf den Weg zu bringen. Einiges ist bereits angestoßen, von der Neuaufstellung der Kliniken bis hin zur Digitalisierung. Darauf können wir stolz sein. Aber es gibt immer noch eine Menge zu tun. □

## Beim Klimaschutz können wir in den kommenden Jahren viel bewegen\*

### Frau Gorißen, Sie sind seit dem letzten Jahr Landrätin. Erst in diesem Sommer haben Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung einen zaghaften Weg heraus aus Corona gefunden. Ist es Ihnen in dieser Zeit trotzdem gelungen, wichtige Themen für den Kreis anzustoßen?

Aufgrund der auch zeitlichen Herausforderungen der Corona-Pandemie brauchten und brauchen einige meiner Pläne etwas mehr Zeit. Denn es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar, ob und ggf. wie deutlich sich die Pandemie auf die Wirtschaft, auf soziale Themen oder auf das gesamtgesellschaftliche Miteinander auswirken.

Auch die Mitarbeiter in der Kreisverwaltung mussten in kürzester Zeit enorme Herausforderungen bewältigen. Wir haben „aufgerüstet“ – sowohl personell als auch strukturell und organisatorisch. Die Digitalisierung wurde in vielen Bereichen der Verwaltung vorangetrieben. Dies kommt bereits jetzt unseren Bürgern zugute.

Ein weiteres Schwerpunkt-Thema ist der Klimaschutz. Hierfür haben wir im Haushalt des Kreises Kleve zahlreiche Ansätze gebildet. Seit einiger Zeit suchen wir für die Umsetzung einen Klimaschutz-Manager. Doch der allerorten erkennbare Fachkräftemangel trifft auch die öffentlichen Verwaltungen. Die Stelle konnte im ersten Anlauf nicht besetzt werden. Auch andere Stellen im Haus können nur schwer oder gar nicht besetzt werden. Da sitzen wir „im selben Boot“ wie die Unternehmer. Deshalb bleiben die Themen „Bildung“ und „berufliche Bildung“ auch weiterhin ganz oben auf der Agenda. Insbesondere mit den beiden großen Berufskollegs des Kreises und der Hochschule Rhein-Waal hoffen wir, dass es uns gelingt, auch künftig Fachkräfte für die herausfordernden Aufgaben der Kreisverwaltung zu generieren.

### Sie haben sich einer modernen, serviceorientierten Kreisverwaltung mit umfangreichen digitalen Angeboten

### verschrieben. Wo steht Ihr Kreis aktuell bei der Digitalisierung und was sind die nächsten Entwicklungsschritte?

Der Servicegedanke hat in der Kreisverwaltung Kleve schon immer eine große Rolle gespielt. Aktuell arbeiten wir mit Hochdruck daran, den Bürgern die Inanspruchnahme unserer Dienstleistungen zu vereinfachen.



Landrätin Silke Gorißen.

Foto: Kreis Kleve/Markus van Offern

Neben der digitalen Antragstellung sehen wir Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung in der Sachbearbeitung durch die Datenüberführung in Fachverfahren. Ein weiterer wichtiger Schritt für die nahe Zukunft ist die elektronische Erteilung und Übermittlung des Bescheids an die antragstellende Person. Für die erstgenannte Aktivität gibt es die gesetzlich vorgegebene Frist des Onlinezugangsgesetzes: Am 31.12.2022 müssen nach heutiger Rechtslage die Dienstleistungen elektronisch beantragt werden können.

In der Kreisverwaltung Kleve sind wir mit der Entwicklung von Antragsassistenten in den vergangenen Monaten schon weit

vorangekommen. Ist die Gebührenhöhe aus den Antragsdaten bestimmbar, bietet der Assistent die Bezahlung im Antragsprozess an. Gebührenbescheide, die ohne Antragstellung versendet werden, wie z. B. Bußgeldbescheide, enthalten Bezahl-QR-Codes zur Vereinfachung des Bezahlvorgangs. Neu installiert haben wir ein Prozess- und Wissensmanagement, mit dessen Hilfe organisatorische Abläufe überprüft und je nach Erfordernis neu strukturiert werden können. Außerdem ist das Team Verwaltungsdigitalisierung damit befasst, die elektronische Akte als Teil eines Dokumentenmanagementsystems flächendeckend in der Kreisverwaltung Kleve zu etablieren.

### Sind Sie bei diesen Prozessen auch abhängig von den Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene? Mit anderen Worten: Bremst Sie das langsame Vorschreiben im Zusammenhang mit Onlinezugangsgesetz u. a. bei Ihren Bemühungen aus?

Es gibt durchaus Aktivitäten der übergeordneten Ebenen, die sehr hilfreich sind und das Vorankommen der Digitalisierung auf kommunaler Ebene unterstützen. Ein Beispiel ist das Servicekonto NRW, das sich in die von uns entwickelten Online-Anträge integrieren lässt und eine Authentifizierung der antragstellenden Person ermöglicht. Ein weiteres Beispiel: Das Bundeskabinett hat das Registermodernisierungsgesetz beschlossen, das – kurz gesagt – interbehördliche Abfragen ermöglichen wird. Das erleichtert die Antragstellung, weil die Bürger weniger eigene Nachweise erbringen müssen.

Aber ja, es gibt auch Verbesserungsbedarf. Wichtig und für die Digitalisierung hilfreich wäre es, rechtliche Vorschriften zu vereinfachen und sie auf digitale Umsetzbarkeit zu überprüfen. Das geschieht zwar in den nächsten Jahren, führt dann aber wiederum dazu, dass bereits erstellte

\* Interview mit Silke Gorißen, die seit dem 1.11.2020 Landrätin des Kreises Kleve ist.

Online-Anträge wieder auf die neue Situation angepasst werden müssen.

**Der Kreis Kleve liegt an der Landesgrenze zu den Niederlanden. Welche Bedeutung kommt diesem Umstand im Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung, Pendlerbewegungen und Bildung zu?**

Die Menschen im Kreis Kleve leben gerne an der deutsch-niederländischen Grenze. Mit den Nachbarn verbindet uns viel und bei den Themen „Kaufkraftbindung“ und „Tourismus“ profitieren beide Regionen diesseits und jenseits der Grenze von dieser guten Nachbarschaft. Auch die Ansiedlung niederländischer Firmen hat im Kreis Kleve eine lange und gute Tradition.

Schwierig ist in der Tat die Gewinnung von Arbeitskräften. Da ist die Grenze oft tatsächlich eine Grenze – sei es in sprachlicher Hinsicht oder aufgrund der unterschiedlichen Steuer- und Sozialversicherungssysteme.

Bei der Ausbildung und Fortbildung von Fachkräften empfinden die Bürger im Kreis Kleve die Grenzlage als Vorteil. Die unterschiedlichen Bildungsangebote ergänzen sich sehr gut. Viele Nachwuchskräfte – bspw. im medizinischen Bereich – nutzen die Angebote in den Niederlanden. Die niederländischen Bildungsträger haben sich auf den deutschen Nachwuchs eingestellt und bieten etwa vor dem Ausbildungsstart passende Sprachkurse an.

**Welche Ziele wollen Sie bis zum Ende Ihrer (ersten) Amtszeit erreicht haben?**

Nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels steht die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin ganz oben auf der Agenda. Da der Kreis Kleve weiterhin ein Zuzugskreis ist, sind immer mehr Betreuungsangebote erforderlich. Darüber hinaus wollen wir die Digitalisierung im Kreis Kleve und in der Kreisverwaltung vorantreiben.

Ein weiteres Ziel ist die Stärkung von Mittelstand und Handwerk. Als größte Herausforderungen dieser Branchen würde ich zum einen die Suche nach engagiertem Nachwuchs und zum anderen die Suche nach einer geeigneten Unternehmensnachfolge bezeichnen. Ferner benötigen wir dringend neue Gewerbeflächen, insbesondere für die zahlreichen Betriebe im Kreisgebiet, die auf Expansionskurs sind.

Der Klimaschutz bewegt – so mein Eindruck – die gesamte Gesellschaft. Denn wir können nicht so tun, als gäbe es irgendwo noch einen zweiten blauen Planeten „in Reserve“. Hier können wir in den kommenden Jahren viel bewegen, wenn es uns gelingt, zahlreiche gesellschaftliche Gruppen „mit ins Boot“ zu holen. Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass viele Ziele nicht in einer Amtszeit umzusetzen sind. Auch im Bereich des ÖPNV bedarf es einer Neuausrichtung. Und ich wünsche mir eine Landwirtschaft im Einklang von Ökonomie und Ökologie. Auch hier gilt: Viele schaffen viel! □

## Herausforderungen und Zukunftsthemen anpacken und gestalten\*

**Frau Heesch, Sie sind aufgewachsen im Kreis Steinburg, studierten Jura in Kiel, bevor es Sie dann nach Hamburg verschlug, wo Sie in verschiedenen Bereichen gearbeitet haben. Zuletzt waren Sie Leiterin der Abteilung für Wohnungswesen und Stadtentwicklung des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg. Sie sind also Landeskind und dennoch fachlich viel herübergekommen. Ist das eine gute Mischung für das Amt der Landrätin?**

Ja. Es ist immer gut, viele Erfahrungen gesammelt zu haben. Das betrifft nicht nur die fachliche, sondern auch die persönliche Ebene. Veränderungen stärken die eigene Flexibilität, die gerade in Anbetracht der derzeitigen Herausforderungen für Führungskräfte wie mich sehr wichtig ist.

Auch die vielen fachlichen Erfahrungen sowohl im ministeriellen wie auch operativen Verwaltungsbereich kann ich gut in meiner jetzigen Tätigkeit nutzen.

Man muss nach meinem Verständnis nicht in Schleswig-Holstein geboren und aufgewachsen sein, um hier Landrätin zu sein. Aber wahrscheinlich ist es für mich als Schleswig-Holsteinerin einfacher, wenn man die Kultur und die Menschen hier im Norden kennt. Auch meine langjährigen Verwaltungserfahrungen im Stadtstaat Hamburg empfinde ich als vorteilhaft für

meine Tätigkeit als Landrätin in unserem Kreis Pinneberg, der mit seinen eher städtisch geprägten Strukturen inmitten der Metropolregion Hamburg liegt.



Landrätin Elfi Heesch.

Foto: Karoline Wolf

**Wie wollen Sie Ihre Expertise im Bereich Bauen und Wohnen für den Kreis einsetzen?**

Ich bringe – wie gesagt – eine vielfältige Verwaltungsexpertise ein. Als Abteilungsleiterin im Ministerium war ich für die Hand-

lungsfelder „Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen“ verantwortlich. Ich kenne also die damit einhergehenden Herausforderungen insbesondere für Kommunen und Wohnungsunternehmen genau. Und die Corona-Pandemie hat noch mal ein besonderes Schlaglicht auf die Innenstädte wie auch das Wohnen gelegt.

Wir im Kreis Pinneberg merken es ganz deutlich: Wir haben einen deutlichen Zuzug insbesondere von jungen Familien, die sich außerhalb von Hamburg einen Wohnort suchen, weil ihnen das Arbeiten im Homeoffice größere Freiheiten ermöglicht. Das freut uns: Es bringt nicht nur gesellschaftliche Veränderungen, sondern auch neue Erwartungen an das Wohnen, unsere Innenstädte und die Infrastruktur mit sich. Viele unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind schon dabei, diese Herausforderungen aktiv zu gestalten, indem sie Konzepte für die Gestaltung ihrer Innenstädte erarbeiten lassen.

Wir wollen als Kreis dazu beitragen, beispielsweise die Akteure einer Innenstadt im Kreis miteinander zu vernetzen, um miteinander die Erfahrungen zu teilen und voneinander zu profitieren.

Ich meine, dass Zusammenarbeit bei vielen Zukunftsthemen ein wichtiger Baustein für das Gelingen ist.

\* Interview mit Elfi Heesch, die seit dem 1.1.2021 Landrätin des Kreises Pinneberg ist.

### Sie sind außerdem ausgebildete Mediatorin. Wie kam es dazu?

Die Erfahrungen aus meiner Tätigkeit in Hamburg als Vorsitzende eines Widerspruchsausschusses für Baugenehmigungs- sowie Baumschutzangelegenheiten, in der Öffentlichen Rechtsauskunft (ÖRA) sowie in der Hamburg Port Authority gaben den Impuls. Ich hatte in dem Zusammenhang mit vielen Kollegen und auch aus der Richterschaft zu tun. Wir haben uns seinerzeit intensiv mit der Frage beschäftigt, wie man Rechtsstreitigkeiten zwischen Menschen anders, schneller und trotzdem rechtssicher befrieden kann. Es war damals mein Auslöser, mich im Rahmen einer Ausbildung noch intensiver mit Mediationsverfahren in der Verwaltung zu beschäftigen.

### Gibt es ein berufliches Ereignis, wo Ihnen diese Fähigkeiten besonders nützlich gewesen sind?

In Mediationsverfahren innerhalb der Verwaltung selbst nicht. Aber natürlich sind die erlernten Fähigkeiten und Instrumente der Kommunikation gerade auch als Landrätin und oberste Vorgesetzte wichtig und erfordern ein ständiges „Nachjustieren“ im Sinne von „Lebenslanges Lernen“.

### Als parteilose Kandidatin haben Sie sich im Jahre 2010 um das Oberbürgermeisteramt in Flensburg beworben. War das auch der Zeitpunkt, sich dafür zu entscheiden, eine politische Laufbahn anzustreben? Oder ist das schon früher geschehen?

In Schleswig-Holstein ist ein Landrat kein politischer Repräsentant des Kreises; dieses obliegt hier dem Kreispräsidenten. Ich leite als Landrätin die Kreisverwaltung nach den Zielen und Grundsätzen des Kreistages. Ganz in diesem Verständnis definiere ich mich nicht als Politikerin und habe insofern keine politische Laufbahn eingeschlagen.

Vielmehr treibt mich bei meiner Berufswahl an, Herausforderungen und Zukunftsthemen anzupacken und zu gestalten. Und bei dieser Aufgabe bin ich gerne an „vorderster Front“. Denn in höheren Verwaltungspositionen – auch in dem Ministerium – kann ich mehr Einfluss auf die konzeptionelle Gestaltung und Umsetzung dieser Herausforderungen nehmen. □

## Es ist mir ein Anliegen zu sagen: Macht mit, engagiert euch!\*

### Sind Sie zufrieden mit den ersten 100 Tagen im Amt?

Ja, ich bin sehr zufrieden. Die gesamte kommunale Familie, die Kollegen im Landkreistag und meine Mitarbeiter in der Kreisverwaltung haben mich freundlich empfangen und positiv aufgenommen.

Vom ersten Tag an bin ich auf offene und kompetente Menschen gestoßen, die mir den Einstieg in meine neue Rolle als Landrätin der Vulkaneifel leicht gemacht haben.

Für mich ist dieser Job ein Privileg: als Landrätin habe ich die Möglichkeit, tagtäglich die unterschiedlichsten Menschen zu den interessantesten Themen zu treffen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und voneinander zu profitieren. Immer mit dem Ziel, gemeinsam unsere Region zu fördern und voranzubringen.

Es ist aber auch nicht immer leicht. Eine meiner ersten Amtshandlungen war das Verhängen der nächtlichen Ausgangssperre aufgrund der hohen Zahl von Coronainfektionen in unserem Landkreis. Das war schon bitter. Auch die Flutkatastrophe vom 14.7.2021 hat die Vulkaneifel schwer getroffen. Glücklicherweise haben wir keine Personenschäden zu verzeichnen. Aber viele haben ihr Hab und Gut, ihre Erinnerungen und damit ein Stück ihrer Vergangenheit verloren. Der erste Schock ist nun verdaut, die Aufräumarbeiten laufen. Die große Solidarität mit den Betroffenen macht mich dankbar und erfüllt mich mit Zuversicht.

Für mich ist klar: Wir stehen den von der Flut betroffenen Menschen zur Seite. Mit vereinten Kräften arbeiten wir daran, die privaten, gewerblichen und auch die kom-

munalen Schäden zu beheben. Die Flut hat auch große Infrastrukturschäden angerichtet. Die Eifelstrecke Köln-Trier wird bis 2024 nicht befahrbar sein. Für uns als ländliche Region ein herber Schlag, der uns in der Mobilitätsfrage um Jahre zurückwirft.



Landrätin Julia Giesecking.

### Im November vergangenen Jahres sind Sie mit dem Slogan „Mit Herz & Haltung für die Vulkaneifel“ in den Wahlkampf gegangen und haben gewonnen. Gab es einen Schlüsselmoment, in dem Sie den Entschluss gefasst haben, in die Politik zu gehen?

Zu dieser Entscheidung gab es keinen Schlüsselmoment. Es war recht unspektakulär, ein schleichender Prozess. Ich war schon immer in vielen Vereinen und Insti-

tutionen engagiert, habe mich gerne beteiligt und eingebracht.

Zwangsläufig wurde ich für immer mehr, auch politische Positionen, angefragt. Zum Beispiel für eine Kandidatur für den Stadtrat. Im Jahr 2014 wurde ich dann in den Umwelt-, Bau- und Planungsausschuss der Stadt Daun gewählt. Hier habe ich viele Jahre meine Fähigkeiten und mein Fachwissen als Architektin einbringen können. Es folgten ein Stadtratsmandat und ein Kreistagsmandat. So kam ich zur Politik.

Auch in meinem bisherigen Beruf als Architektin hat es mir immer besondere Freude bereitet, ein Projekt von Beginn an zu gestalten, zu entwickeln, zu formen und letztlich zu vollenden. Dies fasziniert mich auch in meinem politischen Engagement. Es interessiert mich, kontroverse Diskussionen zu führen, gemeinsame Projekte zu erarbeiten und nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Entscheidungen, die von einer breiten Basis getroffen werden sollten. Es ist wichtig, dass sich Menschen mit möglichst vielen Lebenswirklichkeiten politisch engagieren. Es ist wichtig, dass sich Frauen und Männer, Alleinerziehende, Handwerker, Selbstständige, Studenten, Einheimische, Eltern, Migranten, Junge und Alte am politischen Diskurs beteiligen, um zu guten Entscheidungen zu kommen. Daher ist es mir ein Anliegen zu sagen: Macht mit, engagiert euch!

Als Landratskandidatin bin ich mit dem Slogan „Mit Herz und Haltung“ angetreten, als Landrätin bin ich ihm verpflichtet. Dazu gehört für mich die Begegnung mit Bürgern

\* Interview mit Julia Giesecking, die seit 1.4.2021 Landrätin des Landkreises Vulkaneifel ist.

auf Augenhöhe, zuzuhören, Probleme zu lösen. Ich habe die Bürgersprechstunde wieder eingeführt und bin viel im Landkreis unterwegs, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

Um politische Entscheidungen und auch die Arbeit der Kreisverwaltung Vulkaneifel transparenter zu gestalten, haben wir begonnen, Pressekonferenzen online zu übertragen. Außerdem haben wir unsere Social-Media-Accounts ausgeweitet und monatliche Videobotschaften eingeführt. Die Menschen sollen wissen, über welche aktuellen Themen diskutiert wird, Hintergründe zu speziellen Fragestellungen erfahren und Aspekte der Verwaltungsarbeit kennenlernen. Mir ist es wichtig, den politischen Diskurs nicht hinter verschlossenen Türen auszugetragen. Weil dies langfristig zu Politikverdrossenheit führt.

Die vielen positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung zu unserer transparenten Medienarbeit bestärken mich. Wir sind auf einem guten Weg!

**Durch den fortschreitenden demografischen Wandel steht auch die Vulkaneifel vor der schwierigen Aufgabe, die flächendeckende Gesundheitsversorgung in Zukunft vollumfänglich sicherzustellen. Wo liegen hier Ihre Schwerpunkte?**

Diese Aufgabe haben wir in der Vergangenheit frühzeitig erkannt und einen Gesundheitsmanager eingestellt. Seine Aufgabe: Netzwerken und die medizinischen Akteure im Landkreis zusammenbringen, Symbiosen und Synergien schaffen.

Ein besonderes Thema ist die Nachwuchsakquise. Wie schaffen wir es, dass junge Menschen aus der Vulkaneifel nach ihrem Medizinstudium zurück in ihre Heimat

kommen? Wie schaffen wir es, Menschen aus anderen Gegenden vom Leben und Wirken in der Vulkaneifel zu überzeugen? Eine mögliche Antwort sehen wir in der Installation eines Lehrkrankenhauses und einer Vergabe von Stipendienplätzen der kooperierenden Universität. Ein erster Schritt ist uns gelungen: Das Maria-Hilf-Krankenhaus in Daun wird in Zukunft mit der UMCH Hamburg zusammenarbeiten. Ab dem Wintersemester 2022/2023 geht es mit Stipendien für zwei Studierende los!

Wie wichtig die medizinische Versorgung ist, hat die Corona-Pandemie eindrucksvoll bewiesen. Ich bin stolz darauf, dass unser Landkreis eine der höchsten Impfquoten der Bundesrepublik aufweisen kann. Alle haben hier buchstäblich die Ärmel hochgekrempt und super zusammengearbeitet: Impfkoordinatoren, Mediziner, Pharmazeuten, einfach alle Beteiligten.

**Sie sind von Hause aus Architektin und haben die letzten 20 Jahre auch in diesem Beruf gearbeitet. Hilft Ihnen das beim strukturierten Herangehen an Sachverhalte? Denn irgendwie ist ja jedes Thema ein eigenes Bauwerk mit seinen Winkeln, Geschichten und Eigenheiten.**

Davon bin ich überzeugt. Als Architektin bin ich Generalistin. Der Beruf befasst sich mit einer Fülle von Themen: Gebäudetypologie, Technik, Normen, Gesetzgebung, Rechtsprechung u.v.m. Man braucht eine gehörige Portion Kreativität, nicht nur um einen tollen Entwurf zu fertigen, auch um die vielfältigen Themen unter einen Hut zu bringen. Jedes Projekt hat seine eigenen Anforderungen. Genauso wie die Menschen. Auch die Belange der Bauherrschaft, der Handwerker, der Fachplaner,

der Behörden und weiterer Akteure müssen berücksichtigt und zusammengebracht werden. Hier ist oft Fingerspitzengefühl gefragt und eine gute Menschenkenntnis.

Für eine gute Planung und eine gute Umsetzung müssen viele Entscheidungen getroffen werden. Sachgerechte, pragmatische, manchmal auch mutige Entscheidungen, die ein Projekt voranbringen und ein Bauwerk entstehen lassen.

Ich habe gelernt, diese Entscheidungen zu treffen. Eine wichtige Fähigkeit auch für mich als Landrätin.

**Noch immer führen nur wenige Frauen die Kreisverwaltungen bundesweit. Was ist ein Erfolg versprechender Ansatz, diesen Nachholbedarf zu decken?**

Was die Führungspositionen innerhalb der Kreisverwaltungen angeht, sollte man talentierte Frauen gezielt ansprechen, sie fördern und sie ermutigen, Verantwortung zu übernehmen. Außerdem müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, zum Beispiel mittels einer strategischen Beförderungspolitik für Frauen. Und es ist wichtig die Bereitschaft von Frauen zu stärken, Führungspositionen zu besetzen.

Auch was das politische Engagement von Frauen angeht, könnte persönliche Ansprache helfen. Es gibt überall sehr engagierte Frauen, die sich über die Maßen im Beruf und ehrenamtlich einbringen – leider zu wenige in der Politik. Ich werde daher nicht müde zu sagen: Wenn ihr eure Lebensrealität in der Politik abgebildet sehen wollt, müsst ihr mitmachen! □

## „Politik muss glaubwürdig sein – in turbulenten Zeiten mehr denn je“\*

**Frau Harms, Sie haben als von einem breiten Parteien – Bündnis unterstützte Kandidatin die Landratswahl im Landkreis Ammerland für sich entscheiden können. Wie lautet Ihr Programm für die ersten 100 Tage?**

Ich habe kein 100-Tage-Programm. Ich möchte den erfolgreichen Weg von Jörg Bensberg fortsetzen und nichts umkrempeln. Im Dezember steht bereits der Haushalt auf der Tagesordnung und ich möchte die solide Finanzpolitik weiterführen. Der Landkreis ist bisher damit gut gefahren. Die Bürger erwarten von uns, dass wir nur so viel ausgeben, wie wir einnehmen oder so investieren, dass es sich auf Dauer rechnet.

Zwei wichtige Themen habe ich aber auf der Agenda, die auch Geld kosten werden: Wir müssen mehr Plätze für die Kurzzeitpflege schaffen. Dazu gibt es auch schon erste Ideen. Und in der Jugendhilfe ist in den letzten Jahren der Bedarf enorm gestiegen. Ich fürchte, nach Corona wird es hier noch mal einen Schub geben. Darauf müssen wir uns schnell einstellen.

Außerdem ist es mir wichtig, schnell in das Thema „Klimaschutz“ einzusteigen. Der noch amtierende Kreistag hat für dieses Thema in seiner letzten Sitzung zusätzliche 250.000 € bereitgestellt. Hier gilt es zu prüfen, welche Maßnahmen als nächste zu treffen sind.

**Sie sind gelernte Verwaltungswirtin, wurden beim Landkreis Friesland ausgebildet, haben dann als Organisationsprogrammiererin und bei Siemens Nixdorf gearbeitet. Wie wichtig sind digitale Verwaltungsabläufe in einer Kreisverwaltung des Jahres 2021? Und welche Voraussetzungen müssen dafür noch geschaffen werden, um sämtliche Potenziale zu heben?**

Ich halte digitale Verwaltungsabläufe in einer Kreisverwaltung des Jahres 2021 für sehr wichtig. Gerade hier können Ver-

\* Interview mit Karin Harms, die seit dem 1.11.2021 Landrätin des Landkreises Ammerland ist.

waltungsabläufe beschleunigt und auch vereinfacht werden. Das kommt dann sowohl den Bürgern zugute als auch der Verwaltung entgegen. Ganz nebenbei ist dies natürlich auch eine Maßnahme, die sich klimaschutzmäßig auswirkt, da die Bürger nicht wegen jedem Antrag zum Landkreis fahren müssen und damit nicht unmaßgeblich Fahrtwege eingespart werden können.

Insgesamt habe ich den Eindruck, dass sich gerade deutsche Behörden hier schwertun. Das hat aber nichts damit zu tun, dass die agierenden Personen Digitalisierung ablehnen, sondern vielmehr mit bürokratischen Hürden. Da sind zum einen die – nicht falsch verstehen, sehr wichtigen – Datenschutzerfordernisse zu nennen als auch die vielen unterschiedlichen im Einsatz befindlichen Softwaresysteme. Dies ist sicherlich auch unserem Föderalismus geschuldet, führt aber in der Regel dazu, dass sich die digitale Zusammenarbeit von unterschiedlichen Behörden auf unterschiedlichen Plattformen durchaus schwierig gestaltet. Für Niedersachsen würde ich mir tatsächlich in bestimmten Bereichen konkrete Vorgaben wünschen, damit durch einheitliche Anwendungssysteme Synergieeffekte entstehen.

**Dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung wollen Sie in ihrer Arbeit einen zentralen Stellenwert einräumen. Was bedeutet das konkret und wie lässt sich das finanzieren? Der Landkreis Ammerland weist ja einen bemerkenswert niedrigen Kreisumlagehebesatz auf, was auf eine sehr solide Haushaltsführung schließen lässt.**

Tatsächlich ist der Landkreis Ammerland für seine solide Haushaltsführung bekannt. Die finanzielle Ausgangslage ist insofern eine gute. Gerade für den Bereich Klimaschutz gibt es bereits viele Förderprogramme und es werden aufgrund der Wichtigkeit viele weitere Programme folgen. Durch die gute Haushaltslage ist der Landkreis Ammerland in der Lage, die Kofinanzierung, die bei Förderprogrammen immer eine nicht ganz unwichtige Rolle spielt, zu leisten. Insofern wird es darum gehen,

welche Maßnahmen für das Ammerland am geeignetsten sind und mit welchen Förderungen diese dann umgesetzt werden können.



Landrätin Karin Harms.

**Sie haben die Bedeutung von Vernetzung und Ehrenamt immer wieder sehr betont. Der Deutsche Landkreistag setzt derzeit mit „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ ein Projekt zur Unterstützung von Ehrenamtlichen um, in dem es darum geht, den engagierten Menschen gewisse Rücken von Bürokratie und komplizierten Regelungen freizuhalten. Wo liegen bei diesem Thema Ihre Ansätze für den Landkreis Ammerland?**

Dass es ein solches Projekt vom Deutschen Landkreistag gibt, begrüße ich sehr! In den Gesprächen, die ich während des Wahlkampfes mit in ganz unterschiedlicher Weise ehrenamtlich Tätigen geführt habe, war auch das immer wieder Thema. Ein gutes Beispiel waren die immer wieder unterschiedlichen Corona-Regelungen, die viele Ehrenamtler vor große Herausforderungen in der Umsetzung gestellt haben. Aber natürlich gibt es auch unabhängig von der Pandemie viele gesetzliche Anforderungen

zu beachten, bei denen eine gute Unterstützung durch das Hauptamt sehr zu begrüßen und (fast) unabdingbar ist.

Mir geht es aber auch darum, bessere digitale Plattformen zu schaffen, über die sich ehrenamtlich Tätige besser vernetzen können und über die auch neue Ehrenamtler gewonnen werden können. Etliche Vereine haben durch die Corona-Pandemie ehrenamtliche Kräfte verloren. Hier gilt es, Unterstützung zu leisten. Viele Bürger wissen gar nicht unbedingt, auf wie vielfältige Art und Weise sie sich ehrenamtlich engagieren können. Ich bin mir sicher, dass es gerade in diesem Bereich Best-Practice-Beispiele anderer Landkreise gibt, auf die gegebenenfalls zurückgegriffen werden könnte.

**„Politik muss glaubwürdig sein – in turbulenten Zeiten mehr denn je“. Diesen Satz von Ihnen würde sicherlich fast jeder sofort unterschreiben. Aber was bedeutet das aus ihrer Sicht genau in Zeiten von generationenübergreifenden Aufgaben wie gleichwertigen Lebensverhältnissen, Klimawandel, Digitalisierung und Wohlstandssicherung? Woran wollen Sie sich selbst messen lassen?**

Die Menschen, die mich kennen, wissen, dass für mich Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit eine ganz besondere Bedeutung haben. Ich bin der Meinung, dass es wichtig ist, den Bürgern ganz genau zuzuhören, um daraus ableiten zu können, was die Menschen im Landkreis umtreibt, was ihnen wichtig ist und wo sie von der Politik ein Handeln erwarten.

Zur Glaubwürdigkeit gehört dann auch, bei bestimmten Fragestellungen, Farbe zu bekennen, auch, wenn dies gegebenenfalls unpopulär ist.

Ich bin keine Person, die „politische Phrasen drischt“ – und gerade hier habe ich den Eindruck gewonnen, dass das viele Bürger leid sind – , sondern bin immer dafür, Fakten auch konkret zu benennen und dazu zu stehen. Das macht für mich Glaubwürdigkeit aus – und zwar unabhängig davon, um welches Thema es geht. □

## Kernaufgaben der Verwaltung sind das Aufrechterhalten des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und die Daseinsvorsorge\*

**Frau Schulz, seit 18 Jahren arbeiten Sie in verschiedenen Leitungspositionen beim Landkreis Lüchow-Dannenberg. Sie kennen die Kreisverwaltung also in- und auswendig. Wo wollen**

**Sie zuerst ansetzen? Lesen konnte man ja bereits, dass Sie ein Entwicklungskonzept für den Landkreis planen...**

Tatsächlich bin ich seit mittlerweile 37 Jahren beim Landkreis Lüchow-Dannenberg

\* Interview mit Dagmar Schulz, die seit dem 1.11. 2021 Landrätin des Landkreises Lüchow-Dannenberg ist.

und habe während dieser Zeit in fast allen Fachdiensten Erfahrungen sammeln dürfen. Seit 2003 arbeite ich in Leitungspositionen und habe in diesem Zusammenhang u. a. den Regiebetrieb Gebäudewirtschaft aufgebaut, den Fachdienst Straßenverkehr vom Schalterbetrieb zu einem kundenorientierten Dienstleistungsbetrieb entwickelt und vier einzelne Fachdienste zu dem Fachdienst Jugend-Familie-Bildung zusammengeführt mit der Entwicklung von Prozessketten für die Personalbemessungen und einem aussagekräftigen Fach- und Finanzcontrolling.

„Der Blick über den Tellerrand“ ist für mich die Voraussetzung für gelingende Gestaltung in der Verwaltung, daher wurden von mir auch integrierte fachdienstübergreifende Planungsprozesse eingeführt.

Seit 2002 habe ich an allen Prozessen der Verwaltungsmodernisierung mitgewirkt (u. a. Neues Kommunales Rechnungswesen, Bürgerorientierung...). Und jetzt stehen wir wieder an einer wichtigen Schwelle mit dem Erfordernis, die Verwaltungsstrukturen an die sich verändernden gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

Kernaufgaben der Verwaltung sind das Aufrechterhalten des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und die Daseinsvorsorge. In den letzten Jahren wurden die Verwaltungen mit der Klimakrise, der COVID-19-Pandemie, dem demografischen und gesellschaftlichen Wandel sowie dem rasanten technischen Fortschritt vor große Herausforderungen gestellt.

Um hier zukunftsfähig aufgestellt zu sein, braucht es auch einen Wandel in der Verwaltung mit der Beantwortung der Frage nach zeitgemäßen Kompetenzen, einer Öffnung nach außen, Transparenz und echter Beteiligung.

Darüber hinaus braucht es aber auch ein an diese Herausforderungen angepasstes Zukunfts-Entwicklungskonzept für diese Region, welches unter den vorgenannten Voraussetzungen erarbeitet werden soll.

**Wie kann es Ihrer Überzeugung nach gelingen, einen Zukunftspfad gemeinsam mit Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung zu beschreiten? Was braucht es dazu außer passenden Projekten und Inhalten sonst noch?**

In erster Linie braucht es ein neues Selbstverständnis in der Verwaltung als Kompetenzzentrum, um das Gemeinwesen für die Zukunft gut aufstellen zu können. Es geht darum, die Verständigungsprozesse zwischen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung auf Augenhöhe zu organisieren, zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Das bedeutet, multiprofessionelles Arbeiten und kompetenzerweiternde Voraussetzung wertzuschätzen und mit Offenheit

und Transparenz diese Gestaltungsprozesse umzusetzen.



Landrätin Dagmar Schulz. Foto: Rainer Erhard

**Sie wollen sich außerdem für die Stärkung umweltfreundlicher Wertschöpfungsketten im Landkreis einsetzen. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel haben Sie einmal von „radikalen Veränderungsprozessen“ gesprochen. Wie wird es Ihnen gelingen, Bevölkerung und Wirtschaft auf diesem Weg mitzunehmen?**

Ich denke, die Wirtschaft ist schon sehr viel weiter auf dem Weg der notwendigen Veränderungsprozesse als die Verwaltung. Wir brauchen hier agilere Prozesse in der Administration, um angemessen reagieren zu können, z. B. bei der Harmonisierung von Bestimmungen in Bezug auf innovative Projekte und Maßnahmen (EU-Recht, Bund, Land, Kommunen) und einen Quantensprung bei der Digitalisierung.

Für die Bevölkerung ist wichtig, dass die Menschen mit ihren Bedarfen und Bedürfnissen gesehen werden. Ziele dürfen und müssen ehrgeizig sein, aber sie müssen auch realistisch erreichbar sein und vor allem transparent und verständlich erarbeitet und kommuniziert werden.

Die Klimawandelfolgen erfordern Anpassungsprozesse in unseren Strategieplanungen, im Katastrophenschutz, in der Raumordnung und bei den Entwicklungskonzepten für die Zukunft. Die jüngsten Extremwetterereignisse haben uns gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat seit 2002 Erfahrungen mit fünf Jahrhunderthochwassern. Wir gehen daher mit viel Respekt und Achtsamkeit, aber auch mit diesem Erfahrungsschatz in die erforderlichen Planungen.

In der über 40-jährigen Geschichte des Gorbien-Widerstandes hat diese Region allerdings auch schon vieles erprobt (regenerative Energien, neue Formen des dörflichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens und in der Landwirtschaft, andere Formen gesellschaftlicher Beteiligungsprozesse...), was für uns bei der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen hilfreich sein kann.

**Welche Rolle spielt dabei die interkommunale Kooperation?**

Für mich ist die interkommunale Kooperation sehr wichtig. Insbesondere im Bereich der Infrastruktur, aber auch im Bereich von Kooperationen bei der Aufgabenerledigung können die Anforderungen und Herausforderungen für die Verwaltungen auf allen Ebenen in vielerlei Hinsicht mit verlässlicher Kooperation effektiv und zukunftsfähig gelöst werden.

Weiterhin halte ich auch Verabredungen und gemeinsame Festlegungen im Hinblick auf Gleichbehandlung und Vergleichbarkeit der Umsetzung von Bestimmungen in der interkommunalen Arbeit für unerlässlich.

**Sie haben sich Bürgerbeteiligung und Transparenz auf die Fahnen geschrieben und sich darüber hinaus für eine Kultur des Ermöglichens ausgesprochen. Darin steckt viel Verpflichtendes für die Kreisverwaltung und eine bestimmte Haltung. Was wollen Sie in diesem Kontext zuerst umsetzen?**

Einiges ergibt sich schon aus dem vorherigen Kontext. Zukunftsorientiertes Verwaltungshandeln bedeutet, dass Verwaltung und Politik strategisch und vorausschauend agieren. Zum Beispiel ist der Fachkräftemangel ein Problem, er beinhaltet aber auch die Chance, Einstellungsprofile im Hinblick auf notwendige Kompetenzen für die Zukunft in einigen Bereichen zu überprüfen. Hier gilt es, ein modernes Personalmanagement zu entwickeln, dass den zukünftigen Anforderungen gerecht werden kann. Ziel ist dabei, dass die Organisationsentwicklung in der Verwaltung Strukturen und Prozesse schafft, welche innovative Problemlösungen ermöglichen. Gleiches gilt für die Dialogformate mit den Bürgern, der Wirtschaft, der Technik und auch der Wissenschaft. Das kann nur mit der Beteiligung der Mitarbeiter gelingen und es steht auch nicht im Widerspruch zu einem rechtssicheren, regelkonformen, bürgerorientierten und effektiven Verwaltungshandeln. □

# Bestehendes bewahren und innovativ Neues schaffen\*

**Frau Rathgeber, Sie sind am 7.11. d. J. in der Stichwahl zur neuen Landrätin des Werra-Meißner-Kreises gewählt worden. Dabei haben Sie das Erstwahlergebnis mit Blick auf Ihren Konkurrenten von der SPD eindrucksvoll gedreht. Was glauben Sie, was die Wähler auf den letzten Metern von Ihnen überzeugt hat?**

Mit meinen Vorhaben, Bestehendes zu bewahren und innovativ Neues zu schaffen, habe ich in vielen Punkten mit meinem Wahlprogramm die Stimmung der Wähler getroffen. Mir ist gerade in den letzten 14 Tagen immer wieder entgegengebracht worden, dass man meine authentische, offene Art und meinen Blick von außen ohne ideologische Scheuklappen sehr schätzt. Auch die Wähler meiner vorherigen Mitbewerber haben mir das mitgeteilt und zugesagt, mir deshalb bei der Stichwahl ihre Stimme zu geben. Aber auch die mediale und die Präsenz vor Ort haben mir nochmal geholfen, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, sie von mir zu überzeugen und auf die spannenden Zukunftsthemen der Region hinzuweisen. Die Resonanz und die Stimmung an den Ständen war schon beeindruckend und spürbar. Mir wurde oft mitgeteilt, dass man gerade meine Präsenz vor Ort und meine kommunikative bürgernahe Art sehr schätzt.

**Sie sind seit diesem Jahr Ortsvorsteherin in ihrem Wohnort Meinhard-Grebendorf und arbeiten im Hauptberuf als Teamleiterin der Akademiker- und Studierenden-Beratung in der Agentur für Arbeit in Kassel. Was wollen Sie in den ersten 100 Tagen in der Kreisverwaltung angehen?**

In der Kreisverwaltung werde ich mit den Mitarbeitern Gespräche führen und mich in allen Abteilungen vorstellen. Mein Ziel ist es, eine Grundlage für eine vertrauensvolle und ehrliche Zusammenarbeit zu schaffen. Nur mit Hilfe einer guten Verwaltung kann ich mich schnell mit dem täglichen Geschäft vertraut machen und mich einarbeiten. Dazu gehört auch, mir einen Überblick über den Stand der laufenden und zukünftig anzugehenden Vorgänge zu verschaffen.

Zudem werde ich mich in allen Städten und Gemeinden, bei Unternehmen, Vereinen, Behörden und Institutionen vorstellen, auch um zu erfahren, „wo der Schuh drückt“. Und allem voran werde ich natürlich mit den Fraktionen des Kreistages Gespräche führen, um eine zukünftige gute Basis bezüglich anstehender Entscheidungen zu haben.



Designierte Landrätin Nicole Rathgeber.

Um das zu schaffen, werde ich mir in den ersten 100 Tagen wenig Freizeit gönnen.

**Ihr Landkreis weist eine geringe Einwohnerdichte auf. Inwiefern ist das eine Herausforderung bei der Organisation kommunaler Daseinsvorsorge?**

Die typischen Beispiele für Aufgabenbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge sind der ÖPNV, Krankenhäuser, Bildung und vieles mehr. Das wird eine große Herausforderung in den kommenden Jahren, den Landkreis weiter attraktiv zu halten. Es gibt schon gute Beispiele in unserem Landkreis, in denen beispielsweise Dorfläden in Zusammenarbeit mit einer Supermarktkette und einem Verein errichtet oder weitergeführt wurden. Bargeld kann man sich bei vielen Supermärkten an der Kasse kostenfrei auszahlen lassen. Und wir haben noch den Überlandbus der Sparkasse Werra-Meißner, der in viele Dörfer fährt, die keine Zweigstelle mehr haben.

Damit der ÖPNV angenommen wird, muss er deutlich attraktiver werden, d. h. im Stundentakt auch über die kleinen Ortsteile fahren, und dies ab früh morgens bis in die Abendstunden, um ihn auch wieder für die Pendler attraktiv zu gestalten. Zudem sollte die Preisgestaltung benutzerfreundlich werden, um einen Anreiz zu geben, den ÖPNV zu nutzen. Dies alles sollte innerhalb der kommenden drei bis fünf Jahre intensiv umgesetzt werden, damit ein realistischer Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduktion im Verkehr gegangen wird.

Als Landkreis können wir durch qualitativ gut arbeitende Krankenhäuser mit dafür sorgen, dass unsere Häuser auch für Ärzte, die in die Stadt wollen, ein sehr attraktiver Arbeitsort wird. Wo ein guter Ruf durch gute Arbeit, freundliches Personal und gute Arbeitsbedingungen herrscht, wird auch gern eine Stelle von jungen Ärzten angenommen. Schließlich ist auch das Angebot im Wohnumfeld entscheidend für künftige Ansiedlungswillige: Gibt es gute Schulen, Betreuungen, Freizeitangebote? Dann ziehen auch Ärzte und andere Arbeitnehmer gern zu uns in den Werra-Meißner-Kreis.

Auch stelle ich mir eine Ideenbörse, gern auch online, vor, auf der alle Bürger ihre guten Ideen zum Leben im Landkreis veröffentlichen und diskutieren können, um letztendlich das eine oder andere mit den Kommunen und Vereinen gemeinsam umzusetzen. Denn Ideen und Maßnahmen, die von vielen getragen werden, sind nicht zum Scheitern verurteilt.

Alle diese Maßnahmen gilt es auszubauen und mindestens zu erhalten, damit unsere kleineren Wohnorte weiterhin attraktiv bleiben. Dafür werde ich mich einsetzen.

**Sie übernehmen die Amtsgeschäfte von Stefan G. Reuß, der zum Jahresbeginn Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen wird und seit 2006 Landrat war. Er war als umtriebiger Kämpfer für den Werra-Meißner-Kreis auch über Hessen hinaus beispielsweise in vielen Modellprojekten aktiv. Werden Sie dieses Engagement fortsetzen und in welchen Bereichen wollen Sie als Landrätin neue Akzente setzen?**

Der Werra-Meißner Kreis liegt mir als meine Heimat besonders mit seinen Menschen, seiner landschaftlichen Schönheit und allem, was er zu bieten hat, am Herzen und ich möchte ihn dahin bringen, dass alle von den Vorteilen der Lage im „Herzen“ von Deutschland und Europa mehr profitieren können. Langfristig möchte ich dafür werben, gemeinsam Ziele zu erreichen. Seien es die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, gute Kitas und Schulen, eine bessere medizinische Versorgung inklusive der Apotheken, der Schutz unserer Umwelt, die Wertschätzung des Ehrenamtes und vieles mehr.

**Sie werden auch die erste Frau in diesem Amt des Werra-Meißner-Kreises sein. Für Frauen ist es noch immer**

\* Interview mit Nicole Rathgeber, die mit Wirkung ab 1.1.2022 Landrätin des werra-Meißner-Kreises ist.

**schwerer, in Führungspositionen der Verwaltung aufzurücken oder politische Ämter zu erringen. Welche Erfahrungen haben Sie in dieser Hinsicht bislang gemacht?**

Ich nehme in den letzten Jahren einen positiven Trend von Frauen in Führungspositionen wahr und kann auch nur bestätigen, sich zu trauen und den Mut aufzubringen,

seinen „Hut in den Ring zu werfen“, wenn man sich für eine Position interessiert und die Fähigkeiten dafür besitzt. Für mich zählt aber tatsächlich bei aller Diskussion um Frauenförderung immer noch, dass die richtige Person an der richtigen Stelle sitzen muss und da ist das Geschlecht nicht ausschlaggebend. Ich persönlich habe als weibliche Führungskraft bislang nur posi-

tive Erfahrungen gemacht. Durchsetzen muss ich mich in meinen Aufgaben mit meinem Fachwissen und meiner Persönlichkeit und ich lasse mich nicht durch geschlechterspezifische Aussagen beirren. Ich hoffe daher, dass die meisten genauso denken und jedem die gleiche Chance geben. □

## Gefordert: Klarer Kompass, starke kommunale DNA und diplomatisches Geschick\*

**Nach mehrjähriger Tätigkeit an einem öffentlich-rechtlichen Lehrstuhl begannen Sie Ihre kommunale Laufbahn beim Landkreistag Brandenburg, bevor Sie zum Deutschen Landkreistag (DLT) kamen. Dort hatten Sie in den ersten Jahren vor allem mit der politisch hochbrisanten Zusammenarbeit von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum SGB II zu tun und haben das Wirken des Deutschen Landkreistages hierbei maßgeblich mitgestaltet, seit 2005 auch als Beigeordnete. Aktuell wird aus Anlass der Koalitionsverhandlungen im Bund auch über dieses Thema geredet – über soziale Gerechtigkeit, Kindergrundsicherung und Mindestlohn. Ist das Ihrer Meinung nach berechtigt?**

Das SGB II hat sich grundsätzlich bewährt. Die Jobcenter integrieren jährlich 1 Mio. Menschen in den ersten Arbeitsmarkt, die Hälfte davon langzeitarbeitslose Menschen. Sie sind wichtige arbeits- und sozialpolitische Akteure. Grundlegende Veränderungen am SGB II brauchen wir nicht, aber eine vernünftige Mittelausstattung, nicht zuletzt angesichts der wieder zunehmenden Zahl von Langzeitarbeitslosen. Zugleich hat der DLT Vorschläge zur Vereinfachung des Leistungsrechts sowie zur Ausgestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vorgelegt. Insbesondere für die Kosten der Unterkunft, die von der Rechtsprechung enorm kompliziert ausgestaltet worden sind (Stichwort „Schlüssiges Konzept“), bräuchten wir gesetzliche Vorgaben, die eine praktische und rechtssichere Handhabung vereinfachen.

Kritisch sehe ich die Fortführung des sog. erleichterten Zugangs, der während der Pandemie bestimmt worden ist, damit insbesondere Selbstständige, die nicht im Fokus des SGB II standen, es leichter haben. Hier ist vorgesehen, dass Unterkunftskosten ohne Prüfung der Angemessenheit in tatsächlicher Höhe übernommen werden. Würde man dies auf das gesamte SGB II übertragen, wie es von den Koalitionspartnern überlegt wird, würde dies enorme Auswirkungen auf den allgemei-

nen Mietmarkt haben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Vermieter sehr schnell auf das reagieren, was die Jobcenter übernehmen. Günstigere Wohnungen sind dann kaum noch zu finden. Man würde also Fehlanreize schaffen und bezahlbaren Wohnraum für untere Einkommensgruppen zusätzlich erschweren.



Dr. Irene Vorholz.

Auch das Stichwort „Kindergrundsicherung“ ist schwierig. Es gibt ja bereits eine Kindergrundsicherung – sowohl im SGB II als auch in der Sozialhilfe wird die Grundsicherung für Kinder gewährt. Das Zusammenführen dieser Leistung mit anderen familienpolitischen Leistungen führt schnell zu Verwerfungen und Benachteiligungen gegenüber dem bisherigen System. Dies muss sehr gut überlegt werden. Insbesondere sollten die Kinder nicht isoliert von ihrem familiären Zusammenhang bzw. der Haushaltskonstellation betrachtet werden.

**Ein weiterer Schwerpunkt Ihrer Arbeit ist das Megathema Pflege. Wo sind in diesem Themenfeld die herausragen-**

**den Baustellen für die nächsten Jahre?**

Die Kosten einer stationären Pflege betragen für die Pflegebedürftigen im Durchschnitt über 2.000 €. Die Ausgaben in der Langzeitpflege werden in den nächsten Jahren weiter steigen. Ursachen sind auf der einen Seite die demografische Entwicklung und die zunehmende Zahl pflegebedürftiger Menschen, auf der anderen Seite eine bessere Entlohnung und eine verbesserte Personalausstattung der Pflegeheime und ambulanten Dienste. Es gab zwar in der vergangenen Legislaturperiode eine ganze Reihe gesetzlicher Änderungen, die Pflegestärkungsgesetze sowie zuletzt die Pflegereform 2021, mit der die Eigenanteile der Pflegebedürftigen begrenzt worden sind. Das ist aber noch deutlich zu wenig. Wir brauchen weitere Leistungen der Pflegekassen, damit es nicht immer nur auf Kosten der Pflegebedürftigen und im Fall von deren Bedürftigkeit der Hilfe zur Pflege geht.

Daneben ist eine aktivierende Alterspolitik der Landkreise wichtig. Hierfür muss eine kommunale Planung und Steuerung im Interesse der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen gesetzlich ermöglicht werden. Die Kreispflegeplanung muss von den Pflegekassen verpflichtend berücksichtigt werden. Dies ist bislang am Beharrungsvermögen der Kassen gescheitert und sollte in der neuen Legislaturperiode gleichfalls angegangen werden. Nur so kann eine sozialräumlich orientierte Pflegeinfrastruktur erreicht werden, die auf dem Land anders aussehen muss als in der Stadt.

**Sie haben langjährige Verbandserfahrung. Was würden Sie zusammenfassend sagen, worauf es beim Wirken in einem kommunalen Spitzenverband besonders ankommt? Gibt es Schlüsselfähigkeiten, die vonnöten sind?**

\* Interview mit Dr. Irene Vorholz, Stellvertreterin des DLT-Hauptgeschäftsführers.

Die Arbeit in einem kommunalen Spitzenverband – an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik – ist hochinteressant. Strategische Fragen von hoher gesellschaftlicher Bedeutung sind ebenso zu klären wie knifflige Rechtsfragen oder die operative Umsetzung einzelner Vorschriften. Hervorzuheben ist die flache Hierarchie in der DLT-Hauptgeschäftsstelle und die enge Vernetzung mit den Dezernaten Finanzen und Recht. Dies ermöglicht es mir, einem ganzen Bundesressort gegenüberzutreten, von der Leitung bis zum Sachbearbeiter. Erforderlich sind neben einem klaren Kompass und einer starken kommunalen DNA nicht nur juristische und fachliche Kenntnisse, sondern auch diplomatisches Geschick und ein sozialkompatibles Auftreten. Manchmal bedauere ich

es, immer nur durch die Kraft der Argumente andere überzeugen zu können; schön wäre es, auch mal die Macht zu haben, etwas einfach selbst durchsetzen zu können.

**Für Frauen ist es noch immer schwerer, in Führungspositionen der Verwaltung und Gerichtsbarkeit aufzurücken oder politische Ämter zu erringen. Gleiches gilt für Vorstände, Aufsichtsräte oder leitende Angestellte in Unternehmen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Worauf kommt es hierbei Ihrer Meinung nach besonders an? Sind es unzureichende rechtliche Regelungen, tradierte Rollenbilder oder insgesamt noch immer zu undurchlässige Machtstrukturen?**

Bislang hatte ich in meinem Berufsleben weder Nachteile aufgrund des Geschlechts zu gewärtigen noch Schwierigkeiten, Führungspositionen zu erlangen. Möglicherweise liegt es daran, dass das Sozial- und Arbeitsrecht sehr ausdifferenziert und kompliziert ist und von Männern nicht immer angestrebt wird... (zwinkert). Aber es stimmt, auch in unserer Hauptgeschäftsstelle sind Frauen nur in den Sekretariaten in der Überzahl. Wir haben deutlichen Nachholbedarf. Im politischen Geschäft sehe ich als problematisch insbesondere, dass nicht alles offen besprochen, sondern im berühmten Hinterzimmer oder beim Bier verhandelt wird. Dort trifft man dann auf so manche etablierte Seilschaft. Ich setze mich demgegenüber für transparente Prozesse ein. □

## Rechtzeitig in ein politisches Verfahren einklinken, eigene Belange gut und kompetent an den richtigen Stellen einbringen sowie passende Gelegenheiten klug nutzen\*

**Sie waren 26 Jahre in der Landtagsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz in Verantwortung, bevor Sie 2018 als Geschäftsführende Direktorin zum Landkreistag Rheinland-Pfalz kamen und dort seit nunmehr einem Jahr auch die Hauptgeschäftsführung innehaben. Welches Zwischenfazit Ihrer Arbeit der letzten drei Jahre würden Sie ziehen?**

Nach 26 Jahren in der Parlamentsverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz, zunächst als Referatsleiterin im Wissenschaftlichen Dienst und später als Zentralabteilungsleiterin und stellvertretende Landtagsdirektorin weiß ich genau, wie Politik tickt. Dabei kommt es für einen kommunalen Spitzenverband nicht allein darauf an, mit Fachkompetenz und guten Vorschlägen in Stellungnahmen und Anhörungen überzeugen zu können. Es ist genauso wichtig, sich rechtzeitig in ein politisches Verfahren einzuklinken, die eigenen Belange gut und kompetent an den richtigen Stellen einzubringen sowie passende Gelegenheiten klug zu nutzen.

In einem kommunalen Spitzenverband kommt es zudem darauf an, Kommunikation und Information sowohl für die eigenen Mitglieder wie auch für die politischen Akteure wirkungsvoll zu gestalten. Ich habe den Anspruch, Informationen gut aufzubereiten und die verschiedenen Medien bedarfsgerecht zu nutzen, um die Belange meines Verbandes deutlich zu machen.



Dr. Daniela Franke.

Mit unseren bislang vier Veranstaltungen rund um das Thema gleichwertige Lebensverhältnisse hat der rheinland-pfälzische Landkreistag viele politische Multiplikatoren erreicht. Der Landkreistag hat zudem eine Pressereihe „Kommunen machen Klima“ initiiert, mit der die kommunalen Spitzenverbände und die Landesenergieagentur Best-Practice-Beispiele im Bereich des kommunalen Klimaschutzes vorstellen.

Ich lege zudem großen Wert darauf, dass wir uns als Verband stärker strategisch

aufstellen, die Themen von morgen bereits heute denken. Ich habe für den Landkreistag Rheinland-Pfalz eine Wasserstoffresolution initiiert und wir sind Vorreiter auf dem Weg zu einer Digitalisierungsstrategie der Kreise, in der es u. a. um gemeinsame IT-Lösungen, die Chancen interkommunaler Zusammenarbeit, gemeinsame Strategien der IT-Sicherheit und um Wege aus dem Fachkräftemangel geht. Als sachverständiges Mitglied in der Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ des rheinland-pfälzischen Landtags durfte ich an Empfehlungen zur Stärkung der Krisenfestigkeit und Resilienz des Landes mitarbeiten.

Im März dieses Jahres haben wir den Startschuss für einen Kommunalen Klimaschutzpakt mit dem Land gesetzt. Und im August startete endlich das vom Landkreistag, vier Kreisen und der KGSt ins Leben gerufene Projekt Strukturlotse, das dazu beitragen soll, im Wege interkommunaler Zusammenarbeit vor allem kleinen und strukturschwachen Kommunen die Inanspruchnahme von Förderprogrammen zu ermöglichen. Dabei werden wir auch vom Deutschen Landkreistag unterstützt, worüber ich mich sehr freue.

Ich schaue auf spannende und erfolgreiche knapp dreieinhalb Jahre im Landkreistag zurück und freue mich auf die kommenden Herausforderungen.

\* Interview mit Dr. Daniela Franke, die seit 1.7.2018 Geschäftsführende Direktorin beim Landkreistag Rheinland-Pfalz ist und seit gut einem Jahr die Hauptgeschäftsführung innehat.

**Sie sind beim Landkreistag auch zuständig für Wirtschaftsfragen, Wirtschaftsförderung und die Strukturpolitik. Außerdem gehören Sie der AG „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) von CDU/CSU an. Diese Fragestellungen sind für das Land Rheinland-Pfalz und insbesondere die dortigen Landkreise von größter Bedeutung. Welche politischen Entscheidungen erwarten Sie zur Unterstützung Ihrer Arbeit in dieser Hinsicht von der Bundesregierung bzw. vom Bundesgesetzgeber? Die Legislaturperiode hat ja gerade erst begonnen und man steckt mitten in der Koalitionsbildung...**

Wir brauchen Vereinfachungen und Straffungen bei Genehmigungsverfahren im Bereich der Infrastruktur. Es kann nicht sein, dass wir zig Jahre lang planen und die Gerichte beschäftigen müssen, obwohl der Bedarf für Schienenwege, Straßen- und Brückensanierungen oder für Windkraftanlagen akut ist.

Außerdem müssen den Versprechungen eines Bürokratieabbaus – ich lese das seit Jahren in den Parteiprogrammen, aber die Bürokratie wird Jahr für Jahr verschärft – endlich Taten folgen. Wir können Innovationsvorhaben nicht nur durch die Brille eines Rechnungshofes betrachten; Kreativität und Investitionsbereitschaft von Kommunen und Unternehmen müssen gefördert werden. So werden wir im Übrigen auch Erfolge beim Klimaschutz erzielen. Die Kommunen brauchen mehr Gestaltungsspielräume und Entscheidungsfreiheit.

Bei der Digitalisierung erwarte ich mir mehr beherztes „Doing“ und eine tatkräftige Unterstützung der Kommunen, die in den Startlöchern für digitale Projekte stehen, die dabei aber auf die Unterstützung des Bundes und ihres Landes angewiesen sind. Das gilt im Übrigen auch für 5 G „an jeder Milchkanne“, das wir dringend

brauchen, wenn wir die Land- und Forstwirtschaft im ländlichen Raum modernisieren und stärken sowie Unternehmen ansiedeln wollen. Auch bei der Verkehrswende brauchen wir kluge Konzepte vor allem für den ländlichen Raum, um dort moderne und bedarfsgerechte Mobilitätsangebote zu schaffen.

**Die Flutkatastrophe an der Ahr liegt erst wenige Monate zurück, die Folgen werden uns noch lange beschäftigen. Welche Schlüsse müssen mit Blick auf schlagkräftige Strukturen des Katastrophenschutzes Ihrer Auffassung nach gezogen werden?**

Das Rezept für schlagkräftigere Strukturen im Katastrophenschutz kann nicht heißen, mehr zu zentralisieren. Wir brauchen ortskundige, dezentrale Strukturen in den Kommunen, die durch interkommunale Zusammenarbeit in der Krise noch verstärkt werden können. Wir dürfen uns zudem nicht nur auf digitale Warnsysteme verlassen, die bei einem Strom- und Mobilfunkausfall nicht mehr funktionieren. Erfolgsversprechend ist ein guter Mix aus analogen und digitalen Warnsystemen. Wichtig ist es aber auch, vor allem in den Schulen wieder mehr Kenntnisse über die Bedeutung von Sirenenfolgen, Notfallvorsorge und das Verhalten bei Unwettern zu vermitteln.

**Für Frauen ist es immer noch schwerer, in Führungspositionen der Verwaltung und Gerichtsbarkeit aufzurücken oder politische Ämter zu erringen. Gleiches gilt für Vorstände, Aufsichtsräte oder leitende Angestellte in Unternehmen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Worauf kommt es hierbei Ihrer Meinung nach besonders an? Sind es unzureichende rechtliche Regelungen, tradierte Rollenbilder oder insgesamt noch immer zu undurchlässige Machtstrukturen?**

Es sind sicher tradierte Rollenbilder. Frauen und Macht, das ist ein Thema, das von Männern, aber auch zuweilen von Frauen selbst kritisch betrachtet wird. Gegen den Anspruch, eine Machtposition innezuhaben, haben einige Frauen immer noch Vorbehalte. Dabei ist damit die Möglichkeit verbunden zu gestalten, zu verändern und etwas zu bewirken. Wie man mit Macht umgeht, das muss Frau sich nicht notwendigerweise bei männlichen Führungskräften abgucken, sondern sie sollte ihren eigenen Führungsstil wählen. Da sollten wir uns viel mehr trauen, immer aber authentisch bleiben und unsere eigenen Fähigkeiten nicht ständig in Frage stellen. Da sind wir oft viel zu selbstkritisch. Ich bin in unserem Landesmentoringprogramm Mentorin für junge weibliche Führungskräfte. Wir haben hervorragende weibliche Nachwuchskräfte. Sie haben es verdient, in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung zu gelangen. Also nur Mut!

**Wo beginnt Veränderung beim Thema Gleichberechtigung? Ist das ein Thema, über das wir in 30 oder 50 Jahren immer noch reden müssen?**

Wenn ich meinen Sohn und seine Freunde, seine Generation sehe, dann stimme ich das sehr optimistisch für die Zukunft. Aber natürlich wird es auch immer wieder Rückschläge geben, weil sich die Rollenbilder eben immer wieder verändern. Wenn Männer Elternzeit in Anspruch nehmen können, ohne in ihrem Betrieb dafür schräg angeschaut zu werden, wenn es selbstverständlich ist, von Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen und nicht nur von Bürgern, wenn Frauen und Männer für dieselbe Arbeit dasselbe Geld bekommen und wenn ich auch einem Mann mal die Tür aufhalten kann, ohne dass dies unangenehm auffällt, dann glaube ich, dann haben wir es endlich geschafft! □

## Ohne Kommunalpolitiker geht vor Ort nichts!\*

**Sie waren persönliche Referentin des damaligen Staatsministers für Bundes- und Europaangelegenheiten Reinhold Bocklet in der Vertretung des Freistaats in Berlin und wurden 2007 Büroleiterin des Innenstaatssekretärs, bevor Sie 2017 für eineinhalb Jahre Regierungsvizepräsidentin von Oberbayern geworden sind. Daran schloss sich eine dreijährige Abteilungsleitung im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr an. Wie kam es zu Ihrem Wechsel zum Bayerischen Landkreistag?**

Ganz einfach: Ich wurde gefragt und habe ohne zu zögern zugesagt. Nach über 25 Jahren im Dienst des Freistaats Bayern war es ein überaus verlockendes Angebot, noch einmal im Berufsleben „die Seiten zu wechseln“ und aus einer neuen Perspektive heraus und mit einem anderen Blickwinkel politische Fragen wie auch praktische Vorgehensweisen anzugehen. Dabei sind meine vielen guten Kontakte in die unterschiedlichen Ebenen der Staatsverwaltung sicherlich hilfreich. Die Arbeit in politischen Querschnittsbereichen zieht sich wie ein roter Faden durch mein Berufsleben, das ist ein sehr solides Funda-

ment für die Arbeit bei einem kommunalen Spitzenverband.

**Sie können auf eine einschlägige Prägung in der Landesverwaltung zurückblicken. Als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages braucht man ja eine Art „Kreis-Gen“, da die 71 Landkreise anders ticken als die Staatsregierung. Woran würden Sie diesen Blick für**

\* Interview mit Andrea Degl, die seit dem 1.10.2021 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages ist.

## die Bedürfnisse der kommunalen Ebene bei sich festmachen?

Ich habe während meiner gesamten Berufstätigkeit immer versucht, mir die praktischen Auswirkungen dessen, was da auf dem Papier steht oder am grünen Tisch beschlossen wird, vor Augen zu halten. Die reale Welt in unseren Landkreisen wartet nicht auf die klugen Ideen aus den Ministerien, sondern handelt und gestaltet. Dieser pragmatische Ansatz, das entsprach schon immer auch meiner Art, an die Dinge heranzugehen. Dazu kommt: Bei einem Staatssekretär, der viele Jahre Bürgermeister war, habe ich gelernt: Ohne Kommunalpolitiker geht vor Ort nichts!

## Sie haben bereits die Herausforderung einer Personalverwaltung für über 1.700 Mitarbeiter gemeistert, eine größere Einheit als die meisten Kreisverwaltungen. Gleichzeitig ist Ihre neue Aufgabe denkbar breit zugeschnitten, weil es den gesamten Kanon der Landkreiszuständigkeiten abzudecken gilt. Wo setzen Sie in der nächsten Zeit Ihre Schwerpunkte?

Die Digitalisierung war und ist zu Recht ein Megathema. Sie ist zentral für die gleichwertigen Lebensverhältnisse und unentbehrlicher Teil einer zukunftsfähigen Daseinsvorsorge. Als Hochtechnologieland Deutschland müssen wir eine Spitzenposition einnehmen. Stattdessen liegen wir im europäischen Vergleich in der Mitte. Da muss zügig mehr drin sein. Eine flächendeckende Digitalisierung ist technologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich der richtige Weg. Wir brauchen den gut digitalisierten ländlichen Raum, damit die Unternehmen und vor allem die Menschen in ihrer Heimat eine gute Zukunft haben. Die Pandemie hat in aller Härte offengelegt, dass es noch viel zu viele Baustellen in diesem Bereich gibt.

Auch der Klimaschutz bleibt fester Bestandteil der kommunalen Agenda. Ich sage bewusst „bleibt“, weil die Landkreise bereits seit vielen Jahren mit eigenen Projekten aktiv sind. Mit Blick auf die Gesamtstrategie wird es darum gehen, Stadt und Land nicht gegeneinander auszuspielen und passgenaue Lösungen zu finden, um einerseits unser Klima zu retten, andererseits aber auch unsere wirtschaftliche Zukunft und damit ebenso unsere Lebensgrundlage nicht zu gefährden. Wir werden hier sicherlich vertieft in den Austausch mit allen Beteiligten gehen. Und das immer wieder.

Das gilt auch, wenn es um die Finanzen unserer Landkreise geht. Natürlich sind die Interessenlagen von 71 Landkreisen in Bayern und fast 300 in Deutschland nicht immer gleich. Unsere vielfältigen Aufgaben gehören aber ordentlich gegenfinanziert.

Da sind wir uns alle einig. Das fängt beim Ausgleich der Gewerbesteuerausgleiche für 2021 an, geht über die Aufwendungen für soziale und von Berlin gewünschte Aufgaben und hört bei der Verstetigung von Projektfinanzierungen im Bereich des Klimaschutz auf. Wir brauchen auskömmliche Kommunalfinanzen.



Andrea Degl.

## Für Frauen ist es noch immer schwerer, in Führungspositionen der Verwaltung und Gerichtsbarkeit aufzurücken oder politische Ämter zu erringen. Gleiches gilt für Vorstände, Aufsichtsräte oder leitende Angestellte in Unternehmen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Worauf kommt es hierbei Ihrer Meinung nach besonders an? Sind es unzureichende rechtliche Regelungen, tradierte Rollenbilder oder insgesamt noch immer zu undurchlässige Machtstrukturen?

Tradierte Rollenbilder spielen wahrscheinlich schon noch eine Rolle. Es kommt aber auch auf die Persönlichkeit an. Man braucht schon das notwendige Selbstvertrauen, Beharrlichkeit und eine gewisse Durchsetzungsfähigkeit, um bestimmte Positionen zu erreichen, da tun sich möglicherweise die Männer etwas leichter. Und es braucht Netzwerke, das haben die Frauen vielleicht zu wenig erkannt und gepflegt. Nach meiner Erfahrung sind Hartnäckigkeit und ein klares Formulieren der eigenen Vorstellungen und Erwartungen unabdingbar, um eine Führungsposition zu erreichen. Es braucht aber auch den Blick der Verantwortlichen auf die Strukturen von Gremien: Wenn in einem Leitungsgremium zwölf Männer und zwei Frauen sitzen, dann muss man das sehen und sich die Frage stellen, ob das Gremium richtig besetzt ist. Die Frage kann im Einzelfall durchaus mit Ja beantwortet werden, aber

man muss es eben bewusst sehen. Nur mit diesem Sehen, mit diesem Sich-Bewusstmachen ändern sich Strukturen. Und dann ändern sich auch die Rollenbilder.

## Wo beginnt Veränderung beim Thema Gleichberechtigung? Ist das ein Thema, über das wir in 30 oder 50 Jahren immer noch werden reden müssen?

Gleichberechtigung im rechtlichen Sinne haben wir weitestgehend erreicht. Anders sieht es im täglichen Leben, in der Arbeitswelt, in der Familie aus. Hier würde ich eher von Chancengleichheit sprechen, und da gibt es noch viel zu tun. Eine echte Veränderung haben wir erst in dem Moment erreicht, in dem man gar nicht darüber nachdenken muss, ob es sich um eine Frage der Gleichberechtigung handelt. Es darf einfach keine Frage mehr sein, ob eine Frau in einer bestimmten Situation etwas können oder machen soll, ob sie genauso bezahlt wird wie ein Mann in derselben Position, ob sie sich allein um die Familie und die Kindererziehung kümmert oder ob das gemeinschaftlich gemacht wird. Auch die Frau an der Spitze des Dax-Konzerns darf keine eigene dpa-Meldung mehr wert sein! Ich war selbst die erste Abteilungsleiterin im Staatlichen Hochbau im Bauministerium, der früheren Obersten Baubehörde, seit deren Gründung im Jahr 1830 und noch dazu Juristin, das hat an mancher Stelle für erhebliche Irritation gesorgt. Davon darf man sich nicht beeinflussen lassen. Gleichberechtigung bedeutet für mich gleiche Möglichkeiten und Chancen und eine Gleichbehandlung in der gleichen Situation. Es bedeutet nicht Gleichmacherei in allen Lebenslagen.

Wir müssen noch so lange über das Thema reden, bis die im Grundgesetz verankerte, in Gesetzen zugrunde gelegte Gleichberechtigung auch tatsächlich als echte Gleichbehandlung gelebt wird. Und wenn die Frage nach der Gleichberechtigung an dieser Stelle nur mir gestellt wird, weil ich eine Frau bin, sie aber nicht genauso einem Mann gestellt worden wäre, dann wäre das schon mal ein Punkt, etwas zu verändern. □

# Es bleibt eine Herausforderung, soziale Verteilungsgerechtigkeit immer wieder in den Blick zu nehmen\*

**Sie waren bis zu Ihrem Amtsantritt als Geschäftsführerin beim Landkreistag Saarland als Sozialdezernentin beim Landkreis Saarlouis tätig. Zuvor waren Sie Geschäftsführerin der dortigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft des Landkreises und schon einmal Referentin beim Landkreistag. Schließt sich so der Kreis?**

Ja, das trifft zu. Ich war 14 Jahre mit dem sozialen Aufgabenbereich im Landkreis Saarlouis betraut. Zugleich hatte ich zeitweilig Geschäftsführungsfunktion für die Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung und für die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft im Landkreis Saarlouis. Es freut mich, dass mich mein beruflicher Weg nun wieder als Geschäftsführerin zu meiner ersten Tätigkeit zurückgeführt hat. Nach einem juristischen und europarechtlichen Studium, meinem Referendariat in Saarbrücken und Speyer erlebte ich meine „kommunalen Lehrjahre“ als Referentin beim Landkreistag Saarland. Vom Landkreistag führte mich mein beruflicher Werdegang zur gesetzlichen Sozialversicherung. Neun Jahre war ich zunächst Verwaltungsleiterin und später stellvertretende Geschäftsführerin beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung im Saarland. Im Jahr 2007 ergriff ich die Gelegenheit, als Dezernentin in meinem Heimatlandkreis Saarlouis zu den kommunalen Aufgaben zurückzukehren.

Seit Oktober führe ich die Geschäfte des Landkreistages Saarland. Ich habe ein sehr gut aufgestelltes Team angetroffen. Gemeinsam können wir in den nächsten Jahren einiges für unsere Mitglieder bewegen.

**Ihre Vortätigkeiten umfassen vor allem den Sozialbereich. Werden Sie hier auch besonderes strategisches Augenmerk richten, wenn es darum geht, die Landkreise in die Zukunft zu entwickeln?**

Ganz gewiss. Dabei wird es insbesondere darum gehen müssen, wie diese Aufgaben auch in Zukunft finanzierbar bleiben. Es bleibt eine Herausforderung, soziale Verteilungsgerechtigkeit immer wieder in den Blick zu nehmen. Es muss uns Ansporn sein, diese Aufgaben mit einem Minimum an Verwaltungsbelastung, Bürokratie und Dokumentation den Menschen, die hierauf angewiesen sind, zur Verfügung zu stellen.

Neben den sozialen werden aber auch andere Aufgaben stärker in den Blick zu

nehmen sein. Sei es die Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der ressourcenschonende Umgang mit unserer Umwelt und vieles mehr. Gerade auf die für mich eher neuen Aufgaben freue ich mich sehr.



Susanne Schwarz.

Foto: Yannick Hoen

**Am 4./5.10.2021 haben Sie damit auch das erste Mal an einer Sitzung des DLT-Präsidiums teilgenommen. Wie war dieser erste Eindruck?**

Ich habe mich sehr darüber gefreut, mir aus meinen Anfangsjahren als Referentin vertraute Menschen nach vielen Jahren wiederzusehen. Es ist sehr wohltuend, den gedanklichen Austausch mit anderen zu fördern. Dies gewährt gute Einblicke in nachahmenswerte Umsetzungsstrategien in der bundesweiten kommunalen Familie. Dieser Austausch erdet auch auf wohlthuende Weise. Durch die sehr gut vorbereitete und straffe Themenaufarbeitung durch den DLT gelingt es, im Verlaufe der Tagung in kürzester Zeit sehr tief in unterschiedliche Themen einzusteigen. Daher habe ich die Teilnahme an der Sitzung des DLT-Präsidiums als große persönliche und fachliche Herausforderung, aber auch Bereicherung empfunden. Ich freue mich auf die anstehenden Tagungen und den dort sattfindenden Austausch.

**Für Frauen ist es noch immer schwerer, in Führungspositionen der Verwaltung und Gerichtsbarkeit aufzurücken oder politische Ämter zu erringen. Gleiches gilt für Vorstände,**

**Aufsichtsräte oder leitende Angestellte in Unternehmen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Worauf kommt es hierbei Ihrer Meinung nach besonders an? Sind es unzureichende rechtliche Regelungen, tradierte Rollenbilder oder insgesamt noch immer zu undurchlässige Machtstrukturen?**

Es gibt tatsächlich vielfältige Gründe für die tendenzielle Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen. Hier ist nach meinem Dafürhalten der Blick etwas konkreter auf die Ausgangssituation zu richten. Wenn man die Zugangsmöglichkeiten von gut ausgebildeten Frauen und Männern zu höheren Positionen betrachtet, drängt sich mir der Eindruck auf, dass andere Gründe für eine geringere weibliche Teilnahme im Vordergrund stehen als ihren systematischen Ausschluss durch ungleiche Berechtigung. Während es beim Erstzugang zu Bildung, Ausbildung und Beruf externe Hemmnisse mit gravierenden Folgen gibt, haben gut ausgebildete Frauen deutlich weniger äußere Zugangsbeschränkungen zu überwinden.

Ich finde es deutlich interessanter, einmal zu hinterfragen, warum Frauen Chancen auch bewusst nicht ergreifen. Frauen pflegen häufig einen anderen – nicht einen besseren oder schlechteren – Kommunikations- oder Führungsstil. Wir benötigen Gelassenheit gegenüber den unterschiedlichen Führungsstilen. Dies schadet den zu erreichenden Führungszielen nicht. Um einmal näher zu beleuchten, was ich hierbei meine, möchte ich mich gerne zu Ihrer nächsten Frage äußern.

**Wo beginnt Veränderung beim Thema Gleichberechtigung? Ist das ein Thema, über das wir in 30 oder 50 Jahren immer noch reden müssen?**

In diesem Zusammenhang sprechen Sie von Gleichberechtigung von Männern und Frauen, und zwar in der Arbeitswelt. Das ist ein sehr weites Feld. Lassen Sie mich mit einem theoretischen Vorspann beginnen. Gleichberechtigung ist nicht per se ein Ziel. Wir haben uns angewöhnt, die Thematisierung der Voraussetzungen für Gleichberechtigung unausgesprochen zu lassen. Vielleicht könnte es hilfreich sein, einen Schritt zuvor zu beginnen. Zunächst gebietet es die Logik, gleiche Sachverhalte

\* Interview mit Susanne Schwarz, die seit dem 1.10.2021 Geschäftsführerin des Landkreistages Saarland ist.

gleich zu behandeln. Diese Herangehensweise ist gerade nicht auf die Gleichberechtigung von Menschen zu übertragen. Denn sie würde zu kurz greifen. Die Gleichberechtigung von Menschen stellt eine Herausforderung dar, weil sie immerzu davon auszugehen hat, dass Menschen eben nicht gleich sind. Und dennoch wird das Postulat der gleichartigen Zugangsgewährung zu Lebensressourcen, zu Rechten und zur Behandlung erhoben. Gerade darum hat die Frage der Gleichberechtigung den Status eines Grundrechtes in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus eines Menschenrechtes weltweit.

Mir hilft es daher, den zweiten Teil des zusammengesetzten Substantivs auszu-

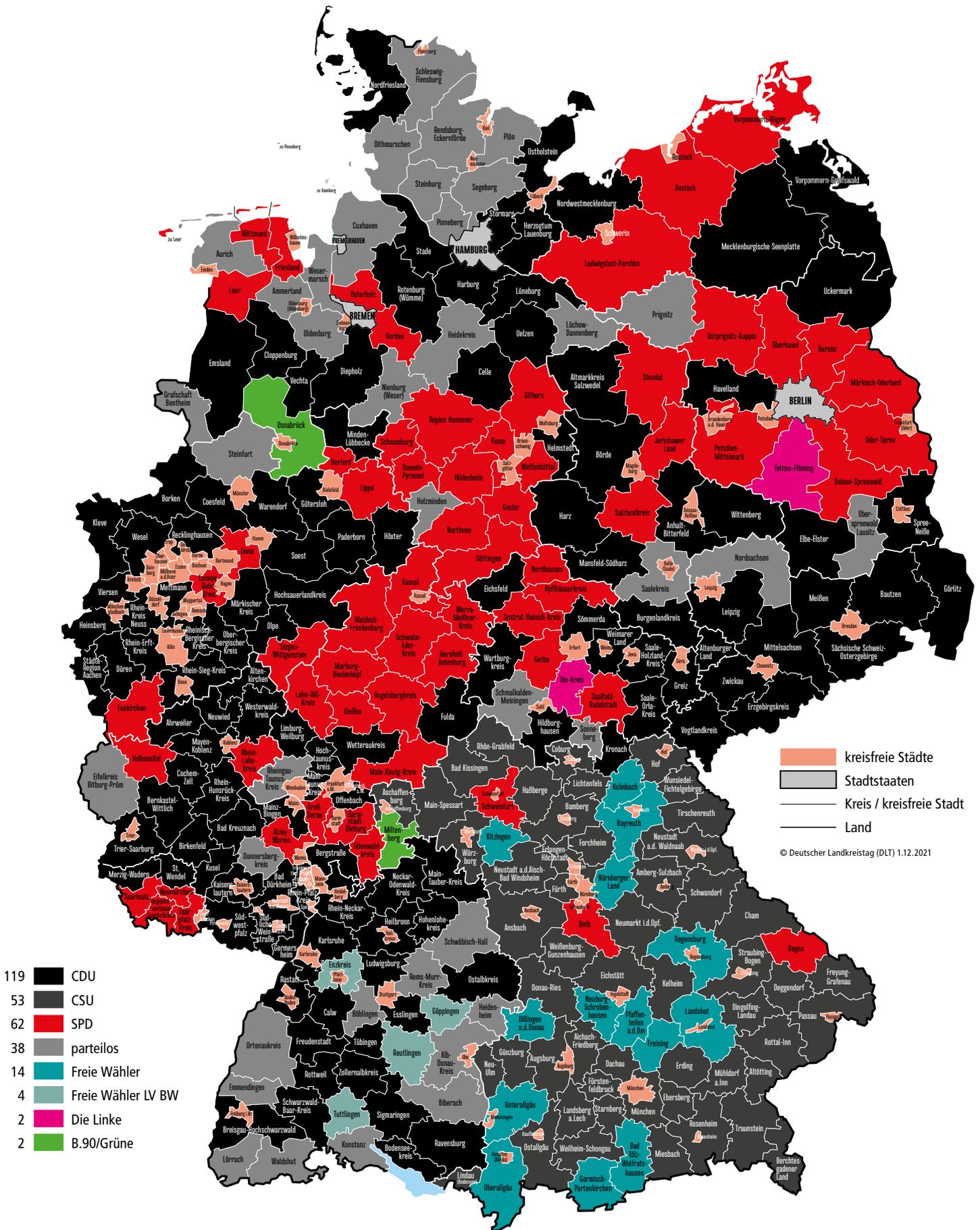
wechseln. Lassen Sie uns von Gleichwertigkeit sprechen. Damit haben wir nach meinem Dafürhalten einen ganz wesentlichen Punkt generell abstrakt geklärt: Im Unterschied zur Beurteilung von Sachverhalten kann es bei Menschen niemals darum gehen, zunächst eine Phase der Beurteilung des Menschen hinsichtlich seiner Gleichwertigkeit und daraus schlussfolgernd seiner Gleichberechtigung voranzuschieben.

Die Frage der Gleichberechtigung wird selbstverständlich ein dauerhaftes Thema bleiben. Ich freue mich, wenn wir in 30 oder 50 Jahren immer noch darüber reden. Dann jedoch sollten wir unseren Blickwinkel erweitert haben. Die Frage der gleich-

berechtigten Partizipation nicht nur in der Arbeitswelt kann sich zu einem Antriebsmotor gesellschaftlicher Entwicklung herausstellen. Es solle auch um Begabungen, prägende Lebenserfahrungen und viele andere Marker gehen. Damit kommt das Thema aus seiner negativen Betrachtung heraus und erhält eine gestaltende Dynamik.

Veränderung kann an Dynamik gewinnen, wenn wir nicht über Gleichberechtigung nachdenken, sondern über die messbare Definition von notwendigen Entscheidungskriterien. □

# Parteizugehörigkeit der Landrätinnen und Landräte





DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



Deutscher Landkreistag

Ulrich-von-Hassell-Haus

Lennéstraße 11

10785 Berlin

Tel. 030 590097-309

Fax 030 590097-400

[www.landkreistag.de](http://www.landkreistag.de)

[info@landkreistag.de](mailto:info@landkreistag.de)

